Dienstag, 21. Februar 1984 - D *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 44 - 8.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Libanon: Drusenführer Dschumblatt fordert, Präsident Gemayel müsse sich in einem Prozeß für seine am libanesischen Volk begangenen „Verbrechen" verantworten. In Beirut wird entlang der „Grünen Linie" weitergekämpft. Israel dementiert Berichte aus Libanon, wonach starke Verbände seiner Armee auf Beirut vorrücken.

Verzicht auf Kernwaffen: Israel werde nicht als erster Staat im Nahen Osten Kernwaffen entwickeln, bekräftigt Forschungsminister Neeman in Jerusalem.

Flick-Ausschuß: Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff hat vor dem Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre eingeräumt, daß bei der Parteienfinanzierung in der Vergangenheit von allen „gegen das Gesetz verstoßen" worden sei. (S.4)

„DDR" kompromißlos: Staatssicherheitschef Mielke fordert seine Untergebenen auf, „kompromißlos" gegen jeden „Feind" vorzugehen. (S. 4)

Arbeitszeit: Nur eine Minderheit von 38 Prozent der Arbeitslosen aus der Metallindustrie erwartet von einer 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich bessere Aussichten auf einen Arbeitsplatz, stellt Infratest fest. 62 Prozent halten sie nicht für geeignet, Arbeitsplätze zu schaffen.

Flüchtlinge: Zwölf Deutsche aus der „DDR" haben Anfang Februar in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag Zuflucht gesucht, um von dort in den Westen zu reisen. Die Prager Behörden verweigerten dies jedoch. Bonn hat für alle Straffreiheit in der „DDR" erreicht. (S. 4)

Unions-Schwerpunkte: Bundeskanzler Kohl nennt vor dem CDU-Bundesausschuß Prioritäten der Außenpolitik. Er will die USA zu einer neuen Initiative für die Genfer Rüstungskontrollverhandlungen bewegen und plant zusammen mit Frankreich einen neuen Anlauf zur politischen Integration Europas. (S. 8)

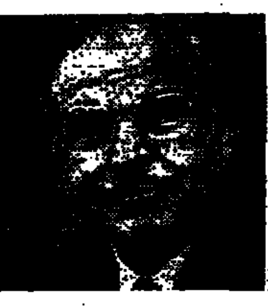
Sorgen Israels: Premier Schamir trägt EG-Ratspräsident Cheysson die Sorge vor, nach der EG-Erweiterung um Spanien und Portugal, werde der Agrarexport Israels drastisch zurückgehen.

Eppler pro Bastian: Das Mitglied der SPD-Grundwertekommission würde einen Wechsel General Bastians von den Grünen zur SPD begrüßen. (S. 4)

Verluste für Links: Bei kommunalen Nachwahlen hat die französische Linke erneut Verluste hinnehmen müssen.

Heute: Koalition berät über Steuerreform. – „Geotagung 84" beginnt in Mainz.

ZITAT DES TAGES



» Jede Mark, vernünftig in Europa investiert, ist eine Abschlagzahlung für die freiheitliche Zukunft der Deutschen «

Bundeskanzler Helmut Kohl zu seiner geplanten Europa-Initiative
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Nixdorf: Der Paderborner Computerkonzern will im Mai und Juni dieses Jahres 20 Prozent des Grundkapitals, das auf 360 Millionen DM erhöht werden soll, in Form von Vorzugsaktien an der Börse plazieren. (S. 11)

Ermittlungen: Im Zusammenhang mit der Spendenaffäre wird jetzt auch gegen Verantwortliche der Bayer AG wegen Verdachts der Steuerhinterziehung ermittelt, bestätigt die Bonner Staatsanwaltschaft.

Gehaltsverzicht: Die 2400 Piloten der amerikanischen Eastern Airlines verzichten in diesem Jahr auf 20 bis 22 Prozent ihrer Gehälter und erhalten dafür Aktien des Unternehmens. (S. 2)

Börse: Die Kursbildung an den Aktienmärkten verlief zum Wochenbeginn uneinheitlich. Der Rentenmarkt war nachgebend. WELT-Aktienindex 153,5 (153,8). Dollarmittelkurs 2,6895 (2,6847) Mark. Goldpreis pro Feinunze 385,25 (382,15) Dollar.

KULTUR

Kopien: Eine wesentlich höhere Abgabe als von der Bundesregierung vorgesehen fordert der Börsenverein des Deutschen Buchhandels für das Kopieren von wissenschaftlicher Fachliteratur, Schulbüchern und Musiknoten. Sie sollte bei urheberrechtlich relevanten Kopien bis zu 50 Pfennig pro Seite reichen.

CSSR-Literatur: Zum ersten Mal nach 15 Jahren wurden in der Tschechoslowakei einige Dichter, die wegen ihrer Aktivitäten im verbotenen Schriftstellerverband mit Publikationsverbot belegt waren, wieder gedruckt, unter ihnen Jan Skácel, Oldřich Mikulášek, František Nechvátal, Jindřich Hilčr.

SPORT

Fußball: Für das Länderspiel gegen Belgien am 29. Februar in Brüssel tritt die deutsche Nationalelf wieder mit dem Kölner Torwart Harald Schumacher an. Schumacher mußte beim Spiel gegen Bulgarien wegen eines gebrochenen Fingers aussetzen.

Sarajevo: Die Olympischen Winterspiele haben den Veranstaltern keine finanziellen Verluste gebracht. Nach Angaben des Präsidenten des Organisationskomitees, Branko Mikulic, wurden die Kosten von etwa 140 Millionen Dollar mehr als gedeckt.

AUS ALLER WELT

Feldzug gegen Alkohol: Rund 40 000 Franzosen sterben jährlich an den Folgen übermäßigen Alkohol-Konsums. Mit einer großangelegten Aufklärungskampagne zieht die Pariser Regierung jetzt gegen des Bürgers liebstes Laster zu Felde. (S. 16)

Times Square: Mit einem Kostenaufwand von 4,5 Milliarden Mark soll New Yorks verwahrloster Times Square, einst schickste Straßenkreuzung der Welt, saniert werden. Wo heute leichte Mädchen locken, sollen gigantische Wolkenkratzer entstehen. (S. 16)

Wetter: Zunehmende Bewölkung mit Niederschlägen. 0 bis 3 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Riad setzt in Libanon-Krise weiter auf Damaskus

Kronprinz Abdullah zu Gesprächen bei Präsident Assad / Israelische „Warnsignale"

DW. **Beirut/Damaskus/Washington**

Saudi-Arabien hat seine diplomatischen Anstrengungen um eine Beilegung des Libanon-Konflikts intensiviert. Während die Kämpfe in Beirut und in den Schuf-Bergen auch gestern weitergingen, wurde der saudiarabische Kronprinz Abdullah in Damaskus zu Gesprächen mit Staatspräsident Assad erwartet.

Die Reise Abdullahs, der vom Botschafter Riads in Washington, Prinz Bandar, begleitet wird, nach Damaskus zeigt nach Ansicht von Beobachtern, daß Riad nach wie vor Syrien eine Schlüsselstellung für die Beilegung des Libanon-Konflikts einräumt. Am Wochenende war der saudiarabische Prinz Feisal unverrichteter Dinge aus Damaskus nach Riad zurückgekehrt, nachdem Syrien seinen Acht-Punkte-Plan abgelehnt hatte. Der von Präsident Gemayel gebilligte Plan sah unter anderem eine Annullierung des israelisch-libanesischen Truppenabzugsabkommens vor.

Daß Damaskus bei seinen Anstrengungen, eine Übereinkunft in seinem Sinne in Libanon herbeizuführen, auch offenbar die amerikanischen und die israelischen Interessen nicht vollständig außer acht läßt, wurde nach einer Unterredung von Syriens Außenminister Khaddam sowie Führern der drusischen und schiitischen Milizen deutlich. Nach einer Unterredung mit Khaddam und Verantwortlichen des prosyrischen PLO-Zweiges sprachen sich Walid Dschumblatt und Nabih Berri gegen jede künftige Präsenz palästinensischer Kämpfer in Libanon aus.

Trotz seiner angeschlagenen Position wird Präsident Gemayel nach amerikanischer Einschätzung die gegenwärtige Krise in seinem Land „wahrscheinlich" überstehen und an der Macht bleiben. Nach Ansicht des Chefs des Nationalen Sicherheitsrats in Washington, McFarlane, würden Damaskus und die anderen libanesischen Konfliktparteien davon ausgehen, daß jede andere Alternative schlechter sei. In einem Interview der Fernsehgesellschaft ABC lehnte McFarlane einen Rückzug der amerikanischen Kriegsschiffe vor der libanesischen Küste als Bedingung für die Entsendung einer UNO-Friedenstruppe nach Libanon kategorisch ab. Nach McFarlanes Worten wird Washington sich im Nahen Osten fortan auf die Herbeiführung von Verhandlungen über die Autonomie des von Israel besetzten Westjordan-Landes zwischen Jerusalem, Amman, Kairo und Palästinensern, die durch einen arabischen Staat vertreten werden sollten, konzentrieren.

SEITE 5:
Das Wettrüsten in Nahost

Durch den Einsatz seiner Armee gegen „terroristische Ziele" jenseits des Awali-Flusses hat Israel nach Darstellung aus Regierungskreisen in Jerusalem „Syrern, Drusen, Christen und palästinensischen Terroristen" zu verstehen gegeben, daß es eine Rückkehr von bewaffneten PLO-Einheiten nach Südlibanon und Aktionen gegen Israel nicht hinzunehmen bereit ist. Ministerpräsident Shamir unterstrich in einem Interview des belgischen Fernsehens, daß Israel seine Truppen so lange in Libanon belassen würde, „bis wir Sicherheit haben, daß unsere Grenzen kein Ziel mehr für terroristische Attacken sind".

Nach Gesprächen am Rande des EG-Ministerrats mit den Außenministern Cheysson und Genscher präzisierte Shamir die Haltung Israels. Sein Land werde sich solange nicht aus Südlibanon zurückziehen, wie es dort keine „kämpfende Truppe" gebe, die die PLO im Zaume halte. UNO-Truppen seien keine kämpfenden Truppen, die Israel diese Garantie geben könnten.

DER KOMMENTAR

Assads Preis

JÜRGEN LIMINSKI

Die diplomatischen Bemühungen der Libanon-Krise haben sich in die beiden Hauptstädte verlagert, in denen dieser levantinische Knoten geschürzt worden ist: Washington und Damaskus. In Washington ist die betretene Verlegenheit kaum zu übersehen. Dort heißt es, man wolle sich jetzt wieder auf das Westjordanland und die Palästinenser-Frage konzentrieren. In Damaskus wird Jubel über die amerikanischen Absetzbewegungen und den damit verbundenen Erfolg für die Clausewitz-Politik der syrischen Militärdiktatur nur mühsam unterdrückt. Es ist noch etwas früh zum Jubeln.

Das Ziel der Syrer ist die völlige Beherrschung Libanons. Der Abzug der Marines ist nur eine Etappe. Die zweite sieht den Rückzug der Israelis vor, ohne daß die syrische Armee sich ebenfalls zurückziehen muß. Das hatte der Acht-Punkte-Plan gefordert, der deshalb von Damaskus abgelehnt wurde. Nach dem saudischen Außenminister kommt nun der saudische Kronprinz Abdallah nach Damaskus. Mit ihm ist Assad besonders verbunden, seit der Prinz eine junge Alawitin geheiratet hat, die entfernt mit Assad verwandt ist.

Seine Aufgabe besteht nun darin, unter dem Codewort „Vermittlung" eine Formel zu erfinden, die Israel zum bedingungslosen Rückzug auffordert, Syrien jedoch als „Brudernation Libanons" Möglichkeiten zum Verbleib einräumt. Präsident Gemayel wird versucht sein, darauf einzugehen. Die Führer der libanesischen Christen aber kennen den syrischen Bruder. Er ist für sie allenfalls nur noch Kain. Aber wird Washington den saudisch-syrischen Eingebungen nicht abermals nachgeben wollen?

Damaskus darf sich stark wähnen. Es verfügt derzeit über mehrere Trümpfe. Vor allem aber waren seine Interessen selten so deckungsgleich mit denen der Sowjets wie heute. Syrer und Sowjets wollen die Marines aus der Region entfernen. Nun zieht die Weltmacht Amerika ihre militärische Präsenz zurück. Wird dem militärischen auch bald der diplomatische Rückzug folgen?

Lange schon hat der Kreml auf die Gelegenheit gewartet, seine alte Forderung nach einer internationalen Nahost-Konferenz erneut zu erheben. König Hussein und der ägyptische Präsident Mubarak haben sich dafür ausgesprochen – einschließlich der Beteiligung Moskaus. In Beirut und Jerusalem fragt man sich besorgt, welche Folgen der amerikanische Rückzug noch nach sich ziehen wird. Die Entwicklung muß auch die Europäer beunruhigen.

Glemps Politik stößt auf Protest

Gläubige im Hungerstreik / Auch Jaruzelski spricht von Schwäche der Partei

DW. **Warschau/Bonn**

In Polen formiert sich Widerstand und Protest gegen die Politik von Primas Kardinal Glemp, für ihre Unterstützung der verbotenen „Solidarität" bekannte Priester zu versetzen oder zu ermahnen. Der Hungerstreik, den neun Gläubige der Pfarrei von Ursus bei Warschau begonnen haben, ist die erste spektakuläre Demonstration gegen Entscheidungen der kirchlichen Hierarchie.

Die Streikenden wollen die Wiedereinsetzung ihres Priesters Mieczyslaw Nowak in sein bisheriges Amt erreichen. Nowak, den die staatlichen Behörden zu den 69 „extremistischen Priestern" zählen, war in der vergangenen Woche von Glemp abberufen und mit einer Pfarrei auf dem Land betraut worden.

Vor allem im jüngeren Klerus regt sich die Kritik am Verhalten des Kardinals. Sie werfen ihm, wie jetzt durch einen in den Westen gelangten Bericht bekannt wurde, vor, mit zweierlei Maß zu messen. Einerseits sei er entschlossen, prononcierte Regimekritiker in der Geistlichkeit zu maßregeln, andererseits fühlten sich verfolgte Priester von der Kirchenführung im Stich gelassen. Kritisiert wird auch, daß der Primas mehrmals Repräsentanten der Untergrund-„Solidarität" habe wissen lassen, sie sollten sich um der „nationalen Versöhnung willen" den Behörden stellen. Außerdem seien in seinem Auftrag Mitglieder des „Primas-Beirates" eingeschaltet worden, um – in den Augen des Regimes besonders mißliebige – Oppositionelle zur Ausreise in den Westen zu überreden. Diese Versuche, so hieß es, scheiterten jedoch

SEITE 2:
Der Priester von Warschau

teilweise am Widerstand der Betroffenen.

Einen verheerenden Einfluß hätten auf Glemp seine Berater. Zu ihnen zählten der Publizist Andrzej Micewski, der sich öfter seiner Freundschaft zum Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, rühmte, der heutige Sejm-Vizepräsident Jerzy Ozdowski, der Pressesprecher des Episkopats, Alojzius Orszulik, und ein Bruder des Kardinals, der Funktionär in der von Jaruzelski initiierten „Patriotischen Bewegung der nationalen Erneuerung" (PRON) ist. Pater Orszulik war vor Monaten scharf kritisiert worden, weil er die Verfolgung von Oppositionellen mit der „polnischen Staatsräson" zu rechtfertigen suchte.

DW. **Warschau**

General Jaruzelski hat sich vor dem jüngsten Plenum des ZK der Partei beunruhigt über die Rückkehr „negativer Phänomene" in Polen gezeigt. Gleichzeitig schloß er sich den Kritikern an, die eine ideologische Schwäche der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei beklagten (WELT v. 20. 2.). Jaruzelski in seinem von der Nachrichtenagentur PAP verbreiteten Äußerungen: „Wenn wir binnen kurzem nicht deutliche Fortschritte erzielen, dann werden wir uns einer verminderten ideologisch-politischen Ausstrahlung der Parteimitglieder gegenübersehen ... und das können wir nicht zulassen."

Der Parteichef gestand die unverändert große Distanz zwischen der PVAP und der polnischen Intelligenz ein. „Wir müssen unseren Einfluß auf die Intellektuellen erhöhen, denn sie sind eine unersetzliche und sehr wichtige Kraft in der sozialistischen Entwicklung", forderte General Jaruzelski.

KPI skeptisch gegenüber Tschernenko

„Lähmende Phase des Machtkampfes" befürchtet / Berlinguer will sondieren

dpa/DW. **Rom**

In der KPI, der größten kommunistischen Partei im Westen, meldet sich nach der Berufung Konstantin Tschernenkos zum KPdSU-Generalsekretär Skepsis bis Pessimismus breit. Mitglieder des ZK der Partei äußern die Vermutung, daß sich unter dem neuen Kreml-Führer die Beziehungen zwischen den „Eurokommunisten" und Moskau kaum grundlegend verbessern dürften.

Ziemlich unverhüllt hatte man in der KPI-Zentrale gehofft, daß in Moskau ein politischer Zögling Juri Andropows an die Macht kommen würde. Die KPI-Presse stellte immer wieder heraus, daß der Nachfolger Breschnews versucht habe, Ost-West-Spannungen abzubauen und Verkrustungen der Sowjetgesellschaft aufzuweichen. „Die Fakten werden zeigen, in welchem Maße Tschernenko und die Sowjetführung den Anforderungen gerecht werden, die sie selbst dem Land und der Welt gestellt haben", hieß es nach der Wahl des neuen KPdSU-Chefs noch äußerst diplomatisch in der Parteizeitung „L'Unità". Deutlicher beschrieb jetzt die Theoriezeitschrift „Rinascita" die Besorgnisse der italienischen Genossen: „Man muß fürchten, daß die Wahl Tschernenkos der Beginn einer längeren lähmenden Phase des Machtkampfs sein wird."

Die KPI hat allerdings vor allem die Entwicklung der eigenen Beziehungen zur KPdSU vor Augen. Die italienischen Kommunisten sind insbesondere im Zusammenhang mit Polen und Afghanistan zunehmend auf Distanz zu Moskau gegangen. Wie sich der neue Mann im Kreml zu den italienischen Bemühungen eines „eigenen Weges" verhalten wird, ist für die KPI-Spitze noch ein Rätsel.

Keines der KPI-Führungsmitglieder kann sich erinnern, jemals mit Tschernenko zusammengetroffen zu sein. Bei Andropow glaubte die KPI noch den Wunsch zu erkennen, mit den aus Moskauer Sicht ketzerischen Thesen der italienischen Kommunisten eine Art „friedlicher Koexistenz" zu suchen. Bei der Beurteilung des neuen KPdSU-Chefs dominiert dagegen Pessimismus.

„Wenn unser Gesprächspartner dieser alte Breschnew-Anhänger von 72 Jahren ist, sehe ich nicht, wie sich unsere Beziehungen verbessern könnten. Als Ideologe hat sich Tschernenko bisher als harter Konservativer gezeigt.

KPI-Generalsekretär Enrico Berlinguer hat sich jedenfalls vorgenommen, bei nächster Gelegenheit in Moskau die Stimmung zu sondieren. Bei dem Begräbnis von Andropow wurde er – aus Zeitgründen, wie es hieß – nicht zu einem längeren Gespräch mit Tschernenko zugelassen.

Die Arbeitslosen bauen nicht auf 35-Stunden-Woche

DW. **Düsseldorf**

Eine deutliche Mehrheit von 62 Prozent der Arbeitslosen glaubt offensichtlich nicht, daß die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich neue Arbeitsplätze schaffen könnte. Eine gleich große Gruppe ist der Auffassung, daß ein Arbeitskampf zur Durchsetzung dieser Gewerkschaftsforderung nur den Interessen derjenigen dient, die Arbeit haben. Zu diesem Ergebnis kam das Münchner Institut Infratest in einer vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall in Auftrag gegebenen repräsentativen Befragung von Arbeitslosen aus der Metallindustrie.

Die Umfrage-Resultate zeigen ferner, daß die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern unter den Arbeitslosen auf Ablehnung stößt.

Diese Ergebnisse sind für den Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, „ein weiterer Baustein für die feste Abwehrmauer gegen die 35-Stunden-Woche". Nach Wirtschaftswissenschaft, Wirtschaftspolitik, Unternehmern und Arbeitnehmern warnten nun auch Arbeitslose die Funktionäre der IG Metall „eindringlich vor einem Attentat auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Metallindustrie mit ihren selbstmörderischen Folgen für die Sicherheit der Arbeitsplätze". Dagegen werde „die Überzeugungskraft des Arbeitszeitpaketes der Metall-Arbeitgeber, bestehend aus Vorruhestand, flexiblen Arbeitszeiten und Teilarbeitszeit, immer größer".

Seite 9: Programm-Debakel

Geldbußen bei Betriebsfahrten absetzbar

dpa, **München**

Betrieblich oder beruflich veranlaßte Geldbußen sind künftig steuerlich als Betriebsausgaben oder Werbungskosten absetzbar, entschied gestern der Große Senat des Bundesfinanzhofs in München (AZ: GrS 2/82). Auch Anwalts- und Gerichtskosten, die im Zusammenhang mit den Verfahren entstehen, sind abziehbare Betriebsausgaben. Die Vorschriften der Steuergesetze enthielten kein Abzugsverbot für Geldbußen, ebenso gebe es keine verfassungsrechtlich dagegensprechenden Grundsätze, urteilten die elf höchsten Finanzrichter. Der Bundesfinanzhof fand auch keine Lücke im Gesetz „im Sinne einer planwidrigen Unvollständigkeit".

Nach dieser Entscheidung können künftig Verkehrssünder, die aus beruflichen oder betrieblichen Gründen beispielsweise zu schnell gefahren oder falsch geparkt haben, ihren Bußgeldbescheid als Werbungskosten bei der Steuer absetzen. Das Abschreiben gelte aber auch für Ordnungsgelder, die beispielsweise wegen Baupreisabsprachen verhängt wurden, erläuterte ein Sprecher des Gerichts.

Hintergrund der Entscheidung waren Klagen der Wasch- und Kosmetikmittelfirmen Colgate/Palmolive (Hamburg) und der Stadtsparkasse Hildesheim. Das Hamburger Unternehmen hatte Anfang der 70er Jahre mit kostenlosen Werbungsbogen für neue Produkte gegen Wettbewerbsbestimmungen verstoßen, die Stadtsparkasse ohne Genehmigung Wertpapiere ins Ausland verkauft.

Erweitert Senat Kontakte zur „DDR"?

Thesen Kewenigs vor Berliner Juristen / „Gewisse Erstarrungen abschmelzen"

H. R. KARUTZ, **Berlin**

Der Berliner Senat will offenbar seine Kontakte zur „DDR" unterhalb der Statusschwelle in der Zielrichtung vorsichtig erweitern, die Stadt sollte sich in ihrer „nationalen Funktion" als „Vorposten mit Erkundungs- und Erprobungsaufträgen" begreifen. Diese bemerkenswerten Thesen hat jetzt – als Staats- und Völkerrechtler – Wissenschaftssenator Professor Wilhelm Kewenig in der Öffentlichkeit diskutiert.

Kewenig hat damit offensichtlich die Grundlinie der Denkrichtung des Berliner Senats beschrieben, denn seine Vorstellungen über weitergehende Kontakte zu Ost-Berlin sind auch mit dem Chef der Berliner Senatskanzlei, Hansjürgen Schierbaum, erörtert worden.

Dies läßt vermuten, daß der neue Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen auf dem von Weizsäcker vorgezeichneten Weg weitergehen will. Kewenigs Überlegungen besagen im Kern: „Ich halte es im Interesse Berlins und im Interesse der innerdeutschen Beziehungen, vor allem im Interesse einer lebendigen Entwicklung der deutschen Frage für unumgänglich, ... daß gewisse Erstarrungen abgeschmolzen werden und auch Berlin selbst aus seinem Rollenverständnis als bloßes Objekt der Bonner Deutschlandpolitik vorsichtig, aber doch beherzt heraustritt".

Für Kewenig steht völkerrechtlich wie verfassungsrechtlich außer Frage, „daß jeder unmittelbare und offizielle Kontakt des westlichen Teils der Stadt mit der „DDR" der vorherigen Abstimmung sowohl mit den drei Alliierten als auch mit Bonn bedarf, damit er im rechtlichen Rahmen bleibt. In diesem Zusammenhang verwies Kewenig darauf, daß beispielsweise die Frage der Staatsangehörigkeit der Berliner niemals zu einem „west-östlichen Gesprächsgegenstand" werden könne.

Als Beweis für erfolgreiche Versuche auf politischem Neuland nannte Kewenig vor der „Juristischen Gesellschaft zu Berlin" das Gespräch Richard von Weizsäckers mit Erich Honecker in Ost-Berlin und die zügig vorangetriebene Regelung der S-Bahn-Frage. Beide Vorgänge lehrten, daß der Bewegungsspielraum innerhalb des vom Status der Stadt vorgegebenen Rahmens größer sei, als man in der Vergangenheit angenommen habe. Man müsse im Interesse der Menschen möglichst viele Sachprobleme lösen können, ohne in jedem Fall gleichzeitig Statusprobleme regeln zu wollen. Deshalb müsse vor einer Politik gewarnt werden, die aus lauter Vorsicht in die Gefahr gerate, „den Status zum Selbstzweck werden zu lassen".



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Allseits begehrlich

Von Peter Gillies

Fünfundzwanzig Milliarden Mark sind zur Verteilung ausgelobt. Angespart ist diese Summe zwar noch lange nicht, aber viele erwecken den Eindruck, eine allgemeine Volksbeglückung unter dem Titel „Steuerreform" stehe unmittelbar bevor: Der diskrete Charme des Bärenfells, lange vor dem Blattschuß. Daß ihm Politiker erliegen, ist gar zu menschlich, denn allzulange mußten sie seiner entraten. Da staut sich manches auf.

Zur Zeit sammeln sich drei Lager, untereinander mit zahlreichen Varianten verwoben. Die einen fordern, die Steuerzahler zu entlasten, vor allem jene mit dem progressiv-steigenden Tarif, um ihnen den Rest an Leistungsfreude zu erhalten. Die zweite Gruppe bestreitet dies nicht, sieht aber die Familie noch stärker gefährdet. Sie befürchtet gar, einem ausgestorbenen Volk anstelle einer Zukunft nur einen sanierten Haushalt zu hinterlassen. Zulauf erhält auch das dritte Lager, das jene Einrichtung fördern will, die allein Arbeitsplätze zu schaffen vermag: das Unternehmen.

Obgleich sich auch in Gewerkschaftskreisen herumgesprochen hat, daß Arbeitsplätze in profitablen Unternehmen sicherer sind als solche in konkursreifen Betrieben, behindert das verbreitete Schubladendenken die Harmonisierung der Motive. Etwa so: Gibst Du meinen Arbeitnehmern etwas, geb' ich Deinen Unternehmern etwas. Oder auch: deiner Familie.

Das Gruppen-Ego ist als Handlungsanweisung für eine vernünftige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ungeeignet. Die Erinnerung an die Selbstverpflichtung der Regierung (übrigens auch der Opposition) ist geboten. Danach gibt es ein innenpolitisches Ziel, das absoluten Vorrang genießt: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Alles, was diesem Ziel dient, wäre zu fördern, alles was ihm widerspricht, zu unterlassen.

So abstoßend die Vision in mancher Augen sein mag, den Unternehmensgewinn in der ersten Phase steigern helfen zu müssen – neue Arbeitsplätze wird es ohne neue und gewinnstarke Unternehmen nicht geben. Die „soziale Frage" ist vorrangig nicht die nach der Verteilung des Erarbeiteten, sondern die nach Erarbeitung des Verteilbaren.

Flieger mit Rechenstift

Von Gerd Brüggemann

Da kommt aus den Vereinigten Staaten als eine unter vielen ähnlichen die Nachricht, daß die Piloten von Eastern Airlines einem neuen Tarifvertrag zugestimmt haben, der ihnen erhebliche Einkommensverluste abverlangt. Dieser Vorgang, der in Amerika in schlechten Zeiten eher die Regel als die Ausnahme darstellt, unterscheidet sich von anderen, ähnlichen durch die Zugabe. Die Eastern-Piloten erhalten für ihr Entgegenkommen Anteile am Kapital der Gesellschaft.

Was auf den ersten Blick wie die Verwirklichung eines Sozialreformer-Traums aussieht, die Umwandlung von Lohn in Kapital, erweist sich bei genauerem Hinsehen als vorerst unverbindliche Dreingabe. Sie erleichtert es den Piloten, das Gesicht zu wahren. Eastern Airlines hat seit geraumer Zeit alle Mühe, den Bankrott abzuwenden. Allerdings behalten die Flieger ihren Arbeitsplatz. Darauf kam es ihnen wohl in erster Linie an.

Vergleiche sind bekanntlich fast immer schief, aber der eine oder andere Schluß ist doch erlaubt. Hierzulande werden Tarifverträge für ganze Branchen und überdies flächendekkend abgeschlossen, wobei sich die Gewerkschaften zumeist an den ertragsstarken Unternehmen orientieren. Es besteht kein Zweifel, daß diese Praxis in erheblichem Maße zum Verlust von Arbeitsplätzen beigetragen hat. Eine Vielzahl von Unternehmern beschäftigt überhaupt keine Arbeitnehmer mehr, weil die ausgehandelten Tariflöhne zu hoch waren. Sie machten nämlich den Laden dicht. Niemand weiß, wie viele Arbeitsplätze verloren sind, weil die Tarifpolitik nicht flexibler war, wie viele Arbeitsplätze gerettet werden könnten, wenn sie auf betriebliche Daten Rücksicht nähme.

Viele Arbeitnehmer wären wahrscheinlich froh, wenn sie dem Beispiel der Eastern-Piloten folgen könnten: sich durch einen geringeren Lohn ihren Arbeitsplatz zu erhalten und dazu noch eine Beteiligung am Kapital des Unternehmens – auch wenn sie im Augenblick nur ein Wechsel auf die Zukunft wäre –, statt, bei höherem Lohn für die Arbeitsbesitzer, selber arbeitslos zu sein.

Manöver in Südafrika

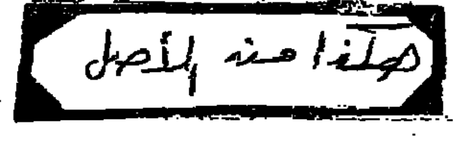
Von Monika Germani

Seit dem militärischen Erfolg der Operation „Askari" in Süd-Angola hat sich eine ungeahnte diplomatische Aktivität im südlichen Afrika entwickelt. Aus einer Position der militärischen Stärke heraus hatte Südafrika seine Truppen aus Süd-Angola abgezogen unter der Bedingung, daß die Situation von der Swapo nicht „ausgenutzt" werde.

Bereits Mitte Januar ist es zu Gesprächen zwischen Südafrika und Moçambique auf höchster diplomatischer Ebene gekommen, um wirtschaftliche Zusammenarbeit und Fragen der Sicherheit in beiden Ländern zu erörtern. Moçambique ist wirtschaftlich bankrott und politisch von der antikommunistischen Widerstandsbewegung Renamo bedroht. Südafrika will Frieden an seinen Grenzen, vor allem eine Garantie, daß der kommunistische ANC aus Moçambique nicht mehr Schläge führen darf.

Auf der anderen Seite des Sub-Kontinents ist der Guerrillakrieg um Namibia zu einer wirtschaftlichen Belastung für Südafrika geworden. Südafrikas Wirtschaft selbst ist, nach Auskunft von Finanzminister Owen Horwood, in ihrer schlimmsten Krise seit der Depression der dreißiger Jahre: Mißernten durch Dürre und Überflutungen, der Verfall des Rand gegenüber dem Dollar und der niedrige Goldpreis lassen vorläufig keine Aussichten auf Besserung zu. Dazu braucht die Regierung Botha viel Geld für die am Jahresende vorgesehene Einführung der neuen Verfassung mit ihrem Drei-Kammern-Parlament und Verwaltungsapparaten zusätzlich für Kap-Farbige und Inder.

Aber außer geheimnisvollen Palavern u. a. in Lusaka und Konzessionen der Südafrikaner ist bisher eigentlich nichts geschehen, um die Hoffnung auf eine dauernde Lösung im südlichen Afrika zu rechtfertigen. Die Kubaner sind weiterhin in Angola, und man spricht bereits weniger nachdrücklich von ihrem Abzug. Der ANC und sein Chefstratege in Maputo, Joe Slovo, sind offiziell weiterhin in Moçambique. Und weite Teile der südafrikanischen Bevölkerung fragen sich, welche Konzessionen Südafrika noch machen müsse. Man hofft, daß Pretoria vielleicht doch noch eine heimliche Trumpfkarte im Ärmel habe ...





„Neue Linie? Ich erkenne nur Ihr eigenes Profil!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wirklich keine Existenzfrage

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Mit ihrer drakonischen Forderung nach der 35-Stunden-Woche als Heilmittel gegen die Massenarbeitslosigkeit liegt die IG Metall nicht nur zum wirtschaftlichen Aufschwung verquer, sondern auch zum Bewußtsein der Arbeitnehmer, die Gewerkschaftsmitglieder eingeschlossen. Nicht einmal die Arbeitslosen versprechen sich davon eine durchgreifende Besserung ihres Schicksals. Wenn sich die IG Metall, wie Franz Steinkühler soeben wieder vorgeführt hat, dennoch immer krampfhafter an dieser Forderung festbeißt, dann muß man sich fragen: Warum eigentlich?

Man erinnert sich, daß Bundeskanzler Kohl dem Feldgeschrei der IG Metall sofort widersprochen hat. Er tat es – gewiß absichtlich – mit hemdsärmeliger Deutlichkeit. Vielleicht ist hier der Zugang zur Strategie Steinkühlers zu finden, die weit über die Tarifrunde 1984 hinauszielt.

Ein Blick in die jüngste Geschichte fördert zu Tage, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund sich mit seinem Grundsatzprogramm von 1963 vom Gedanken des sozialistischen Endziels verabschiedet und sich der wesentlich flexibleren Praxis einer ständigen Gestaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft verschrieben hatte. Damit war das Münchner Gründungsprogramm (1949) in seinen wirtschaftspolitischen Kernaussagen zu den Akten gelegt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Wandel aus besserer Einsicht nicht allein von dem unbestreitbaren Erfolg der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards, sondern auch von der Einwirkung des Godesberger Programms der SPD auf die DGB-Gewerkschaften beflügelt worden war.

Nicht, daß der DGB seit 1963 alle antikapitalistischen Vorstellungen aus seiner Zielsetzung gestrichen hätte. Gleichwohl findet sich seine Priorität in einem programmatischen Dreiklang: Emanzipation, Gesellschaftsveränderung, Autonomie gegenüber Staat und Parteien.

Nach der Ära zweier sozialdemokratischer Bundeskanzler befindet sich die SPD als Oppositionspartei in einem Prozeß der Umorientierung. Das Godesberger Programm soll umgeschrieben werden. So, wie sich nach 1959 die sozialdemokratisch dominierte Einheitsgewerkschaft DGB auf das Godesberger Programm eingestellt hatte, so ist zu erwarten, daß sie sich auch auf die gegenwärtige Häutung der SPD einstellt. Wenn es nach Willy Brandt geht, soll die deutsche Sozialdemokratie auf einen Konsens „links von der Mitte" eingeschworen werden, weil er künftige Mehrheiten für sozialdemokratische Kanzler „diesseits" von Kohl/Genscher sichtet.

Auch wenn SPD und DGB-Gewerkschaften nicht in einem Verhältnis unmittelbarer gegenseitiger Abhängigkeit stehen, so ist doch vorauszusehen, daß die Rückbesinnung in der Sozialdemokratie Teile des DGB zur Heimkehr zu den verstaubten Ideen der „Wirtschaftsdemokratie" (Hamburger ADGB-Kongreß 1928) verführen wird. Fritz Naphtali predigte damals, sich mit den Waffen Planung, Sozialisierung, Mitbestimmung schon im Kapitalismus auf den Weg zum Sozialismus zu machen.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man in Steinkühler den kämpferischsten Repräsentanten solcher Umkehr innerhalb des DGB erkennt. Aus seiner Sicht mag sich der Schrei nach der 35-Stunden-Woche als wirksamer Ansatz zur ideologischen Umorientierung der Gewerkschaften geradezu anbieten. Schon als Anwendung des genannten, eher pragmatischen Prioritäten-Dreiklangs erscheint die 35-Stunden-Woche schier unübertrefflich: Sie wäre ein gehöriges Stück Emanzipation, die im DGB gern auch als „Humanisierung" umschrieben wird; sie wäre zugleich ein kräftiges Stück Gesellschaftsveränderung; nicht zuletzt aber demonstriert sie schon als Kampfparole die Autonomie des Deutschen Gewerkschaftsbundes – wie die offene Kraftprobe mit dem Bundeskanzler beweist.



Ideologische Wende: Franz Steinkühler FOTO: JÖRG-PETER MAUCHER

Doch damit nicht genug. Zwar ist die Arbeitszeitverkürzung ein klassisches, nicht unbedingt aber ein antikapitalistisches Ziel der Gewerkschaften. Im Jahre 1984 jedoch trägt die Forderung nach der 35-Stunden-Woche deutlich antikapitalistische Züge, weil sie in einer Phase des antrabenden Aufschwungs den von manchen Gewerkschaftsführern verteufelten Selbstheilungskräften der sozialen Marktwirtschaft direkt zuwiderläuft. Das ist in einem solchen Maße der Fall, daß Bundeskanzler Kohl persönlich gegen sie streitet, weil er weiß: Setzt sich die IG Metall mit der 35-Stunden-Woche durch, so kann das den Mißerfolg seiner Kanzlerschaft bedeuten, die damit steht oder fällt, daß sie den Wählern wirtschaftlichen Optimismus vermittelt.

So betrachtet, wird deutlich, warum Steinkühler von Tag zu Tag lauter eine ganz und gar unzeitgemäße Kampfparole posaunt. Hier geht es nicht nur um eine Sachfrage, sondern zu allererst um eine ideologische Einstimmung von DGB-Gewerkschaften auf die konservativ-liberale Kanzlerschaft Helmut Kohls. Dabei kann sich die IG Metall nicht einmal eines Teilerfolges sicher sein.

Da die Forderung nach der 35-Stunden-Woche nicht populär und auch den meisten Mitgliedern der eigenen Gewerkschaft nicht einsichtig ist, muß Steinkühler jene, die vielleicht sogar zum Streik gerufen werden sollen, erst noch künstlich mobilisieren – man kann auch aufhetzen sagen. Also wird die Forderung völlig unsachgemäß ideologisiert. Steinkühler erklärt die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zur Frage von Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften, was ein purer Unsinn ist. Er scheut nicht davor zurück, altgestandene Gewerkschafter mit den Gespenstern der Vergangenheit zu schrecken, indem er die Erinnerung daran wachruft, daß die Massenarbeitslosigkeit in den frühen dreißiger Jahren den Vorläufergewerkschaften jede Kraft zum Widerstand gegen Hitler ausgesaugt hatte.

Der Vergleich ist absurd. Steinkühler spielt mit dem Feuer. Weichenstellungen zurück in die Vergangenheit können zu nichts Gutem führen.

IM GESPRÄCH Harry Shlaudeman

Wechsel im Hinterhof

Von Thomas Kielinger

Bürokratischer Zwist und die Unverträglichkeit bestimmter Persönlichkeiten haben dazu geführt, daß die USA jetzt mit einem neuen Sonderbotschafter für Zentralamerika gesegnet sind. Richard Stone, eine ebenso gewandte wie leicht flamboyante Erscheinung, hat aus den immer schwerer zu verkraftenden Meinungsverschiedenheiten mit dem Lateinamerika-Direktor des State Department, Langhorne A. Motley, die Konsequenzen gezogen und ist vergangene Woche zurückgetreten.

Aber die Reagan-Administration fand im großen Reservoir der Experten ohne einen Tag Verzug den Nachfolger: Harry W. Shlaudeman, ein Karrierebeamter und Lateinamerika-Fachmann von Rang.

Dieser Mann, wenn überhaupt jemand, weiß etwas von der Materie. Aber niemand weiß, ob die Ernennung noch so vieler Sonderbotschafter in dieser zerwühlten Region die Lösung bringt. Shlaudeman, mit der breitausstrahlenden Bonhomie seiner leicht korpulenten Erscheinung, müßte denn ein Sesam-öffne-dich besitzen, das noch keinem zur Verfügung stand.

Der 57 Jahre alte Direktor der Kissinger-Kommission, die vor über einem Monat ihren Zentralamerika-Bericht vorlegte, hat in seinem diplomatischen Leben schon so wichtige Botschafterposten wie den in Peru, Venezuela und Argentinien bekleidet. In Buenos Aires gelang ihm die heikelste aller Aufgaben: zwischen den Generälen, die gerade eine Invasion der Falkland-Inseln vom Zaun gebrochen hatten, und der Administration in Washington, die allmählich zur britischen Seite überging, so etwas wie eine Balance der Gefühle herzustellen.

Aber vielleicht wird er sich an seine Zeit in Chile als das wohl aufregendste Kapitel seiner Karriere erinnern. In Chile war Shlaudeman während



Reagans Neuer für Mittelamerika: Shlaudeman FOTO: AP

des Sturzes der Allende-Regierung zweiter Mann an der dortigen US-Botschaft. Ein Anhörungsverfahren vor dem Kongreß suchte ihn später mit den Hintergründen des Allende-Sturzes in Beziehung zu bringen. Shlaudeman bestritt nachhaltig, daß die USA auch nur im Entferntesten mit den Ereignissen etwas zu tun gehabt hätten – ein Zeugnis, das ihn kurzzeitig ins Zwielicht rückte, als bald danach die von Kissingers „Vierziger-Komitee" gesteuerten Gelder an die CIA, die die Opposition zu Allende unterstützen halfen, bekannt wurden.

Dennoch konnte niemand Shlaudeman mit irgendwelchen dieser Operationen in Verbindung bringen. Sein Ansehen blieb intakt, und heute wird ihm zugetraut, auf seinem neuen Posten mindestens jenen Respekt zu ernten, den auch Stone vor ihm für die undankbare Aufgabe in Zentralamerika einsammeln konnte. Das alles hinderte freilich das offizielle Blatt der Sandinisten, „Barricada", nicht, am Wochenende mit großer Schlagzeile zu verkünden: „Der CIA-Mann kommt anstelle von Stone."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Basler Zeitung

Das Blatt schreibt zum Abschluß von Sarajevo:

163 Millionen Dollar teures Olympia in einem armen Land. Der erste Gegensatz blieb nicht der letzte dieser Winterspiele ... Die Vermarktung Olympischer Spiele hat in Jugoslawien, das wohl ohne großen finanziellen Schaden davonkommen wird, neue Höhen erklommen. Doch die Spirale wird sich weiter drehen. Athleten, die zu den besten der Welt gehören, aber nicht starten durften, weil sie mit ihrem Sport Geld verdienen – Ingemar Stenmark, Hanni Wenzel und die Eishockeyaner als Beispiel – müssen sich an diesem Gegensatz besonders stoßen.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung ist der Meinung, daß der Westen zum Schutz der Ölzufuhr aus den Golfstaaten notfalls Gewalt anwenden müsse:

Der Westen kann gegenwärtig nicht mehr tun, als den Konflikt im Golf zu begrenzen und zu versuchen, die umliegenden Regionen vor den Folgen zu bewahren. Das wichtigste ist die freie Durchfahrt für Tankschiffe durch die Straße von Hormus, falls notwendig und praktikabel auch mit Gewalt. Die USA bereiten sich bereits darauf vor und sie verdienen, von ihren Verbündeten die größte Unterstützung.

THE GUARDIAN

Das Blatt aus London schreibt über Weiterungen aus dem irakisch-iranischen Konflikt:

Die Sperrung der Straße von Hormus, über die seit langem geredet wird, scheint wahrscheinlicher zu werden, als sie zuvor war. Die Amerikaner haben geschworen, sie offen zu halten, damit ein Sechstel des westlichen Ölbedarfs weiter passieren kann. Aber selbst wenn sie nicht handeln, verhelfen die in den Jahren der Ölschwemme angesammelten Vorräte zu einer Atempause. Aber wofür? Für den Sieg der iranischen Waffen? Und auch der Gedanke an einen Einsatz westlicher Waffen im Golf erinnert an beunruhigende Präzedenzfälle ... *Man kann sich* ... leicht Umstände ausmalen, unter denen der Umfang des Konflikts stark ausgeweitet würde, aber bei allem wäre nicht nur eine amerikanische, sondern auch eine russische Intervention notwendig. Es gibt jedoch in dem, was geschieht oder wahrscheinlich geschehen wird, nichts, was für die Russen besonders provokatorisch wäre.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung schreibt zum Fernfahrerstreik:

Die Regierung erklärt es als unannehmbar, daß zweitausend Lastwagen Hunderttausende Franzosen als Geiseln nehmen. Wie hat sie recht! Aber warum hat sie dann hingenommen, daß eine Handvoll Zöllner zweitausend Lastwagen als Geiseln nahmen? *Warum hat sie* schon am ersten Tag beschlossen, Sicherheitspolizei gegen die Fernfahrer einzusetzen, obwohl sie fünf Tage lang nicht eingegriffen hat, damit die Zöllner die Blockade beenden? Warum duldet sie, daß die Post bei der Sortierung und Verteilung der Sendungen streikt usw.? Das ist, weil die Streiks der Zöllner, Postler, Lehrer usw. legitim sind, da sie von Organisationen der „Linken" bestimmt werden.

Der Priester von Warschau und die Mühlen Gottes

Eine behutsame Wende in der Ostpolitik des Vatikans / Von Heinz Barth

Die Mühlen Gottes, die bekanntlich langsam mahlen, waren in den letzten Jahren nicht immer die der päpstlichen Ostpolitik. Seit dem zweiten Vatikanum hatte die römische Kirche mit einer für ihre Verhältnisse unziemlichen Hast darauf gedrängt, dem Katholizismus zusätzliche Freiräume in den atheistisch regierten Ländern zu schaffen. Es war unausbleiblich, daß dieser schwierigste Sektor der päpstlichen Außenpolitik durch die Wahl des ersten Polen auf den Stuhl Petri zu einer Verlockung, aber auch zu einem bedrückenden Problem für den Vatikan wurde.

Die Entwicklung begann dramatisch mit der militanten katholischen Unterstützung für den Konfrontationskurs des Arbeiterführers Lech Walesa und seiner „Solidarnosc"-Bewegung. Zwar ist es stiller geworden um diese Bewegung, aber ihre innere Kraft blieb ungebrochen. Die katholische Kirche und der jüngere Klerus, dieser zumeist zähneknirschend, fanden sich damit ab, daß die „Solidaritäts"-Gewerkschaft als illegal erklärt wurde. Ein energischer Priester, der dem Regime Jaruzelski wegen seiner oppositionellen Predigten in einem vom „Solidarnosc" dominierten Vorort Warschaus unbequem geworden war, wurde von Kardinal Glemp in die Provinz versetzt – und mit einem höheren Rang entschädigt.

Der Grat ist sehr schmal geworden, auf dem der Vatikan und die Kirchenführung in Polen zwischen dem Druck der Machthaber und der Enttäuschung aufgebrachter katholischer Massen eine mühsame Balance halten. Nach einigem Zögern hat sich Rom der fundamentalen Ungleichheit erinnert, die in Osteuropa zwischen der Kirche und den Inhabern der politischen Gewalt existiert. Eine „von außen gesteuerte" katholische Mehrheit – und erst recht eine so kraftvolle Mehrheit wie in Polen – wird vom Marxismus-Leninismus immer mit tiefstem Mißtrauen betrachtet. Das ist die Prämisse, die den Vatikan veranlaßt hat, sich für eine Politik der langfristigen Auflockerung zu entscheiden. Der ausgedehnte Besuch, den Erzbischof Poggi, der Sonder-Nuntius des Vatikans, Warschau abstattete, bestätigte das kirchliche Interesse an der baldigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen. Da Warschau diesen Wunsch erwidert, darf, wie Glemp ankündigte, noch vor Jahresende mit seiner Verwirklichung gerechnet werden.

Die Aufwertung der diplomatischen Beziehungen ist nur ein – und nicht einmal der wichtigste – Teil des Problems. Schwierigkeiten bereiten vor allem der öffentlich-rechtliche Status, den die katholische Kirche erhalten soll. Die Warschauer Regierung hat jeden Zusammenhang zwischen beiden Komplexen dementiert. Sie betrachtet die eine Frage als eine *auswärtige*, die andere hingegen als eine innere Angelegenheit. Es ist fraglich, ob die Jaruzelski-Equipe bereit ist, eine juristisch hieb- und stichfeste Anerkennung des Status der Kirche auszusprechen.

Noch zweifelhafter ist freilich, was die Kirchenführung und die Gläubigen davon hätten. Mehr Bewegungsraum, als sich der Katholizismus in Polen während der vergangenen Jahre aus eigener Kraft geschaffen hat, wird die Staatsmacht kaum bereit sein, ihm schriftlich zu bestätigen. Der beiderseitige Drang nach einem Katholiken-Gesetz hält sich also in Grenzen. Ein Junktim mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen dürfte so bald kaum herzustellen sein.

Dies um so weniger, als der Vatikan im Begriff ist, ein langfristiges Gesamtkonzept seiner Ostpolitik zu entwickeln. Es geht ihm um die allmähliche Auflockerung der atheistischen Fronten in Osteuropa. Dazu aber bedarf es *nicht nur* einer Normalisierung der Beziehungen mit Polen. Noch wichtiger wäre wegen des damit verbundenen Streu-Effektes ein stabiles Verhältnis zur Sowjetunion. Die Vorbereitungen in dieser Richtung sind weiter gediehen, als nach außen sichtbar wird.

Damit würden sich dem Vatikan manche Türen in anderen Ostländern öffnen. Seine Konflikte mit dem polnischen Klerus, der nur widerstrebend dem vorsichtigen Kurs Glemps folgt, sind vorgegeben. Begreiflich, daß Hirten, die unter dem Druck ihrer ungebärdigen Herden stehen, wenig Verständnis für die Wende aufbringen, die sich in Rom vollzogen hat. Polen mag Kernstück der vatikanischen Ostpolitik sein, aber es ist nicht die ganze Ostpolitik. Sie bedarf der Ergänzung durch ein stabiles Verhältnis zu Moskau. Die Emotionen sind abgeklungen, mit denen das Problem am Anfang seines Pontifikates für Johannes Paul II. belastet war. Der neue Ostkurs Roms greift – mehr oder weniger, das ist noch nicht abzusehen – zurück auf die Traditionen der vatikanischen Diplomatie.

Abschied von der heiligen Stadt Rom

Von F. MEICHSNER

Als Papst Bonifatius VIII. am 22. Februar des Jahres 1300 in einer Bulle verkündete, daß allen Rompilgern in diesem ersten Jubiläumsjahr ein vollkommener Ablaß gewährt werde, sicherte er damit der Stadt Petri gegenüber der Vielzahl der Gnadenorte in Ost und West die Vorrangstellung. Rom wurde zur „heiligen Stadt" schlechthin. Bis zum Ende der weltlichen Herrschaft der Päpste im Jahre 1870 blieb dieser „heilige" Charakter in der katholischen Welt unumstritten.

Ein Aufschrei der Empörung ging durch die ganze Papstkirche, als ihm die piemontesischen Bersaglieri mit ihrem Sturm durch die Bresche an der Porta Pia profanierten. Papst Pius IX. zog sich vor den Eindringlingen, die Rom dann zur Hauptstadt des neuen Königreiches Italien machten, mit der Bemerkung in den Vatikan zurück, daß es ganzer Fässer voll Weihwasser bedürfen werde, um allein den Quirinalspalast, die alte päpstliche Sommerresidenz und neue Residenz der italienischen Könige, aufs neue zu weihen.

Die Rolle der Weihwasserfässer übernahm dann im Jahre 1929 das Konkordat. Es bestimmte: „In Anbetracht des heiligen Charakters der Ewigen Stadt, Bischofssitz des Papstes, Zentrum der katholischen Welt und Ziel der Pilger, wird die italienische Regierung Sorge tragen, in Rom alles zu unterbinden, was im Gegensatz zu diesem Charakter stehen kann." Der „heilige Charakter" Roms war seitdem gesetzlich geschützt. Mit dem jetzt unterzeichneten neuen italienischen Konkordat ist er das nicht mehr. In Artikel zwei dieses Konkordats erkennt Italien nur noch „die besondere Bedeutung" an, die „Rom als Bischofssitz des Papstes für die Katholizität hat".

Der Vatikan und Italien tragen mit dieser Änderung nur einer Realität Rechnung, die sich in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt hat.

Nicht einmal in den ersten Konkordatsjahren, als die Zeichen noch ganz auf „Versöhnung" zwischen Kirche und (faschistischem) Staat standen, war es dem Vatikan gelungen, Mussolini gegenüber Maximalforderungen, wie die Schließung aller nichtkatholischen Kirchen in Rom, den Abbruch des Giordano-Bruno-Denkmals auf dem Campo dei Fiori und die Entfernung einer Galilei-Gedenktafel auf dem Pincio, durchzusetzen. Hielt doch der „Duce" sehr darauf, daß auch der von ihm reklamierte zweite „heilige Charakter" Roms, als Hauptstadt des Imperiums und der „Italianità", gewahrt wurde.

Als letzter hatte sich Pius XII. auf die Konkordatsbestimmung berufen, als er Ende der fünfziger Jahre angesichts der immer mehr um sich greifenden Permissivität erklärte: „Rom ist noch weit davon entfernt, so zu sein, wie Gott es haben will." Unter Zitierung des Konkordatsartikels über den „heiligen Charakter" hatte er hinzugefügt: „Kann man sagen, daß sein jetziger Zustand derart (nämlich als „heilig") bezeichnet werden kann? Schmerzlicherweise müssen wir mit Nein antworten."

Wenige Jahre zuvor war es dem Vatikan noch gelungen, mit dem Hinweis auf das Konkordat in Rom die Aufführung von Hochhuths „Stellvertreter" und Manganellis „Mandragola" zu verhindern. Dann aber brachen die Dämme.

Honduras – ein Zwerg sammelt Riesenkräfte

Kritiker sprechen von „Militarisierung" und „Amerikanisierung", Washington bestreitet Pläne für eine ständige militärische Präsenz. Fest steht: Honduras wird zu einem Brennpunkt im mittelamerikanischen Konflikt, die USA machen das Land zu einem Bollwerk.

Von WERNER THOMAS

Einst wurde diese Kapitale verspottet. Die mittelamerikanischen Nachbarn lokalisierten Tegucigalpa gern hinter dem Mond. Tatsächlich machte die honduranische Hauptstadt einen etwas verschlafenen Eindruck. Tegucigalpa hat sich verändert: Hubschrauber rattern am Himmel, und Militärkonvois blockieren den Straßenverkehr. Das Maya Excelsior, das erste Hotel am Ort, ist ständig ausgebucht. Heere von Journalisten fallen über die Stadt her. Die Taxis sind teurer geworden, die Diskothek „Infinito" bleibt bis in die Morgenstunden geöffnet.

Honduras gehört zu den Brennpunkten dieses Kriegsgebietes. Anders als El Salvador, Guatemala und Nicaragua muß dieses Land keinen Guerrilla-Krieg bestreiten. Es rüstet jedoch in rasantem Tempo auf, weil es einer solchen Gefahr „rechtzeitig begegnen" will – so General Gustavo Alvarez, der Verteidigungsminister. Es spielt zudem eine Schlüsselrolle in den langfristigen strategischen Planungen der Vereinigten Staaten. Amerikanische Militärs planen eine „Festung Honduras".

Gerade sind die Manöver „Ahuas Tara Zwei" zu Ende gegangen, „große Kiefer" in der Sprache der Miskito-Indianer. Sechs Monate übten amerikanische und honduranische Soldaten gemeinsam in unwegsamen Dschungelgebieten. Der Anti-Guerrilla-Kampf und die Verteidigung gegen Invasions-Truppen wurde geprobt. Präsident Roberto Suazo Cordova nannte letzte Woche noch einmal den Nachbarn beim Namen, dem man aggressive Ziele unterstellt: „Wir sind heute besser denn je auf die wachsende Bedrohung der nicaraguanischen Kommunisten eingestellt."

Schon werden neue Manöver vorbereitet. „Grenadero (Infanterist) Eins" wird im Mai oder Juni beginnen und zum ersten Mal auch salvadorianische und guatemaltekische Soldaten einschließen. Im Spätsommer oder Herbst soll „Große Kiefer Drei" folgen. Honduranische Oppositionsvertreter behaupten, die Amerikaner wollten diese fast pausenlosen Übungen unbegrenzt fortsetzen.

Auch in Washington regte sich Opposition. Liberale Demokraten, unter ihnen Senator Edward Kennedy, fragten nach den „wahren Absichten" dieses militärischen Engagements. Sie erinnerten besonders an die anderen Aktivitäten der letzten eineinhalb Jahre.

Seit Mitte 1982 ermöglichte die Reagan-Regierung den Ausbau des Luftwaffenstützpunktes Palmerola bei Tegucigalpa. Sie finanzierte die Modernisierung von fünf weiteren Stützpunkten: San Lorenzo, Trujillo, Aguacate, San Pedro Sula, Puerto Lempira. Auf der Tiger-Insel und bei Amapala, im oder am Golf von Fonseca gelegen, sowie in Cerro de Huele nahe der Hauptstadt unterhalten die Amerikaner Radarstationen. Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Manövern möchte das Pentagon noch das Luftwaffen-Gelände La Ceiba verbessern und die Flugplätze Jamastran und Cucuagua verbessern.

Präsident Suazo bedrängt Washington schließlich, den Hafen Puerto Castillo in eine Marinebasis zu verwandeln. „Da könnten wir in Zukunft unsere Marinesoldaten ausbilden", meinte er. Ein militärisches Ausbildungszentrum, wo bisher auch salvadorianische Soldaten gedrillt wurden, existiert bereits bei Puerto Castillo.

Hier sind 120 Mitglieder der „U. S. Special Forces" tätig, jener Elite-Einheiten, die grüne Mützen tragen. Auf dem Höhepunkt der Manöver im November waren mehr als 5000 amerikanische Soldaten in Honduras. 700 bis 800 Mann blieben nach dem Ende von „Große Kiefer Zwei" in der zweiten Februar-Woche zurück, um die weiteren Wartungs- und Aufklärungsaufgaben zu erfüllen und die nächsten militärischen Übungen vorzubereiten. Ein Pentagon-Sprecher antwortete auf die Warnungen der demokratischen Opposition: „Es gibt keine Pläne für eine ständige Streitmacht (in Honduras)."

Honduras zählt zu den kleinsten und ärmsten Nationen Lateinamerikas. Auf einer Fläche von 112 088 Quadratkilometern leben etwa 3,8 Millionen Menschen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen liegt bei 560 US-Dollar, 40 Prozent sind Analphabeten. Die Honduraner, meist dunkelhäutige Mestizen, haben eine Lebenserwartung von 58 Jahren. Der Agrarsektor trägt die Wirtschaft, unendlich weit erscheinen die Bananen-Plantagen. Da dieses Land auf eine wechselvolle politische Vergangenheit zurückblickt, wurde es oft als Bananen-Republik geschmäht.

Der Wechsel von der Provinz zur Frontnation wird von einer Welle der Kritik begleitet. Die Stichworte „Militarisierung" und „Amerikanisierung" fallen bei vielen Diskussionen. Der energische Armee-Chef Alvarez und der aktive US-Botschafter John Negroponte werden verdächtigt, die heimlichen Herrscher von Honduras zu sein. Präsident Suazo Cordova, ein herzkranker Arzt, will kaum noch ausländische Journalisten empfangen, weil er „immer wieder die gleichen Fragen" hören muß. Zum Beispiel, ob er nicht nur eine Galionsfigur sei.



Ausbildungslager Puerto Castillo: Amerikanische Offiziere drillen hier Soldaten aus Honduras und El Salvador FOTO: DPA

Die Meinungsverschiedenheiten über die Entwicklungen gehen durch *die regierende liberale Partei.* „Ich glaube nicht, daß die Gefahr eines nicaraguanischen Angriffs droht", sagt Parteipräsident José Azcona Hoyo. „Wir sollten uns auf die Entwicklung der Demokratie und unserer Gesellschaft konzentrieren." Ernesto Paz Aguilar, ein Professor der politischen Wissenschaften, urteilt ähnlich: „Präsident Reagan glaubt, daß er in Honduras die Demokratie verteidigt. Er fördert lediglich die Militarisierung des Landes. Polarisierung und Radikalisierung des politischen Lebens werden folgen."

Kritik an der Menschenrechts-Situation schließt sich an. Roman Custodio Lopez, der Vorsitzende der „Honduranischen Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte", erklärt: „Es gibt Kreise in der Armee, die sich auf die Repression spezialisieren." Die Kommission registriert 53 politische Häftlinge. Im letzten Jahr sind 28 Personen nach ihrer Festnahme spurlos verschwunden, berichtet Custodio. Im Januar ist der Häftling Raul Omar Vasquez Amqa unter mysteriösen Umständen im Gefängnis gestorben. General Alvarez kündigte eine Untersuchung des Falls an und degradierte bereits den Geheimdienstchef Juan Blas Salazar Meza, einen Major.

Präsident Suazo Cordova sieht sein Land als Opfer „von stereotypen und einer von der anderen Seite gesteuerten *Meinungsmanipulation*". Er denkt an Nicaragua und Kuba. Er fragt gern, wie viele Honduraner aus politischen Gründen in Nachbarländer geflohen seien. „Kaum jemand", antwortet er. Dagegen befinden sich mehr als 25 000 Nicaraguaner, vorwiegend Miskito-Indianer, und fast 20 000 Salvadorianer in honduranischen Flüchtlingslagern. In Honduras operieren keine Todesschwadrone wie in El Salvador.

Suazo Cordova (57), ein korpulenter, jovialer Mann, der gern breitkrempige Cowboy-Hüte trägt und seit zwei Jahren amtiert, analysiert die Mittelamerika-Krise nach dem Ost-West-Schema wie der junge Armeechef Alvarez (45). Er bestreitet nicht die sozialen Probleme dieser Länder. Er sagt jedoch, die Unruhe in der Region sei mit der Machtübernahme der sandinistischen Comandantes im Juli 1979 ausgebrochen. „Diese Leute schüren das Feuer."

Das Mißtrauen beruht auf Gegenseitigkeit. Die Comandantes in Managua behaupten das gleiche von den Honduranern und ihren salvadorianischen und guatemaltekischen Kollegen. So wird aufgerüstet. Nicaragua verfügt über eine Armee von 25 000 Soldaten und 50 000 Milizen. Die Zahl der kubanischen Militärberater stieg auf 3000. Kubanische Generale sollen den Krieg gegen die konterrevolutionären Brigaden kommandieren, die von honduranischem Gebiet aus operieren dürfen und in Tegucigalpa ihre Kommando-Zentrale unterhalten.

Honduras besitzt eine kleinere Streitmacht, 11 500 Mann. Zu ihr gehört jedoch die beste Luftwaffe der Region. Zudem bauten die Amerikaner nun moderne militärische Einrichtungen und eine sogenannte Panzerfalle (ein Streifen tiefer Gräben) entlang der Grenze mit Nicaragua.

Edgardo Paz Barnica, der honduranische Außenminister, ein angesehener Diplomat, erklärte dieser Tage, die militärische Präsenz der Amerikaner könne „nicht auf unbegrenzte Zeit" aufrechterhalten werden. „Diese Manöver müssen enden, wenn der Konflikt in Mittelamerika gelöst ist." Jedoch: In Mittelamerika gibt es nur wenige Optimisten, die an eine baldige Lösung des Konfliktes glauben.

(SAD)



In Hamburg ist die Lage besser als die Stimmung

Schlechte Nachrichten sind für die Hamburger schon fast alltäglich. Mehr Arbeitslose, Firmenpleiten und höhere Abgaben sind Quelle der Sorge und des Ärgers. Aber es gibt auch Positives: Der Mut zum unternehmerischen Risiko wächst wieder.

Von UWE BAHNSEN

Wenn der Kabarettist Eberhard Möbius, Hausherr auf dem Kulturdampfer „Das Schiff" an der Holzbrücke, sich über die hanseatischen Mißstände und Kalamitäten hermacht, kann er eines prasselnden Beifalls sicher sein, dessen demonstrativer Charakter mittlerweile unüberhörbar ist. „Machen Sie es doch wie die Reeder mit ihren Schiffen – flaggen Sie Ihren Hund aus!" empfiehlt er seinen Zuhörern. Die Pointe „sitzt" – ein Hieb auf die Verdoppelung der Hundesteuer von 120 auf 240 Mark.

Viele Hundebesitzer in der Hansestadt tun mittlerweile genau das, was „Möbi" ihnen sarkastisch rät: Sie melden ihre Vierbeiner in Hamburg ab und in einem der Umlandkreise an, in denen die Steuer viel niedriger ist – eine Stadtflucht besonderer Art. Nichts hat die Stimmung unter den Hanseaten in der letzten Zeit so „wegsacken" lassen wie die rigorose Heraufsetzung fast aller kommunalen Gebühren und Abgaben bei gleichzeitiger, zum Teil drastischer, Beschneidung staatlicher Leistungen. Die Hundesteuer und die (wiedereingeführte) Getränkesteuer von zehn Prozent haben dabei wirklich „flächendeckend" gewirkt.

Fazit: Die Hamburger sind „sauer" wie lange nicht mehr – in diesem Fall ist die Verallgemeinerung nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten. Dem Ersten Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und seinen sozialdemokratischen Mitregenten im Rathaus ist das natürlich nicht verborgen geblieben. Beschwörend rief der Regierungschef in einer der letzten Bürgerschaftssitzungen den Abgeordneten nicht nur der Opposition zu: „Dies ist eine sympathische Stadt! Diskutieren wir Hamburg doch nicht kaputt, schreiben wir diese Stadt doch nicht ab!"

Diese Feststellung, daß Hamburg sympathisch sei und nicht abgeschrieben werden dürfe, ist für die Hanseaten weder neu noch strittig. Sie fragen sich allerdings, ob in dem traditionsreichen Gemeinwesen, in dem sie in ihrer großen Mehrzahl aus Überzeugung gerne leben, noch alles „im Lot" ist, und dafür haben sie wirklich gute Gründe: Die Liste der „bad news" ist mittlerweile lang und besorgniserregend – auch ohne den drastischen Griff des Finanzsenators Jörg König in die privaten Taschen.

Der Hafen, noch immer Herzstück der hanseatischen Wirtschaft, mußte im vergangenen Jahr einen Umschlagrückgang von rund 50 Millionen Tonnen hinnehmen und fiel mit diesem Minus von 18 Prozent auf den Stand von 1973 zurück. Von dem Musikdampfer „Astor", der eigentlich Hamburgs schwimmende Visitenkarte auf den Weltmeeren hatte sein sollen, mußten sich die neuen Bosse der Staatsreederei Hadag verlustreich trennen; nicht einmal den traditionsreichen Linienverkehr auf der Alster kann der Senat noch halten. Der Hauptbahnhof präsentiert sich als ewige Baustelle, der Flughafen als eher provinziell geraten, mit allen Bestandteilen baulicher Flickschusterei. Nach dem Umweltskandal Stoltzenberg, der Hamburg weltweit ins Gerede brachte, fällt nun der Schatten der riesigen Gift- und Sondermülldeponie Georgswerder auf die schöne Hansestadt und ihren Etat. Das weltweit bekannte Wahrzeichen Hamburgs, der Turm der Michaeliskirche, hätte langsam weiter verrotten müssen, wenn nicht ein ausgewanderter Hanseat, zu Besuch in seiner alten Heimat, die vier Millionen Mark gespendet hätte, die für die Sanierung des Turms erforderlich sind.

Hamburg war der Schauplatz für die Skandale um den Bauriesen „Neue Heimat" und den Medienriesen „Gruner und Jahr", der mit Hitlers Tagebüchern Kasse machen wollte. Daß eine der feinsten Adressen des Geldadels, das Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. am Ballindamm, nur durch eine dramatische Stützungsaktion des gesamten Gewerbes vor einem krachenden Zusammenbruch gerettet werden mußte, hätte das hanseatische Establishment noch vor einem Jahr für unvorstellbar gehalten. Die Krise in der Werftindustrie, etwa bei dem Staatsunternehmen HDW, die Millionenverluste der staatlichen Hamburger Stadtentwicklungsgesellschaft (HStG), die mit Schweizer Partnern in Iran Wohnungen bauen wollte und sich dabei sämtliche Finger verbrannte, das (wenn nicht noch ein Wunder geschieht) demnächst leerstehende Operettenhaus, das erst umgebaut und renoviert worden war, ein neuer und bitterer Schulkonflikt um die Gesamtschulen – die Liste ist lang, zu lang.

Die Hamburger fragen sich allmählich, wer hier eigentlich mit dem guten Ruf ihrer Stadt Schindluder treibt.

Aber die Hamburger, traditionell ein zäher Schlag, resignieren nicht – da braucht Klaus von Dohnanyi keine Befürchtungen zu haben. Die Banker in der Stadt wissen denn auch zu berichten, daß die Bereitschaft zum unternehmerischen Wagnis, zu Investitionen in die Zukunft, etwa in dem so wichtigen Mittelstand, erfreulich sei. Die Lage ist besser als die Stimmung. Klaus von Dohnanyi, so lautet ein auch unter Spitzengenossen gängiger Vorwurf, schöpfe aber die Tatsache nicht aus, daß die Hamburger SPD zu ihm keine Alternative mehr habe; er führe nicht energisch genug. Darin steckt gewiß eine gute Portion Wahrheit. Einstweilen sind es leider die bad news, über die zu berichten ist. Einen Trost gewährt der Senat den Hamburgern allerdings: Sein Vorrat an administrativen Scherzartikeln scheint unerschöpflich. Ein hanseatischer Finanzamtsvorsteher trat jüngst mit dem Vorschlag hervor, die Außendienstbeamten der Finanzbehörde sollten zugleich als Hundesteuerkontrolleure fungieren. Schwierig sei das nicht: Der Steuereinnehmer klingelt an der Tür. Ist ein Hund im Haus oder in der Wohnung, so bellt er – „erfahrungsgemäß". Dann schreitet der Staatsdiener zur Tat und prüft, ob die Steuer entrichtet wurde. Leider hielt der Finanzsenator Jörg König nichts von diesem fabelhaften Vorschlag. Schade für Eberhard Möbius, den Kabarettisten – was hätte er daraus machen können.

Späth begründet Forderung nach „Kulturkanal"

xhk. Stuttgart

Baden-Württemberg wird in den Verhandlungen über ein gemeinsames Satellitennutzungskonzept seinen Vorschlag, einen „deutschen Kulturkanal" zu eröffnen, energisch vertreten. Unter Hinweis auf die Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz in Bonn am kommenden Donnerstag zu diesem Thema erklärte Regierungssprecher Matthias Kleinert, ein solcher Kanal solle ein „Gegengewicht" gegen die wachsende Ausstrahlung von ausländischen Filmen „mit überwiegend unterhaltendem Charakter" bilden. Inzwischen habe die Landesregierung nach zahlreichen Gesprächen mit Interessenten und Künstlern eine „breite Zustimmung" für dieses Vorhaben gefunden.

Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat in einem Brief an seine Amtskollegen dafür plädiert, „rasche und einvernehmliche" Grundsatzentscheidungen der Länder herbeizuführen. Nach dem Schwenk der Bundes-SPD in ihrer Medienpolitik (private Veranstalter sollen zugelassen werden können) ist Späth optimistisch, daß es zu einer Übereinstimmung in Grundsatzfragen kommen wird. Stuttgart fordert vor allem, daß folgende „Standards" in die geplanten Landesmediengesetze Eingang finden sollen: allgemeine Programmrichtlinien, umfassender Jugendschutz, Sicherung des Datenschutzes sowie allgemein medienrechtliche Grundprinzipien, wie etwa das Gegendarstellungsrecht. Eine unterschiedliche Regelung in den Ländern würde, so Späth, den „föderalen Gedanken" überstrapazieren.

Zentralrat der Juden gratuliert Wehner

DW. Bonn

Der Vorsitzende des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, hat Herbert Wehner zur Verleihung der Ehrendoktorwürde der hebräischen Universität Jerusalem beglückwünscht. In einem Brief an Wehner schrieb Nachmann, er habe Respekt vor einem deutschen Politiker und Demokraten, der in einem an Erfahrung reichen Leben wie nur wenige neben und nach ihm selbstlos der Menschlichkeit diente. Die Juden in Deutschland hätten erfahren und in Erinnerung behalten, daß sie in Wehner einen zuverlässigen Freund gehabt hätten.

„Mehr Verständnis für Israel"

DW. Oldenburg

Ungeachtet der „kleinen Pannen und Fehler" war die Israel-Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl nach Auffassung des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, ein Erfolg. In einem Interview der „Nordwest-Zeitung" (Oldenburg) zeigte sich Nachmann optimistisch, daß der Kanzler mit dieser Reise größeres Verständnis für die Situation in Israel gewonnen habe.

Entschieden sprach sich der Vorsitzende des Zentralrats gegen deutsche Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien aus: „Deutschland darf nicht wieder zur Waffenschmiede Europas werden." Er gab den Deutschen den Rat, sich bei Waffengeschäften sehr zurückzuhalten, denn auch 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sei das grauenvolle Geschehen im „Dritten Reich" noch nicht Historie geworden. Wenn deutsche Waffen an Araber geliefert würden, führe dies zu einem irreparablen Schaden in den deutsch-israelischen Beziehungen. Auch in den USA sieht Nachmann „tiefen Widerstand" gegen solche Geschäfte.

Lambsdorff: Verstöße in allen Parteien

hey, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre eingeräumt, daß im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung in der Vergangenheit von allen „gegen das Gesetz verstoßen" worden sei. Am zweiten Tag seiner Vernehmung als Zeuge sagte er, dies sei „allgemeiner Brauch" gewesen. So sei im Februar 1982 der frühere SPD-Schatzmeister Alfred Nau angesichts der bekanntgewordenen Anschuldigungen „sehr deprimiert" zu ihm gekommen. Nau habe sich „außerordentlich im Stich gelassen" gefühlt und sinngemäß erklärt: „Für das Beiholen war ich gut, und jetzt ist keiner mehr für mich zu sprechen."

Zu der ihn nach Ansicht der Staatsanwaltschaft belastenden Liste des früheren Flick-Chefbuchhalters Rudolf Diehl sagte Lambsdorff, es gebe zwei neue Zeugen aus dem Konzern. Diese beiden, deren Namen er erst der Staatsanwaltschaft mitteilen wolle, wüßten, daß Diehl immer versucht habe, die Empfänger von Flick-Spenden zu ermitteln.

Nach eigenen Angaben hat Lambsdorff zwischen 1972 und 1977 vom Flick-Konzern 25 000 Mark als Bargeldspende erhalten – 10 000 Mark für sein Privatkonto, 15 000 Mark für die Parteikasse.

Länder im Norden wollen enger zusammenarbeiten

Von CH. GRAF SCHWERIN

Die vier norddeutschen Küstenländer wollen auf der Ebene der Regierungschefs ihre wechselseitigen Probleme, die seit zehn Jahren vergeblich von den Fachministern behandelt werden, „zu einem Paket gemeinsamer Interessen zusammenschnüren", um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Zwischen Hannover und Bremen, zwischen Hamburg und Kiel konnten schon „Rahmenverständigungen" herbeigeführt werden. Die erste Begegnung zwischen dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht und Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi in Hannover hat, nach den Worten Albrechts,

Landesbericht Niedersachsen

zumindest dahin geführt, daß „die unterschiedlichen Interessen abgetastet und Lösungsmöglichkeiten erörtert" wurden. Und Dohnanyi betonte, das Gespräch habe „in einem Geist norddeutscher Gemeinsamkeit" stattgefunden.

Hamburg als Stadtstaat erscheint mit seinen Umlandsproblemen in einer schwächeren Position als Niedersachsen. Bei aller Härte in der Darstellung seiner eigenen Interessen unterstrich Albrecht jedoch, daß er zu dem geforderten Entgegenkommen bereit sein werde, um zu einem Kompromiß zu gelangen.

Das zentrale Thema der Verhandlungen war der geplante Bau der Autobahn A 26 von Hamburg nach Cuxhaven. Aus Hamburger Sicht ergeben sich bei diesem wichtigsten Autobahnprojekt Niedersachsens drei Probleme: Das eine besteht darin, daß die Trasse über ein Grüngebiet führen würde, das erhebliche Umweltbedeutung für die Hansestadt hat. Zum zweiten würde die Erschließung des Umlands zu einer Verschärfung des Hamburger Arbeitslosenproblems führen, da weitere „Einpendler" (bisher 160 000) Arbeitsplätze in Hamburg in Anspruch nehmen würden. Drittens würden Bürger aus Hamburg herausziehen und dort auch Betriebe ansiedeln, was zu einer Schwächung der Hamburger Finanzkraft führen werde.

Hamburg meldet hier ein „verkehrspolitisches Gegeninteresse" an: eine vierte Elbtunnelröhre zur Entlastung des Verkehrs. Die von Niedersachsen geplante Elbbrücke bei Stade, so meint Dohnanyi, würde finanziell den Hamburger Tunnel in Frage stellen, da beide Projekte nicht zu realisieren seien. Albrecht jedoch begegnete diesem Argument mit dem Hinweis, der Dohnanyi übrigens nicht überzeugte, Niedersachsen könne keine finanzielle Konkurrenz zu Hamburg sehen, da die Elbüberquerung ja mit privaten Mitteln gebaut werden würde.

Ein Junktim zwischen der niedersächsischen Verkehrsfrage und dem Hamburger Entsorgungsproblem bestehe nicht, meinte Albrecht. Trotz der erheblichen Schwierigkeiten im eigenen Land werde er dem Hamburger Wunsch bei einer tragbaren Lösung der anderen Probleme entgegenkommen.

Niedersachsen ist im übrigen an der Übernahme des Amerikahafens in Cuxhaven interessiert, der in Hamburger Besitz ist. Nach Ansicht von Albrecht ist es „unbefriedigend", daß *dieses große Hafenbecken* praktisch unbenutzt liege und der Hansestadt jährlich zwei bis drei Millionen Mark Reparaturen kostet. Hier streben beide Länder eine Lösung an, mit der Hamburg auch in der Zukunft leben kann und die „kurzfristig vernünftig" ist.

Die norddeutschen Küstenländer, die knapp so viele Einwohner hätten wie Bayern, müßten ihre „Kräfte ballen an den Punkten, wo wir Fortschritt machen". Angesichts des ökonomischen Nord-Süd-Gefälles müsse für die Bundesregierung bei Standortfragen für Unternehmen der Leitsatz gelten: „Im Zweifel für den Norden."

Auch auf dem Gebiet der Medien dränge sich eine Zusammenarbeit auf. Nach Dohnanyis Ansicht dürfe man nicht außer acht lassen, daß mit der größeren Kaufkraft des Südens auch die kulturellen Gefälle sich dahin verschieben. Beide Länder wollen, nachdem sie sich mit Schleswig-Holstein in der Frage der Rundfunkwerbung geeinigt haben, den Norddeutschen Rundfunk für die Zukunft gesichert wissen. Aber auch in den neuen Übertragungstechniken für das Fernsehen müßten sich die Länder einigen, denn es erscheint Dohnanyi unsinnig, wenn man hier damit beginnen wolle, „partikulare Selbstinteressen in der Bundesrepublik zu organisieren." Deswegen suche er den Kompromiß auch da, „wo ich dann in einigen Punkten vielleicht zurückstecken müßte".

„Zu Europa gibt es keine Alternative"

Pierre Pflimlin: Nicht nur über Finanzen reden

KAREN SÖHLER, Loccum

Nicht Milchflut, Butterberge oder Schweinefleisch-Überschuß standen im Mittelpunkt einer Europa-Tagung der Evangelischen Akademie Loccum am Wochenende, sondern Möglichkeiten und Perspektiven für ein kommendes vereinigtes Europa. Alle Teilnehmer waren sich in einem einig: Es gibt keine Alternative zu Europa.

Pierre Pflimlin, erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments *und ehemaliger Ministerpräsident* Frankreichs, forderte mit großem Enthusiasmus die Notwendigkeit einer europäischen Integration auf allen Gebieten. Die Reform der Agrarwirtschaft sei nicht der Schlüssel zur Lösung aller Probleme. Die Europäisierung ließe sich auch mit Mitteln fortentwickeln, die kein Geld kosteten. Pflimlin verwies dabei auf die Waren- und Personenverkehrskontrollen, durch deren Aufhebung sich schätzungsweise zehn Millionen ECU einsparen ließen.

Auch eine gemeinsame Technologie- und Forschungspolitik bedeutete für alle Beteiligten eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Japan und den USA und erforderte zudem einen geringeren Kapitaleinsatz. Der Europapolitiker machte in diesem Zusammenhang folgende Rechnung auf: Zwischen 1977 und 1981 setzten die europäischen Länder insgesamt 500 Millionen Dollar für Forschung im Bereich Mikroprozessoren ein, während Japan in diesem Zeitraum nur 250 Millionen Dollar für diese Zwecke aufwendete. Dennoch hält das fernöstliche Inselreich rund 40 Prozent am Weltmarkt, die EG-Staaten hingegen lediglich etwa zehn Prozent. Dieses Mißverhältnis zwischen Investition und Rentabilität sei ausschließlich auf die fehlende Konzentration der Forschung in Europa zurückzuführen.

Generell machte Pflimlin nicht die finanziellen Schwierigkeiten für die EG-Probleme verantwortlich, sondern den zu schwach ausgebildeten Willen für ein gemeinsames Europa. Denn schließlich betrage das EG-Budget lediglich 0,8 Prozent des Bruttosozialprodukts der Mitglieder oder drei Prozent der addierten Haushalte der EG-Staaten. Dieser Meinung widersprach der beamtete Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Hans Werner Lautenschlager, zwar nicht, machte aber dennoch darauf *aufmerksam, daß die notwendige* sparsame Haushaltspolitik in allen EG-Mitgliedsstaaten selbst bei diesen gering anmutenden Ausgaben zu einer *anderen Argumentation zwänge.*

Angesichts der Flut an Zielvorgaben und Aktionsfeldern für EG-Politiker begnügte sich Lautenschlager mit konkreten Ansatzpunkten für die Zukunft. Zum Beispiel:

- *Einführung von Quotenregelungen* für Milch und andere Produkte, soweit sie im Übermaß hergestellt würden oder zu hohe Kosten verursachten
- Abbau der Währungsausgleichsbeträge, aber nur so, daß den deutschen Bauern keine Einkommenseinbußen entstehen
- Regelung des Außenhandels – beispielsweise bei Getreide im Rahmen des Gatt, um mit den USA keine Konflikte aufkommen zu lassen
- Einführung gerechterer Zahlungsmodalitäten, damit nicht nur ein oder zwei Mitglieder auf Dauer die Ressourcen aufbringen
- Erhöhung der EG-Eigenmittel, spätestens dann, wenn Spanien und Portugal der Gemeinschaft beitreten
- Regionalfonds besser verwenden für die Entwicklung der armen Zonen innerhalb der EG
- Mittelmeerländer nicht zusätzlich unterstützen, da diese durch zahlreiche Aktionen ohnehin schon begünstigt sind.

Die Europapolitiker plädierten in Loccum auch für eine besser koordinierte Sicherheitspolitik. Ihnen schwebte eine europäische „Rüstungsagentur" vor, eine supranationale Institution, die eine Vorstufe zu einer europäischen Regierung sein soll.

Neben dem Wunsch, durch mehr Selbstbewußtsein die sicherheitspolitischen Interessen Europas in Zukunft besser zu vertreten, forderte Katharina Focke, Spitzenkandidatin der SPD für die 2. Direktwahl zum Europäischen Parlament, der Europäischen Währungseinheit (ECU) zukünftig eine größere Bedeutung beizumessen. Denn bislang gestattet es die Deutsche Bundesbank nicht, daß *Konten in ECU gehalten werden.* Damit die vielfältigen Vorstellungen sich schneller durchsetzen lassen, verwies Focke auch auf die Notwendigkeit, das Europäische Parlament mit mehr Rechten auszustatten und stärker am Gesetzgebungsverfahren teilhaben zu lassen, den Ministerrat durch eine Fristfestlegung zum Handeln zu zwingen und eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Gremien und Institutionen zu forcieren.

Eppler ermuntert Bastian

„Ich würde mich freuen, wenn ich mit ihm in der SPD zusammenarbeiten könnte"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Einen Wechsel Gert Bastians von den Grünen zur SPD befürwortet der Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Erhard Eppler. Das Mitglied des Bundesvorstands der Sozialdemokraten sagte gestern im Westdeutschen Rundfunk: „Ich würde mich freuen, wenn ich mit Bastian innerhalb *der* SPD zusammenarbeiten könnte." Er, Eppler, sei ganz sicher, daß ein Aufnahmeantrag von dem SPD-Gremium nicht abgelehnt würde.

Die Möglichkeit eines Eintritts in die SPD hatte der frühere General, der – unter Mitnahme seines Mandats – aus Protest gegen die „Diktatur der Inkompetenz" die Bundestagsfraktion der Grünen verlassen hatte, am Wochenende nicht ausgeschlossen. Vorsichtig formulierend sagte Bastian im Bayerischen Rundfunk, zwar sei dies im Augenblick für ihn keine Überlegung, über einen Eintritt in die SPD „könnte" man jedoch „reden", wenn *sich die* von Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses – zum Beispiel des saarländischen Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine – verfolgte sicherheitspolitische Linie „in der SPD allgemein durchsetzen" würde.

Dazu meinte Eppler, solche Forderungen seien „sicher nicht ernst zu nehmen". Bastian könne jedoch in die SPD kommen und dann für seine Vorstellungen streiten. „Aber man kann einer Partei nicht, ehe man kommt, gewisse Bedingungen stellen." Er fügte hinzu, in der SPD gebe es in den Fragen Rüstung und Frieden Positionen, die sich „wesentlich radikaler" darstellten als die von Bastian. Dies seien jedoch nicht die Positionen der Partei.

Im „Fall Bastian" gehe es „um einen Menschen, der eine politische Heimat sucht" und nach einem Soldatenleben „politisch vielleicht noch die eine oder andere Erfahrung sammeln muß". Der frühere General sei bei den Grünen schon von Alter und Herkunft her „ein bißchen ein Außenseiter".

Die Grünen diskutieren unterdessen weiter heftig über Bastians Schritt. Am Sonntag war der Abgeordnete sowohl von seinem bayerischen *Landesverband, als auch vom* Parteihauptausschuß aufgefordert worden, sein Mandat zurückzugeben. Von einem Parteiausschlußverfahren sah man jedoch ab. Im Landesausschuß wurde ihm der Vorwurf gemacht, *er habe die Partei* erpressen wollen. Der bayerische „Bundestagsnachrücker" Axel Vogel sagte im Landesausschuß, er sei nicht mehr bereit, „noch irgendeiner weiteren Erpressung nachzugeben". Ihm sei es lieber, „diese grüne Fraktion geht mit fliegenden Fahnen unter". Das Thema Bastian soll heute in einer Sitzung der Bundestagsfraktion abermals im Mittelpunkt stehen.

Am vergangenen Wochenende hatte der SPD-Vorsitzende Brandt zu erkennen gegeben, daß er zielstrebig um Wähler aus dem Potential der Grünen werben wird. In einem Interview forderte Brandt seine Partei zwar auf, den Versuch zu unternehmen, „Arbeitnehmerstimmen von der CDU zurückzugewinnen", fügte aber hinzu, der „größte Brocken" sei bei den Wählern der Grünen zu holen. *Wenn bisherige* Wähler dieser Partei den Weg zur Sozialdemokratie fänden, „dann liegt das genau auf der Linie, die wir für richtig halten". Der SPD-Vorsitzende warnte deshalb davor, die Grünen als „parlamentarische Partner von vornherein auszuschalten". Er wolle und könne ganz bewußt nicht ausschließen, „daß es in den nächsten Jahren in dem einen oder anderen Parlament mal eine Koalitionsmöglichkeit" mit den Grünen gebe.

Vor großer Koalition im Umweltschutz

Tandler (CSU) und Rothemund (SPD): Annäherung in fast allen wesentlichen Punkten

PETER SCHMALZ, München

Eine Große Koalition im bayerischen Landtag zugunsten des Umweltschutzes wird wahrscheinlich. Nachdem vor einem Monat zwischen CSU und SPD ein Kompromiß über die von beiden Parteien gewünschte Verankerung des Umweltschutzes in der bayerischen Verfassung noch unmöglich schien, haben sich die Fraktionsvorsitzenden Gerold Tandler (CSU) und Helmut Rothemund (SPD) in einer sechsköpfigen Verhandlungskommission bereits in fast allen wesentlichen Punkten genähert. Gravierendster Streitpunkt ist noch die Frage, wie der von der SPD gewünschte Vorrang der Umwelt vor anderen Belangen definiert wird.

Die SPD plädiert für einen totalen Vorrang, in der CSU-Fraktion ist aber eine breite Strömung gegen eine derart einseitige Festlegung erkennbar. Vor allem die Agrarpolitiker der CSU wehren sich gegen den von der SPD vorgeschlagenen Satz, „Umweltschutz hat Vorrang". Ein Kompromißvorschlag soll nur noch „Vorranggewicht" einräumen, die endgültige Entscheidung müsse nach einer „jeweiligen Interessenabwägung" getroffen werden. Gegen diese abgeschwächte Formulierung wird nun wiederum Widerstand vom Bund Naturschutz erwartet, der in Umweltfragen sehr eng mit der SPD zusammenarbeitet. Ein CSU-Sprecher gestern: „An diesem Punkt wird die Kompromißfähigkeit beider Seiten getestet."

Einig sind sich CSU und SPD, daß *mit der Verfassungsänderung* konkrete Umweltschutz-Maßnahmen gekoppelt werden, die den Landeshaushalt zumindest in einer dreistelligen Millionenhöhe belasten. Die SPD spricht sogar von einer Milliarde, die CSU hält sich mit Zahlen noch zurück. Die größte Summe soll in den Bau von kommunalen Abwasseranlagen fließen. Hiermit kann ein erheblicher Investitionsschub ausgelöst werden, nachdem die Gemeinden Kläranlagen für rund vier Milliarden Mark beantragt haben. Fluß- und Bachkanalisierungen sollen künftig dann „grundsätzlich nicht mehr zulässig" sein, wenn dadurch die Abflußgeschwindigkeit des Oberflächenwassers beschleunigt und damit unter anderem die Hochwassergefahr vergrößert wird. *Sollte* die Einigung zustande kommen, wird sich die bayerische Regierung auch verpflichten, die Schadstoffemissionen aus Kraftwerken, an denen der Staat beteiligt ist, bis 1988 auf ein Viertel der *jetzigen Menge* zu reduzieren.

Unabhängig vom Verfassungs-Kompromiß treibt die bayerische Regierung die Reinhaltung der Luft voran: Im Kohlekraftwerk Schwandorf, einst der größte Stromlieferant und stärkste Umweltverschmutzer des Landes, werden in den nächsten vier Jahren drei Reinigungsverfahren für 190 Millionen Mark erprobt.

Besorgnis in Stuttgart nach Umfrage

Fast 14 Prozent lehnen parlamentarisches System ab / In der Mehrzahl Jugendliche

XING-HU KUO, Stuttgart

Mit gemischten Gefühlen hat Baden-Württembergs Landtagspräsident Erich Schneider (CDU) die Ergebnisse einer Umfrage bei 865 Bürgern des Landes zum Thema „Was geht mich die Demokratie an?" bekanntgegeben. Der CDU-Politiker begrüßte zwar, daß 86 Prozent der Befragten – Besucher der in 18 Städten Baden-Württembergs gezeigten Wanderausstellung „Baden-Württemberg – Bundesland mit parlamentarischen Traditionen" im Zeitraum vom April 1982 bis September 1983 – sich grundsätzlich „zu unserem Staat bekannt haben, wenn auch mit Einschränkungen".

Man dürfe jedoch, so Schneider weiter, die Tatsache „nicht auf die leichte Schulter nehmen", daß fast 14 Prozent derjenigen, die den Fragebogen der Landeszentrale für politische *Bildung, die in den Ausstellungen* auslagen, ausgefüllt und zurückgeschickt haben, diesen demokratischen Rechtsstaat nicht als „hohes Gut" ansahen. Da nach Angaben des Direktors der Landeszentrale, Sieg*fried Schiele, die Mehrheit der Besu*cher und der Fragebogen-Beantworter Jugendliche waren, ist dieses Ergebnis nach Auffassung des Landtagspräsidenten ein Grund für die Politiker, „aufgerüttelt" zu werden.

Sowohl Schneider als auch Schiele betonten zwar, daß die Ergebnisse der Umfrage nicht unbedingt „repräsentativ" seien und deshalb nicht überbewertet werden dürften. Gleichzeitig vermittele die Umfrage doch ein gewisses „Stimmungsbild", das nicht einfach ignoriert werden dürfe.

Auf den Fragebögen wurden folgende sechs Fragen gestellt, die mit „trifft zu", „trifft mit Einschränkungen zu" oder „trifft nicht zu" zu beantworten waren:

Hat der einzelne Bürger in unserer Demokratie ausreichende Mitspracherechte? Hat sich das parlamentarische System (Volksvertretung durch Abgeordnete) bewährt? Sind die Länderparlamente (wie z. B. der Landtag von Baden-Württemberg) bürgernah? Werden im Parlament die *Fragen behandelt, die* den Bürgern auf den Nägeln brennen? Werden die Rechte von Minderheiten in unserer Demokratie ausreichend berücksichtigt? Ist unser demokratischer Rechtsstaat bei allen Fehlern und *Mängeln ein hohes Gut?*

Am schlechtesten „benotet" wurde die Bürgernähe des Landesparlaments und dessen Fähigkeit, drängende Probleme und Fragen zu behandeln, beurteilt: Nur 17,1 Prozent bescheinigten dies dem Landtag, 41,6 Prozent taten dies mit Vorbehalten und 41,3 Prozent verneinten eindeutig die Frage.

Vor allem die relativ hohe Zahl von 14 Prozent der Gegner des parlamentarischen Systems wurde von Siegfried Schiele relativiert: Es wurde beobachtet, daß manche Jugendliche bewußt „provozierend" alle Fragen mit „trifft nicht zu", ohne auch nur nachzudenken, beantwortet hätten. Einige Fragebögen wurden mit extremistischen Parolen (mehr rechts- als linksextremer Art) beschmiert, wie „RAF" oder „Ausländer raus", be*richtete der Direktor der* Landeszentrale für politische Bildung. In Wirklichkeit würde er diese Zahl der Systemgegner um etwa die Hälfte halbieren. Trotzdem bleibe dann ein nicht zu ignorierendes „demokratiekritisches *Potential, das* im bestehenden System nichts Positives und Erhaltenswertes zu erkennen vermag", so Schiele weiter.

Landtagspräsident Schneider zog aus der Umfrage die Konsequenz, *daß die Landtage künftig „noch mehr* Bürgernähe und Aktualität" praktizieren müßten. Der Test zeige gleichzeitig, daß die Bürger „politisches Interesse" hätten.

„DDR"-Bürger suchten vergeblich Asyl

In die Prager Botschaft der Bundesrepublik geflüchtet / Straffreiheit zugesichert?

MANFRED SCHELL, Bonn

In der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag haben in den ersten Februarwochen insgesamt 12 Bewohner der „DDR" Zuflucht gesucht, um von dort aus die Ausreise in den Westen zu versuchen. Nach den in Bonn vorliegenden Informationen blieben diese Absichten allerdings erfolglos, weil die tschechoslowakischen Behörden offensichtlich in Übereinstimmung *mit der* „DDR" die Genehmigung für eine Übersiedlung verweigerten. Einzelne Asylsuchende sollen sich bis zu zwei Wochen in dem Botschaftsgebäude aufgehalten haben. Allerdings hieß es in Bonn, es habe sich nicht um eine Gruppe gehandelt.

Die Bundesregierung war in vertraulichen Kontakten mit der Tschechoslowakei und der „DDR" darum bemüht, den *Vorfall* auch im Interesse der „DDR"-Bewohner möglichst geräuschlos abzuwickeln. Bonn ist es dabei offenkundig gelungen, für sie die Zusicherung der Straffreiheit zu erreichen. Außerdem sollen sie auf die Liste derjenigen gesetzt werden, die Ausreiseanträge gestellt und im Rahmen der Familienzusammenführung berücksichtigt werden sollen. Unbestätigt blieb zunächst die Information, unter ihnen hätten sich auch SED-Mitglieder befunden, und dies habe eine einvernehmliche Regelung mit den Ostberliner Behörden besonders erschwert.

Erste Informationen über den Vorfall sollen ihren Ursprung in Berlin haben. Mitarbeiter der Botschaft in Prag lehnten Erklärungen dazu ab. Kulturattaché Wolfgang Scheur sagte, „heute" befänden sich keine „DDR"-Bewohner mehr in dem Gebäude. Das Auswärtige Amt in Bonn betonte, aus „naheliegenden Gründen" könne man die Berichte weder bestätigen noch dementieren.

Die Bundesregierung befürchtet, daß ihre Bemühungen im humanitären Bereich durch die Häufung solcher spektakulären Fälle erschwert oder sogar zunichte gemacht werden könnten. Wiederholt haben der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, und Staatsminister Philipp Jenninger vom *Bundeskanzleramt* die Sorge geäußert, die „DDR" könnte ihr bisheriges Verhalten aufgeben und die Übersiedlungspraxis einschnüren. Außerdem wird in Regierungskreisen in Bonn auf die vor Jahren ergangene Verordnung der „DDR" verwiesen, nach der sie den Besuch der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland genehmigungspflichtig machen könnte. Damit hätte es Ost-Berlin *in der Hand*, wer von den „DDR"-Bewohnern das Gebäude betreten darf und wer nicht.

Die Ereignisse in Prag haben in Bonn aber auch Fragen anderer Art aufgeworfen. Es wird in Regierungskreisen schon als merkwürdig empfunden, daß plötzlich so viele Menschen in die Botschaft gekommen sind, um ihre Ausreise in den Westen durchzusetzen. Man müsse die Frage *stellen, so hieß es, ob hier die „DDR"* nicht etwas nachhelfe beziehungsweise die Entwicklung durchaus in ihr politisches Kalkül passe. Sie könnte Vorfälle dieser Art zum Vorwand nehmen, um Reisebeschränkungen zu erlassen.

Sowjetpresse kritisiert Umweltschäden

AFP, Moskau

Auf die wachsenden Probleme der Umweltverschmutzung in der Sowjetunion hat die Presse des Landes in jüngster Zeit *aufmerksam* gemacht. Die Alarmglocke läutete jetzt die Zeitung der Russischen Sowjetrepublik, „Sowjetskaja Rossija", mit einem Bericht über zwei Kraftwerke *bei der Stadt* Tscheljabinsk im Ural, die minderwertige Kohle verfeuerten. Seit fünf Jahren weigere sich die Betriebsleitung, statt der billigeren heimischen Kohle das teurere Erdgas zu verwenden, schreibt das Blatt.

Kürzlich deckte das Organ des Schriftstellerverbandes, „Literaturnaja Gaseta", einen Fall von Umweltverschmutzung im Süden der UdSSR auf. In Saporoschje leitet eine Titan-*Fabrik seit vier Jahren* gesundheitsschädigende Abfallstoffe in die Luft. Trotz mehrerer Geldstrafen wies die Firmenleitung bisher alle Proteste der umliegenden Staatsgüter mit dem Argument zurück, sie sei „*für die Planerfüllung und* nicht für die Umwelt" verantwortlich. „Sie machen sich die Sache leicht und zahlen lieber Geldbußen, die sie übrigens nicht aus der eigenen Tasche nehmen", bemerkt die Zeitung.

Eine Explosion in einer Ammoniakfabrik, die im Oktober vergangenen Jahres eine Umweltkatastrophe im ukrainischen Fluß Dnjestr verursacht hatte, war ebenfalls von der Presse bekanntgemacht worden. Dort verlor der verantwortliche Parteisekretär seinen Posten. In der Umgebung des ostsibirischen Baikalsees mußte die Industrie massive Investitionen zum Bau umweltschonender Fabriken vornehmen.

Irritation in SED über Westpolitik

hrk. Berlin

Die jüngsten ideologischen „Wellenschläge" der „DDR"-Führung haben offensichtlich in der SED zu Irritationen geführt. Die Kontakte der Staatsspitze zu Bonn, der Strauß-Besuch, die Begegnungen im Luther-Jahr, auch der Auftritt von Udo Lindenberg in Ost-Berlin können anscheinend nur mit Mühe erklärt werden.

Auf die Verunsicherung in der Bevölkerung hat die SED mit Durchhalteparolen und der Forderung nach Flexibilität reagiert. So hieß es im „Neuen Deutschland", die während der Parteiwahlen übernommenen Kampfaufgaben „zeugen vom Verständnis der Genossen für die gegenwärtige innen- und außenpolitische Situation und von ihrer Bereitschaft, die Anstrengungen zur Realisierung der Beschlüsse der Partei und der Befehle und Weisungen zu vervielfachen und höchste Belastungen auf sich zu nehmen". Daß hier der Begriff „innenpolitische Situation" aufgenommen wurde, ist äußerst ungewöhnlich – er wird sonst offiziell nicht verwandt.

Auch Staatssicherheitschef Erich Mielke hat sich während der Parteiwahlen an die SED gewandt mit dem Ziel, die verunsicherte Mitgliedschaft wieder stärker in die offizielle Politik einzubinden: „Die außerordentlich zugespitzte internationale Klassenkampfsituation" verlange von jedem Mitarbeiter und Kollektiv, „weitaus größeren Anforderungen" gerecht zu werden. Und Egon Krenz, neuer ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen, forderte vor SED-Mitgliedern die „genaue Kenntnis der konkreten innen- und außenpolitischen Bedingungen", unter denen die „DDR" weiter ausgestaltet werde.

Neue Initiative gegen Waldsterben

E. N. Bonn

Die Eingriffsmöglichkeiten des Staates bei alten Kraftwerksanlagen, von denen ein *Großteil der* Luftverunreinigung und damit eine Schädigung der Wälder ausgeht, sollen entscheidend verbessert werden. Dies sieht der Entwurf einer Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vor, den Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann als neue Umweltschutzinitiative vorlegte.

Zimmermanns Sprecher Michael-Andreas Butz erklärte dazu: „Wenn anläßlich dieses *Vorstoßes* von einem möglichen Widerstand aus dem Bundeswirtschaftsministerium gesprochen wird, dann muß darauf verwiesen werden, daß Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff bisher noch *nie* gegen eine Maßnahme war, die dem Waldsterben Einhalt gebieten soll."

Zweck der Vorlage ist es, das „Vollzugs-Instrumentarium" des Bundes-*Immissionsschutzgesetzes* dahingehend abzuändern, daß künftig die Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung nicht mehr „wirtschaftlich vertretbar" sein müssen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Das Wettrüsten in Nahost dient nur dazu, lokale Kriege zu schüren

Von GIDEON RAFAEL

Die Länder des Nahen Ostens behandeln ihre Probleme mit viel Emotion und wenig Verantwortlichkeit. Die Charakteristika der Region sind: Instabilität, Unsicherheit, endlose Zwiste, schwelende Konflikte und offene Kriege.

Das Öl ist der begehrteste Schatz des Nahen Ostens, und die Währung, in der am häufigsten dafür bezahlt wird, sind Waffen. Die hochschnellenden Ölpreise zogen das Ansteigen der Waffenpreise nach sich. Trotzdem beschränkten die sinkenden Ölexporte keineswegs die Waffenimporte. Während das Einkommen aus dem Öl schwindet, wachsen die Ausgaben für Waffen.

Die meisten Staaten, die für ihre Waffeneinkäufe von fremder finanzieller Hilfe abhängen, spüren diese Diskrepanz. Dafür nur ein Beispiel: Im Jahre 1974 verhandelte Jordanien mit den Vereinigten Staaten über den Erwerb eines „Hawk"-Boden-Luft-Raketensystems, das 350 Millionen Dollar kosten sollte; Saudi-Arabien war bereit, die Rechnung zu übernehmen. Als zwei Jahre später der Preis für das gleiche System auf 750 Millionen Dollar gestiegen war, lehnten es die Saudis ab, die Differenz zu begleichen. Wahrscheinlich wandte sich Jordanien an die amerikanische Regierung.

Nehmen wir Israel. Seit 35 Jahren von einem Ring feindseliger Nachbarn umgeben, muß Israel ungefähr 30 Prozent seines Bruttosozialprodukts im Jahr für militärische Zwecke ausgeben, um ein Gleichgewicht der Waffen zu wahren – zumindest qualitativ. Da es die enormen Kosten nicht allein tragen kann, sucht es Unterstützung im Ausland, die ihm vornehmlich und großzügig von den Vereinigten Staaten gewährt wurde.

Levi Eshkols Appell an die Großmächte

Kurzfristig mag der Tauschhandel von Öl gegen Waffen kein schlechtes Geschäft sein, aber langfristig häufen die Waffeneinkäufer – ob sie Öl produzieren oder nicht – einen Schuldenberg an, der höher ist als die Waffenberge in ihren Arsenalen. Ob der Schuldenstapel zusammenbricht, bevor die Arsenale explodieren, ist eine Sache der Mutmaßung.

In diesem Langstreckenrennen war Israel zwar kein einsamer Läufer, aber eine einsame Stimme. Während es alle Kräfte aufbot, um nicht zurückzufallen, forderte es immer wieder dazu auf, das wahnsinnige Rennen zu beenden. Im Mai 1966 appellierte der damalige Premierminister Levy Eshkol von der Rednerbühne der Knesseth an die Großmächte, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, und an die Staaten in der Region, sich auf Maßnahmen der Waffenkontrolle – „abgesichert durch Methoden gegenseitiger Inspektion" – zu einigen. Schon drei Jahre zuvor hatte die damalige Außenministerin Golda Meir in der 18. UNO-Vollversammlung der Vereinten Nationen einen Sechs-Punkte-Plan zur Minderung der Spannungen im Nahen Osten unterbreitet. *Er gipfelte in dem Vorschlag*, „in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziel, eine Abrüstung mit gegenseitiger Inspektion für alle Waffentypen zu erreichen".

Zwanzig Jahre später – nach drei weiteren blutigen arabisch-israelischen Kriegen, zahllosen bewaffneten Zusammenstößen in der Region, während eines mörderischen Krieges zwischen Irak und Iran und unerhörten Leiden in Libanon – hat das Wettrüsten im Nahen Osten an Umfang und Intensität in der zeitgenössischen Welt einzigartige Proportionen angenommen.

Wozu sind arabische Panzer bestimmt?

Ein paar Zahlen mögen das verdeutlichen. Nach der jüngsten Statistik des israelischen Instituts für Strategische Forschungen beträgt die Waffen-Menge bei den Landstreitkräften Ägyptens, Jordaniens, des Irak, Libyens, Saudi-Arabiens, Syriens und Israels insgesamt 16 930 Panzer, 21 300 Panzerfahrzeuge und 10 500 Artilleriegeschütze. Zusätzlich verfügen die arabischen Länder über 5250 Boden-Luft-Raketen (die Zahlen der israelischen Raketen sind nicht veröffentlicht).

Wozu sind diese Waffen bestimmt? Die Regierungen in der Region haben weder den Wunsch noch die Fähigkeit zur strategischen Zusammenarbeit gegenüber Angriffen von außen. Falls die sowjetische Regierung beschließt, die westliche Ölschlagader im Persischen Golf zu durchschneiden, wird sie eher die Terrorbanden des Schwarzen September als die Rote Armee aktivieren. Oder dienen die Waffen dazu, das Überleben im Inneren gefährdeter Regime zu sichern? Weder Awacs-Flugzeuge noch Boden-Luft-Raketen sind dafür geeignet, rebellische Bewegungen zu entdecken oder zu unterdrücken. Der einzige wirkliche Zweck dieser Waffen ist das Schüren lokaler Kriege.

Die Idee der Eingrenzung des Wettrüstens im Nahen Osten ist bei vielen Gelegenheiten und in verschiedenen Gremien erörtert worden. Als 1967 die Resolution 242 eingebracht wurde, enthielt die Originalversion einen amerikanischen Vorschlag für gemeinsame Maßnahmen zur Regulierung des Waffenhandels im Nahen Osten. Überraschenderweise enthielt der sowjetische Resolutionsentwurf einen ähnlichen Paragraphen. Beide aber fehlten in der schließlichen britischen Vorlage – offenbar aufgrund der Opposition der arabischen Staaten, die meinten, ihre durch ihr Debakel am Sechs-Tage-Krieg entleerten Arsenale wieder auffüllen zu müssen.

Da regionale Diskussionen über Waffenkontrollen ohnehin unrealistisch sind, wäre es nützlich, wenn die am Waffenhandel beteiligten Länder das Rennen verlangsamten.

Es ist eine Tatsache, daß alle Abkommen zwischen Israel und den arabischen Staaten, beginnend mit den Waffenstillstandsbestimmungen von 1949 bis zu dem Abkommen mit Libanon von 1983, Vorkehrungen für Waffenkontrollen, Truppenbegrenzungen, entmilitarisierte Zonen und neutrale Überwachung ins Auge faßten. Die Abkommen schließen Klauseln ein, die „Akte oder Drohungen der Feindseligkeit oder Gewalttat von seiten irgendwelcher Kräfte unter der Kontrolle der Vertragspartner oder von seiten irgendwelcher anderer Kräfte auf ihrem Territorium" verbieten. Gemeint sind damit die Aktivitäten terroristischer Organisationen, die in einer Lage scharfer Konfrontation einen übergreifenden Krieg auslösen können. Es gibt somit für diejenigen Staaten, die unter den von ihrem Territorium aus operierenden Terrororganisationen leiden, wie auch für die Staaten, die Überfällen ausgesetzt sind, ein einleuchtendes gemeinsames Interesse, ihre diskrete Zusammenarbeit zur Verhinderung irregulärer Kriegshandlungen zu verstärken.

Nuklearwaffen bedrohen die gesamte Region

Ein noch größeres Unheil zeichnet sich mit der Nuklearisierung des Nahen Ostens ab. Die Drohung hängt über der ganzen Region, und ihre Auswirkungen könnten von globaler Bedeutung sein. Weder konventionelle Strategie noch abgenutzte Politik können sie in den Griff bekommen. Israel hat mehrmals vorgeschlagen, den Nahen Osten zu einer *atomwaffenfreien* Zone zu erklären. Unterstützt von Israel, reichte Ägypten in den vergangenen Jahren bei der UNO eine Resolution zum gleichen Thema ein. Es ist die erste und bisher einzige gemeinsame ägyptisch-israelische Initiative.

Die normale Prozedur zu ihrer Durchsetzung wäre die Einberufung einer regionalen Konferenz. Realistischer erschiene es jedoch, wenn man Gelehrte, Wissenschaftler und Diplomaten aus dem Nahen Osten mit Experten auf dem Gebiet der Kontrolle nuklearer Waffen an einem Tisch vereinte. Sie könnten unter dem Titel einer renommierten akademischen Institution oder einer Art Nahost-Pugwash-Konferenz tagen.

Gideon Rafael (70), der Israeli aus Berlin, ist Publizist und befaßt sich vor allem mit Fragen des Nahen Ostens. Er hatte diverse Posten bei der UNO und im israelischen Außenministerium inne. Vor seiner Pensionierung im Jahre 1978 war er Botschafter in London.

Marcos stützt sich auf die Militärs

Von CHRISTEL PILZ

Wiederholt hat der Chef der philippinischen Streitkräfte, General Fabian Ver, *in den letzten Wochen* vor Elementen gewarnt, die darauf aus seien, die Regierung von Präsident Marcos zu stürzen. Ver, der auch alle Geheimdienste kontrolliert, spielte vor allem auf eine Gruppe von „Geistlichen und Geschäftsleuten" an, die in einer „seltsamen Allianz" mit den Kommunisten stehe. Teil ihrer Kampagne sei es, angesichts der für Mai geplanten Parlamentswahlen Unruhen zu inszenieren und zum Wahlboykott zu agieren.

Ver forderte verstärkte Vorsichtsmaßnahmen, um nicht ein Opfer organisierter Aktivitäten zu werden. Auf alle Fälle, so versicherte er, werden die Militärs nicht zulassen, daß *die Philippinen in einen Zustand* der Anarchie und Gewalt geraten. Schon im Oktober haben sie Ferdinand Marcos gedrängt „Tausende" von Aktivisten hinter Gitter zu bringen. Doch Marcos hält sich zurück. Der Präsident *kennt sein Volk.* Verhaftungen könnten der Funke sein, die aufgepeitschte Volksstimmung zur Explosion zu bringen. Der Mord an Oppositionsführer Benigno Aquino am 21. August 1983 hat lang aufgestaute Unzufriedenheit und Kritik zu fast täglichen Demonstrationen auf die Straßen gebracht.

Besser, die Emotionen austoben zu lassen. Sie werden sich von selbst abkühlen. Solches Kalkül aber mag gerade jetzt nicht aufgehen, da Hunderte von Betrieben schließen müssen und Zehntausende von Arbeitern ihren Job verlieren. Die *Philippinen* stecken in einer akuten Finanz- und Wirtschaftskrise. Auch die beste Regierungspropaganda kann nicht darüber hinwegargumentieren, wo die Ursachen liegen, nämlich in Korruption und Mißwirtschaft. Das ist Wasser auf die Mühlen der legalen Opposition wie auf die des Untergrunds.

Der, sagen Sicherheitskreise, sei stärker und besser organisiert als je



zuvor. 1981 hat seine Dachorganisation, die „Nationale Demokratische Front" (NDF), die Expansion ihrer politischen Basis über alle Inseln des philippinischen Archipels und die Kontaktaufnahme zu legalen Gruppen beschlossen. Im Januar jenes Jahres hatte Marcos das Kriegsrecht aufgehoben und die Rückkehr zur Demokratie versprochen. Der Untergrund reaktivierte sich und wurde der Motor zum Boykott der Präsidentschaftswahlen, die Ferdinand Marcos (im Juli 1981) ein Mandat bis 1987 gaben. Die NDF-Zentrale saß mitten in Makati, dem Finanzdistrikt der Hauptstadt Manila. Geheimdienstagenten haben sie 1982 ausgehoben und den Vorsitzenden Horatio Morales verhaftet. Die NDF aber existiert fort, mit einem weitverzweigten Netz im Inland wie in aller Welt, die Bundesrepublik Deutschland mit eingeschlossen. *Jetzt hat die NDF* wieder Hochkonjunktur.

Hunderte von Gruppen sind seit dem Tod von Aquino aus dem Boden geschossen. Rechtsanwälte, Sozialarbeiter, Hausfrauen, Lehrer, Geschäftsleute, besorgte Bürger aller Sparten haben sich – scheinbar spontan – zu Anti-Marcos-Protesten zusammengetan. Die größte ist „JAJA", deren Name ein Akronym in englischer Sprache für „Gerechtigkeit für *Aquino, Gerechtigkeit für alle*" *ist.* Vorsitzender ist Ex-Senator Tanada, 85, der sein Leben lang in Opposition zu der jeweiligen Regierung stand. „JAJA"-Aktivisten reden dem Sozialismus das Wort, sie wollen, daß die *Amerikaner die Philippinen verlassen*, die hier zwei Stützpunkte haben. Sie fordern „wahre" Demokratie, den Rücktritt von Marcos und den Boykott der Mai-Wahlen. All das sind Parallelen zur Agitation des Untergrunds. Steckt er *dahinter?*

Die Militärs sind einsatzbereit. Seit Ende vorigen Jahres steht in Manila eine eigens zur Abwehr von Bürgerunruhen zusammengestellte Sonderbrigade mit sechs Bataillonen. Vier von ihnen wurden aus Kampfgebieten im Süden abgezogen. Daß sie nicht gebraucht werden, ist aller Hoffnung, doch daß die Militärs in Zukunft mehr in der Politik zu sagen haben, dürfte unvermeidbar sein.

Das Signal gab Marcos selbst, als er Anfang November das militärische Establishment zu einer Sitzung des *Kabinetts und der Fraktion* der Regierungspartei „Neue Gesellschaft" (KBL) einlud. Mit dieser Geste wollte er zeigen, daß die Militärs voll hinter ihm stehen. General Ver, der wie sein Stellvertreter, Generalleutnant Fidel Ramos, Marcos treu ergeben ist, wies mögliche Putschintentionen aus Kreisen jüngerer Offiziere zurück, weil, sollte es solche Kreise geben, sie sofort zerschlagen würden. Die am amerikanischen Vorbild ausgebildeten Offiziere der philippinischen Streitkräfte sind grundsätzlich unpolitisch und durch ihren Schwur auf die Verfassung dazu verpflichtet, eine zivile Regierung zwar zu stützen, nicht aber zu stürzen. Doch Stützungsaktionen sind notgedrungen politisch. Deshalb, so Marcos in einem Interview mit der WELT, sollen die Militärs fortan am politischen Entscheidungsprozeß beteiligt sein.

Marcos hat die Militärs, die vor seiner Machtübernahme 1965 etwa 60 000 Mann stark waren, auf 300 000 Mann aufgebaut. Heute sind sie die einzige funktionsfähige, disziplinierte und landesweit gegenwärtige nationale Institution. Die zivile Administration ist schwach und ineffektiv. Beobachter in Manila meinen, Marcos wolle die Militärs für den Tag vorbereiten, da er nicht mehr Präsident sein werde.

Iowa Caucus oder Wer tritt gegen Reagan an?

Auftakt für die US-Präsidentschaftswahlen / Langwieriges Verfahren / Mondale ist Favorit der Demokraten

TH. KIELINGER, **Washington**

Heute findet im US-Bundesstaat Iowa die erste Auszählung zur Wahl des amerikanischen Präsidenten 1984 statt.

Iowa ist bekannt für seine 13 Millionen Schweine, eine Zahl, die die Bewohner des Staates – 2,9 Millionen – weit in den Schatten stellt. Außerdem liegt es in der Mitte Amerikas und baut soviel Weizen an wie ausreichen würde, die ganze Sowjetunion ein Jahr lang zu ernähren. Es hat nur eine Stadt, die mehr als 200 000 Einwohner zählt: Des Moines, die Hauptstadt, von zwei französischen Padres, *Jacques Marquette* und *Louis Jolliet*, im 17. Jahrhundert gegründet. Erst 1803 kam Iowa, als Teil des „Luisiana Purchase", an die Union. An Fläche ist es etwas größer als die Tschechoslowakei.

Was hier und heute zählt, sind jedoch einzig und allein die „Iowa Caucuses", eine Art politischer Schönwetterprognose, nach der die Herausforderer Präsident Reagans, die acht Kandidaten der Demokratischen Partei, sich ausrechnen dürfen, wo sie in der Wählergunst stehen, das heißt, in welcher Reihen- und Rangfolge zueinander.

Was ist ein „Caucus"? Ein Caucus ist die Urzelle von Gleichgesonnenen, hier in Iowa die Urzelle von Gemeindemitgliedern, die sich am schneereichen Abend des 20. Januar 1984, ein jeder in seinem Wohnbezirk („precinct"), zusammenfanden, in einer Kirche die einen, in einer Schule die anderen, hier in einer Scheune, dort in einer Wohnstube, um unter sich auszumachen, wohin man denn politisch tendiere, welche Politikernase einem denn am meisten – oder am wenigsten – gefalle.

Es zählt nur der Kandidat, der in jedem „Caucus" – und es gibt insgesamt 2495 Caucus-Bezirke – mindestens 15 Prozent der Versammelten *auf sich vereinigen kann.* Man beginnt also den Abend in einer Runde von, angenommen, 30 Personen und klärt im Gespräch die Präferenz. Dann geht, zum Test, jede Gruppe in ihre Ecke (oder in ihr Zimmer). Wer auszufallen droht – das heißt, nicht die benötigten 15 Prozent auf den Namen des ausgesuchten Präsidentschaftskandidaten vereinigt – kann als Gruppe noch einmal ausschwärmen und die übrigen Caucus-Teilnehmer von dem unschlagbaren Programm des Politikers X überzeugen. Wenn das nicht gelingt, müssen die Geschlagenen sich rasch neue Magnete suchen, neuen politischen Unterschlupf bei einem der Kandidaten, auf den mehr als 15 Prozent im ersten Test entfallen sind.

Acht Kandidaten

Nach dieser Neugruppierung wird endgültig gezählt. Das Ergebnis muß dann dem Landeshauptquartier mitgeteilt werden: 2495 Ergebnisse. Hat nun das Resultat von Iowa bereits die 58 Delegierten, die dieser Staat zum *demokratischen Parteikongreß* im Sommer entsendet, ausgesucht? Weit gefehlt. Man möge sich doch amerikanische Präsidentschaftswahlen nicht so einfach vorstellen.

Die Caucuses vom 20. Januar, auf der Ebene des engen Wohnbezirks, wählen erst die Delegierten für die Kreiswahlen. Diese dann wählen die Delegierten für die Großkreiswahlen, erst dann gefolgt von den Wahlen für den *Bundesstaat insgesamt.* Danach steht erst fest, auf welche Kandidaten der demokratischen Partei Iowas Delegierte festgelegt sind. Die Republikaner sind diesmal am besten dran: Da nur Präsident Reagan zur Debatte steht, fällt die Suche unter acht Kandidaten – wie bei den Demokraten – aus.

Das System ist nicht nur erschöpfend, wenn man allein darüber liest. Es ist auch erschöpfend für die bemitleidenswerten Iowaner. Von den insgesamt 1,5 Millionen wahlberechtigten Bürgern des Bundesstaates kamen beispielsweise im Januar 1976 nur 38 000 wackere Seelen zusammen, die sich für die Wahl eines demokratischen Präsidentschaftskandidaten eingeschrieben hatten.

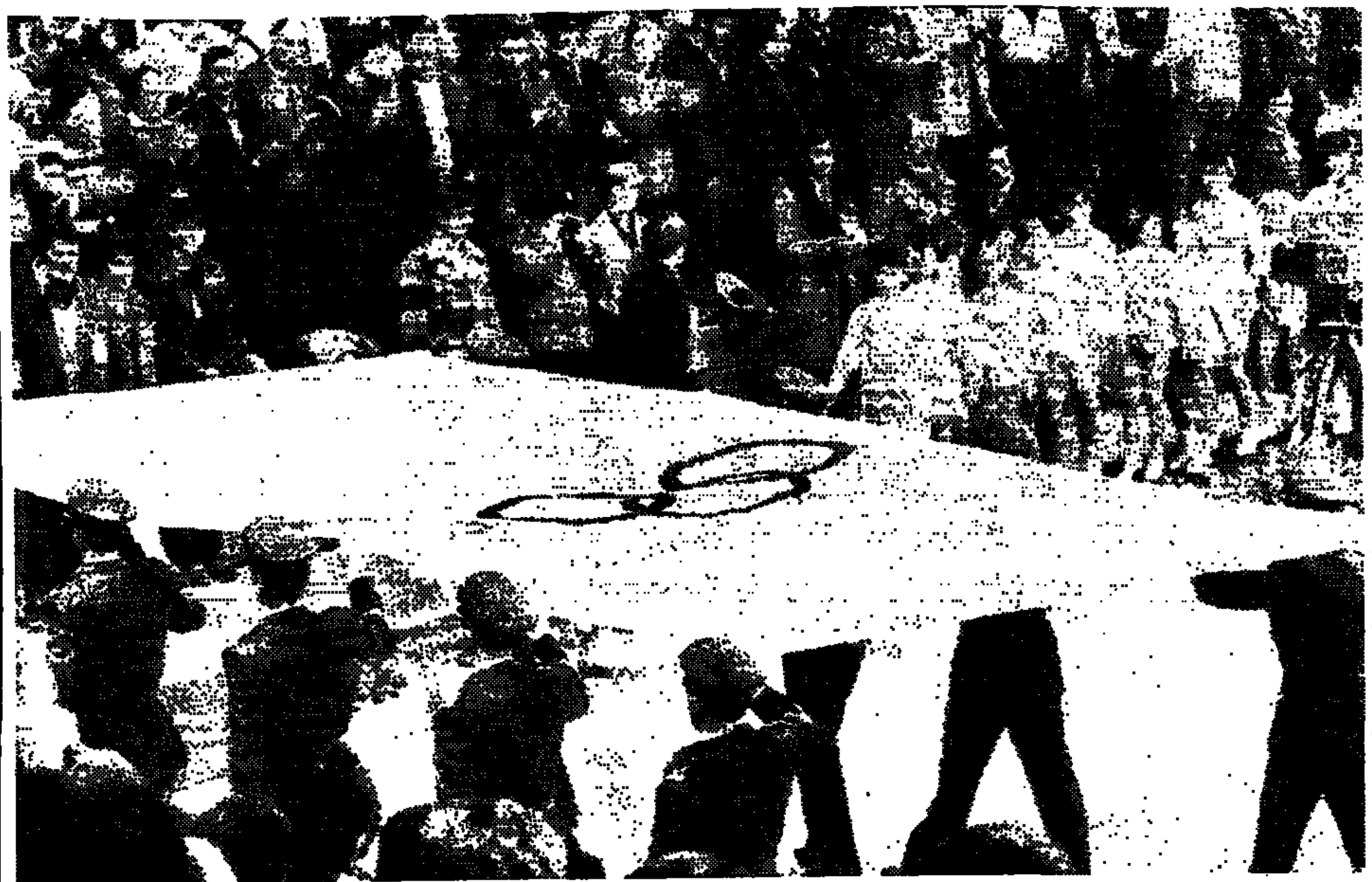
Von diesen 38 000 entschied sich 1976 eine Mehrheit für Jimmy Carter – und „Jimmy, who?" (Jimmy – wer?) war über Nacht zum Symbol einer nationalen Überraschung, die dann den ganzen Weg bis in die November-Wahl hineinreichte, bis zum Gewinn der Präsidentschaft für Jimmy Carter. Das also ist das Geheimnis der Iowa Caucuses: Im Land der 240 Millionen Bürger bestimmt schon die Mehrheit von 38 000 Wahlberechtigten – auf Nachbarschaftsebene entschieden –, wer im Handikap des politischen Pferderennens, *genannt* amerikanische Präsidentschaftswahlen, unter den Herausforderern einen prominenten Platz – wenn nicht die Spitze – einnehmen arf.

Chance für Mondale?

Niemand zweifelt, daß bei den Demokraten bei der heutigen Auszählung Walter Mondale als Sieger des Iowa Caucus hervorgeht. Um so wichtiger ist die Frage: Schneidet er besser oder schlechter als erwartet ab? Die gleiche Frage gilt für den potentiellen Zweiten: Geht John Glenn, der ehemalige Astronaut, wirklich deutlich als Zweiter durchs Ziel – dann hätte er für die nächsten Vorwahlen noch eine Chance –, oder läßt er sich bereits von den „dark horses", den noch unterbewerteten Kandidaten, einholen, etwa einem *Senator Gary Hart* oder dem Reverend Jesse Jackson?

Iowa Caucus – das ist amerikanische Demokratie an der Graswurzel, Beginn der Auswahl des Parteikandidaten nicht durch die Führungsgremien, sondern durch das Volk, auch wenn nur ein verschwindend kleiner Anteil desselben seine Chance wahrnimmt. Die Demokratie bleibt also erhalten – mit Fortuna, der Glücksgöttin, an ihrer Seite.

OLYMPIA / Von Sarajevo gelernt: Viele gute Vorsätze für Calgary



Die olympische Fahne ist eingeholt und wird aus dem Stadion getragen. Weil Sarajevo sie nicht abgeben wollte, Calgary sie aber schon bekommen sollte, schaffte das IOC ein Duplikat an. FOTO: AP

Fahnencoup der Kanadier oder Die Vermarktung hat bereits begonnen

Von MARCUS BERG

„Dovidenja Sarajevo – Auf Wiedersehen, Sarajevo." Die XIV. Olympischen Winterspiele gehören der Vergangenheit an. Um 20.18 Uhr erklärte am Sonntagabend Juan Antonio Samaranch, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), die Spiele von Sarajevo für beendet. Der Spanier rief die Jugend der Welt auf, sich in vier Jahren bei den XV. Winterspielen im kanadischen Calgary zu treffen.

Die farbige, rund 30minütige Schlußfeier in der seit Monaten ausverkauften Zetra-Halle begann mit dem Einmarsch der 49 beteiligten Länder. Die deutsche Fahne trug der dreimalige Medaillengewinner Peter Angerer. Nach der kurzen Rede des IOC-Präsidenten wurde die Olympiafahne eingeholt. Um 20.21 Uhr erlosch das olympische Feuer.

Samaranch findet immer wieder einen Ausweg

Dennoch verlief die Schlußfeier nicht so, wie es die olympischen Gepflogenheiten eigentlich vorschreiben. Durch eine Regeländerung, vorgenommen von der in Sarajevo tagenden IOC-Vollversammlung, sollte der Bürgermeister der Stadt seinem Amtskollegen von Calgary die Olympiafahne schon bei der Schlußfeier übergeben und nicht erst bei Eröffnung der Spiele 1988. Die Fahne ist gut für die Werbefeldzüge der nächsten vier Jahre. Denn der *Stoff mit den fünf* Ringen wäre als Staubfänger in einem Rathaus totes Kapital.

Sarajevo aber wollte nicht auf die Fahne verzichten. Wieder einmal fand Samaranch einen Ausweg, indem er einfach eine neue Fahne anschaffte. Die eine Fahne darf nun Sarajevo behalten, die andere hatte er bereits am vergangenen Mittwoch Ralph Klein, Bürgermeister von Calgary, ausgehändigt.

Die Übergabe fand im Hotel eines amerikanischen Konzerns statt. Anwesende: Samaranch, Klein, ein Polizist der kanadischen „Mountain Police" und vier Journalisten. Publizität sollte, vier Tage vor Ende der Spiele, in Sarajevo vermieden werden.

Als am Sonntagabend in der Zetra-Halle die Olympiafahne I eingeholt wurde, war Klein mit Olympiafahne II schon über alle Berge. Im Gepäck hatte Klein auch viele Pläne für die Gestaltung der 15. Ausgabe Olympischer Winterspiele. Schon jetzt steht fest, 1988 wird es Kontrast-Spiele geben. Nicht nur deshalb, weil Sarajevo auf dem Balkan liegt und die kanadische 600 000-Einwohner-Stadt im Wilden Westen Amerikas: Wolkenkratzer statt Minarette.

William Pratt, Präsident des Olympischen Organisationskomitees (OCO), meinte: „Selbstverständlich haben wir hier viel gesehen, was wir übernehmen können. Die Gastfreundschaft ist nur schwer zu übertreffen." Doch manches wollen die Kanadier anders machen. Beispielsweise die Eröffnungsfeier kürzen, „damit die Zuschauer nicht so lange frieren müssen", und die Eintrittskarten billig halten („Nichts ist trostloser als entvölkerte olympische Wettkampfstätten"). Zu den guten Vorsätzen zählt auch, daß die Hotelpreise nicht erhöht werden sollen, „denn es ist für die olympischen Familien kostspielig genug, nach Calgary zu kommen". Das Organisationskomitee rechnet mit 25 000 bis 50 000 Olympia-Besuchern in der Stadt-Region und mit insgesamt 1,5 Millionen Zuschauern. In Sarajevo verfolgten etwa 500 000 Besucher die Wettkämpfe.

Geldsorgen gibt es nicht, seitdem das amerikanische Fernsehunternehmen ABC die US-Rechte für die Rekordsumme von 309 Millionen Dollar gekauft hat. Die Bundesregierung in Ottawa und die Provinz Alberta haben bereits finanzielle Unterstützung zugesagt. Wie zusätzliche Dollar zu beschaffen sind, können die Kanadier leicht in Los Angeles lernen. Und der Fahnen-Coup wird ihnen dabei ganz bestimmt hilfreich sein.

Warum die „DDR" jetzt besser ist als die UdSSR

Es geht voran mit dem Wintersport in der „DDR", scheinbar unaufhaltsam. In Sarajevo wurde in der Medaillenwertung erstmals die UdSSR überrundet, getreu dem alten „DDR"-Wahlspruch: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen." In der ewigen Medaillenwertung aller olympischen Winterspiele hat sich die „DDR" damit auf den vierten Platz vorgedrängelt, wenngleich mitteldeutsche Sportler erst seit 1956 mitmachen dürfen, und damals auch nur als Minorität einer gesamtdeutschen Mannschaft. 1968 tauchte die „DDR" zum ersten Mal im winterlichen Medaillenspiegel auf, an 10. Stelle (einmal Gold, jeweils zweimal Silber und Bronze). Die Bundesrepublik Deutschland placierte sich 1968 noch auf dem achten Rang.

In jenem Jahr, genauer am 12. Oktober, hatte in Mexiko das Internationale Olympische Komitee (IOC) die *endgültige Anerkennung des* NOK der „DDR" vorgenommen, und fortan gab es in der sportlichen Aufrüstung überhaupt kein Halten mehr. Schon vier Jahre später, in Sapporo, katapultierte sich die „DDR" auf Platz zwei der Medaillenwertung (Bundesrepublik Deutschland: Platz sechs). 1976 in Innsbruck wurde dieser Platz ausgebaut, weil sich die Medaillenausbeute gegenüber 1972 um fünf erhöhte (Bundesrepublik Deutschland: Platz fünf). 1980, in Lake Placid, mußte die „DDR" zwar noch einmal der UdSSR den Vortritt lassen, doch es wurden erneut vier Medaillen mehr als vier Jahre zuvor. Mehr noch: Der „Klassenfeind" aus dem anderen Teil Deutschlands fand sich abgeschlagen auf Platz 12 wieder. In Sarajevo rappelte sich die Bundesprepublik zwar wieder auf Platz acht vor, doch die „DDR" hängte endgültig alle ab, auch den großen Bruder Sowjetunion.

Drei Dinge sind dafür ausschlaggebend:

● Die Medaillen werden ausschließlich in jenen Sportarten gewonnen, die weitgehend berechenbar sind: Im Eisschnellauf, im Eiskunstlauf, im Biathlon, im Skispringen, im Bobfahren und Rodeln. Dort, wo die internationale Konkurrenz traditionell ohnehin erdrückend ist, läßt man die Finger ganz (Ski alpin) oder fast davon (Eishockey und nun auch Ski-Langlauf). Wie sagte doch Manfred Ewald, der Präsident des Deutschen Turn- und Sportbundes der „DDR": „Wir können nicht auf allen Hochzeiten tanzen."

● Die Grundlagen für die Aufbauarbeit wurden bereits in den frühen fünfziger Jahren gelegt, als die „DDR" bereits allen olympischen Wintersportverbänden beitrat, um entsprechend an internationalen Wettkämpfen teilnehmen zu können. Mitunter gab es dabei auch Fehlschlüsse: 1953 wurde zum Beispiel Gretel Grune mit der „DDR"-Medaille „Meister des Sports" ausgezeichnet – als Studenten-Weltmeisterin in der Abfahrt. Inzwischen ist der alpine Ski-Rennsport in der „DDR" längst passé. Auch dem Bob-Verband trat die „DDR" schon 1957 in St. Moritz bei, um sich jedoch für einige Jahrzehnte aus dieser kostenintensiven („DDR"-Sprachgebrauch „bourgeoisen") Sportart zurückzuziehen. 1973, als die „DDR"-Wissenschaftler mit der Schlittenentwicklung endlich soweit waren, daß alles in Grund und Boden gefahren werden konnte, trat die „DDR" wieder bei.

● Der dritte Punkt ist die dosierte Weitergabe sportwissenschaftlicher Erkenntnisse. Getreu dem „DDR"-Lippenbekenntnis: „Vor Freunden haben wir keine Geheimnisse", werden wissenschaftliche Erkenntnisse, aber auch das Know-how der praktischen Umsetzungsmethoden innerhalb des sozialistischen Lagers nur verzögert oder unvollständig weitergegeben. Überdies ist dabei eine deutliche Diffezierung festzustellen: Rumänien und die CSSR erhalten zum Beispiel nur zweitrangige Informationen, weil sich von dort schon wichtige Trainer in den Westen abgesetzt haben oder zeitweilig dort arbeiten dürfen. Gegenüber der Sowjetunion werden Forschungsergebnisse mit erheblicher Verzögerung nachgereicht. Das Zusammenspiel zwischen Forschung und praktischer Anwendung des Erforschten wird obendrein in aller Regel kunstvoll verschleiert. Der frühere sowjetische NOK-Chef Sergej Pawlow: „Die sportwissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR ist zwar kein Musterbeispiel, aber sie funktioniert." Zugunsten der „DDR" …

Erfolge der Amerikaner gar nicht so unerwartet

Nicht Österreich, nicht die Schweiz – die USA sind die führende alpine Ski-Nation. Zumindest nach der Medaillenbilanz von Sarajevo, die dreimal Gold für das USA-Team ausweist: Im Riesentorlauf der Frauen (Debbie Armstrong), im Spezialslalom der Herren (Phil Mahre) und im Abfahrtslauf der Herren (Bill Johnson). Allzu überraschend ist das nicht, denn die Amerikaner haben seit Jahren mit Hilfe europäischer Trainer (z. B. Schönhaar, Deutschland; Rauch, Österreich; Nadig, Schweiz) große Erfolge im Weltcup gesammelt, den Phil Mahre drei- und Tamara McKinney einmal gewann.

Bei den Weltmeisterschaften 1982 in Schladming siegte Steve Mahre im Riesentorlauf, während Cindy Nelson und Christin Cooper jeweils zweimalige Vize-Weltmeisterinnen wurden.

Seit Anfang Mai 1983 liefen die intensiven Olympiavorbereitungen des amerikanischen Teams, und nur, wer im Oktober den Konditionstest bestand, durfte mit zu den Rennen nach Europa. Doch so halten es die Amerikaner schon seit Jahren – mit großem Erfolg.



Das alte und das neue olympische Maskottchen reichen sich die Hände: Vucko, der Wolf, stellt bei der Abschlußfeier den Eisbären Howdy vor, das Maskottchen für die Winter-Spiele 1988 in Calgary. FOTO: AP

NATIONALELF / Soll Torwart Harald Schumacher ausgebootet werden?

Derwall will davon nichts wissen, dennoch wird über das Thema geredet

BERND WEBER, Köln

Gestern morgen hat der Kölner Nationaltorwart Harald („Toni") Schumacher zum ersten Mal nach seinem Fingerbruch, der ihn die Teilnahme am Bulgarien-Länderspiel kostete, wieder das Torwart-Training aufgenommen. Ehrgeizig, verbissen wie eh und je – aber um eine deutliche Spur ernster als sonst. Denn Toni waren die Schlagzeilen der Boulevard-Presse auf den Magen geschlagen. Zum Beispiel die des Kölner „Express", der in balkengroßen Lettern fragt: Ohne Schumacher zur EM nach Frankreich?

Damit ist ein Thema angerührt, das Bundestrainer Jupp Derwall am allerliebsten völlig unter den Teppich gekehrt hätte, über das sich aber gleichwohl die Trainer des Deutschen Fußballbundes vor kurzem ihre Gedanken gemacht haben. Da nämlich wurde bei einer Tagung die Frage diskutiert, ob es ratsam sei, den Kölner Schlußmann als Nr. 1 ins deutsche Tor zu stellen, wenn in Frankreich gespielt würde – in einem Land, in dem Schumacher seit seinem Zusammenstoß mit dem Franzosen Patrick Battiston bei der Weltmeisterschaft in Spanien 1982 über so wenig Sympathien verfügt wie wohl nirgendwoanders. Natürlich sind die DFB-Trainergespräche dem Kölner Torwart und seinem Manger Rüdiger Schmitz zu Ohren gekommen, und jetzt ist der Eklat da. Schmitz zur WELT: „Schumacher hat nach der WM zweimal in Frankreich gespielt, und es ist gutgegangen. Damit ist das Thema für uns eigentlich vom Tisch, und wir haben auch kein Verständnis dafür, daß die Trainer sich erst jetzt den Kopf darüber zerbrechen, ob der Toni bei der Europa-Meisterschaft ein Risiko für die deutsche Mannschaft darstellen könnte. Das hätte man direkt nach der WM klären und dann, wenn man die Frage bejaht, gleich einen neuen Torwart für die Europa-Meisterschaft aufbauen müssen." Aber daß Schumacher erst in der Qualifikation die Kastanien aus dem Feuer holen mußte und jetzt möglicherweise abgeschoben werden solle, daran überhaupt zu denken, sei – so Schmitz – eine „ausgemachte Sauerei". Nun ist es ja eine alte Erfahrung, daß selten etwas so heiß gegessen wird, wie es gekocht wurde. Gestern hat Bundestrainer Jupp Derwall sein Aufgebot für das nächste Länderspiel, es findet am 29. Februar in Brüssel gegen Belgien (die Fernseh-Übertragung ist noch nicht gesichert) statt, bekanntgegeben: mit Schumacher. Und versehen mit diesem Kommentar: Er, Derwall, weise alle Befürchtungen um antideutsche Stimmung wegen des Kölners mit Entschiedenheit zurück, und deshalb könne von dessen vorzeitiger Kaltstellung in keiner Weise die Rede sein. Derwall telefonierte zweimal mit Schumacher. Zuerst am Sonntagabend. Da allerdings nur, um sich Auskünfte darüber einzuholen, inwieweit der Fingerbruch ihn noch behindere. Gestern griff der Bundestrainer noch einmal zum Telefon. Da, um Schumacher zu versichern, daß er „auf jeden Fall" an ihm festhalten wolle. Derwall: „Und nichts anders ist auch die Wahrheit." Daß die DFB-Trainer im Zusammenhang mit der bevorstehenden Europa-Meisterschaft über Schumacher und die alten WM-Vorgänge gesprochen hätten, hält Derwall für „einen normalen Vorgang". So will es auch sein Assistent Horst Köppel verstanden wissen, der an dem Trainergespräch beteiligt war. Köppel zur WELT: „Ich kann verstehen, daß Schumacher auf die ganze Geschichte sensibel und hochexplosiv reagiert – so ist nun mal sein Temperament." Im Grunde aber, glaubt Köppel, hätten sich die Vorfälle erledigt. Andererseits könne man jedoch nicht ausschließen, daß sie in Frankreich von *einigen Leuten* noch einmal hochgespielt würden. Köppel: „Am 18. April spielen wir in Straßburg gegen Frankreich und es wird interessant sein, zu beobachten, wie sich das Publikum verhalten wird. Ich bin sicher: Der Toni kommt gut da durch und die Mannschaft auch."

Das DFB-Aufgebot: Tor: Schumacher, Burdenski, Roleder. Abwehr: Bockenfeld, Herget, K. H. Förster, B. Förster, Schäfer, Augenthaler, Dremmler, Bruns, Rolff, Brehme. Mittelfeld und Angriff: Schuster, Stielike, Meier, Bommer, Matthäus, K. H. Rummenigge, M. Rummenigge, Völler, Littbarski, Allofs.

FUSSBALL

Hansi Müller hofft noch

dpa, Rom

Hansi Müller ist jetzt den Gerüchten entgegengetreten, Inter Mailand wolle sich von ihm trennen. Nach 20 Spieltagen liegen die Mailänder mit einem Rückstand von acht Punkten hinter Tabellenführer Juventus Turin nur auf dem siebten Rang. Doch der einzige deutsche Fußballprofi in der italienischen Liga ist davon überzeugt, daß er auch in der *nächsten Saison* noch bei Inter spielen wird. „Und das nicht nur, weil mein Vertrag noch ein Jahr läuft. Meine Leistung hat sich in letzter Zeit Gott sei Dank stabilisiert", freut sich der frühere Stuttgarter.

Trotz der Inter-Krise setzt Müller auch auf seine Rückkehr in die Nationalmannschaft und zwar noch zur Europameisterschaft in Frankreich. „Jupp Derwall hat mir Hoffnungen gemacht", begründet er seinen Optimismus. Obwohl der 26jährige bedauert, sich nicht dem deutschen Publikum und den verantwortlichen Leuten für die Nationalelf wie ein Bundesligaspieler präsentieren zu können, bereut er den Wechsel ins Ausland nicht. „Ich würde diesen Schritt nochmals tun. Ich bin reifer geworden, und wenn ein Fußballspieler auf privater Ebene reift, überträgt sich das auch auf den Fußball", sagt Müller.

STAND PUNKT

Milieu

Es sind oft eigenartige Gesellen, die im Profi-Radsport Karriere machen. Roland Liboton zum Beispiel, der 26 Jahre alte Belgier aus der Nähe Brüssels, wurde jetzt zum dritten Mal Weltmeister der Querfeldein-Spezialisten. Das ist ein hartes Metier, das viel Kondition und viel Disziplin verlangt. Und Liboton ist jemand, der sehr beschäftigt ist: Von Ende September bis Ende März fährt er in Belgien, Holland, Frankreich, Italien, Deutschland und in der Schweiz Rennen – meistens drei bis vier in der Woche. Selten verliert er mal, meistens deklassiert er die Konkurrenz nach Belieben. Das Salär ist entsprechend: Rund 5000 Mark pro Einsatz zuzüglich der üblichen Reisespesen. Liboton verdient so viel, daß er im Sommer nicht aufs Fahrrad muß.

Er tut das aber auch nicht zwischen den Rennen *im Winter. Liboton wird* statt dessen stets im Brüsseler „Milieu" gesichtet. Seine Welt, das ist die der Dirnen, Dealer und Zuhälter. In der belgischen und französischen Boulevardpresse hat Roland Liboton deshalb seinen Stammplatz sicher – nicht als erfolgreicher Radrennfahrer, sondern als ständiges Mitglied jener ehrenwerten Gesellschaft, die von der bürgerlichen die halbseidene genannt wird. Der schwere weiße amerikanische Straßenkreuzer ist ebenso sein Markenzeichen wie der italienische Sportwagen. Von ihm aus kann man, immer im Schritt-Tempo fahrend, die auf dem Boulevard flanierenden Damen besonders gut beobachten.

Liboton versteht sich darauf ebensogut wie aufs Radfahren. Schließlich ist er Weltmeister.

KLAUS BLUME

SPORT-NACHRICHTEN

Verhandlungstermin bleibt

Bielefeld (sid) – Der Termin für die Berufungsverhandlung im Fall Graul/Peitsch/Gütersloh wird nun doch nicht verschoben und wie ursprünglich angekündigt, morgen um 18.00 Uhr vor dem Verbandsgericht des Westdeutschen Fußball-Verbandes in Bielefeld stattfinden. Der Gerichtsvorsitzende Karl-Heinz Fust setzte den alten Termin wieder fest, nachdem mit Heinrich Steinkamp und Rechtsanwalt Schichtl zwei wichtige Zeugen auch für den neuen Termin absagen mußten.

Russe tödlich verunglückt

Moskau (dpa) – Das Finale um die Eisspeedway-Weltmeisterschaft in Moskau wurde durch den tödlichen Unfall von Anatoli Gladyschew (UdSSR) überschattet. Beim Start zum ersten Rennen war der 37 Jahre alte Russe gestürzt und hatte sich offenbar durch die langen Spikes an den Reifen tödliche Verletzungen zugezogen. Weltmeister wurde der Schwede Eric Stenlund.

Connors bezwang Noah

La Quinta (sid) – Der 31 Jahre alte frühere Wimbledon-Sieger Jimmy Connors feierte in La Quinta (US-Staat Kalifornien) seinen 102. Turniersieg. Im Finale des Grand-Prix-Turniers bezwang Connors den Franzosen Yannick Noah mit 6:2, 6:7, 6:3. Der Amerikaner kassierte für seinen Erfolg 34 000 der insgesamt 255 000 Dollar, die als Preisgelder ausgesetzt waren.

Mörken verlor Rekord

Moskau (dpa) – Dimitri Wolkow schwamm bei den UdSSR-Meisterschaften in Moskau Europarekord über 100 m Brust. In 1:02,31 Minuten verbesserte er die fast sieben Jahre alte Bestleistung des Dortmunders Gerald Mörken (1:02,86) und verfehlte den Weltrekord von Steve Lundquist (USA) nur um drei Hundertstelsekunden.

Großer Preis für Rüping

Neumünster (sid) – Michael Rüping (Breitenburg) gewann beim 2. Internationalen Hallenreitturnier in Neumünster den Großen Preis der Stadt Neumünster. Im Stechen verwies er auf Silbersee bei null Fehlern und 39,8 Sekunden den früheren Weltmeister Gerd Wiltfang (Thedinghausen) mit Diamond (41,3) auf den zweiten Platz.

Rad: Bagot Gesamtsieger

Antibes *(dpa) – Der Franzose* Jean-Claude Bagot wurde Gesamtsieger der Mittelmeer-Rundfahrt, die in Antibes zu Ende ging. Bagot gewann in 17:03:12 Stunden mit einem Vorsprung von acht Sekunden vor dem Iren Stephen Roohe und dem Schweizer Stephan Mutter, die beide auf 17:03:20 Stunden kamen.

Hamburg besiegte CSSR

Hänigsen (sid) – Der deutsche Fußballmeister Hamburger SV besiegte in einem Freundschaftsspiel die Olympia-Auswahl der CSSR in Hänigsen bei Hannover mit 1:0 durch ein Tor von Wolfgang Rolff.

Breitner sagte zu

Kaiserslautern (sid) – Der frühere Fußball-Nationalspieler Paul Breitner hat seine Zusage für das Abschiedsspiel von Kaiserslauterns Torwart Ronnie Hellström gegeben. Ursprünglich wollte Breitner nie mehr auf dem Betzenberg spielen, wo er noch nie gewinnen konnte.

Fechten: UdSSR siegte

Frankfurt (dpa) – Die sowjetischen Florett-Fechterinnen gewannen in Frankfurt das Sieben-Nationen-Turnier vor der „DDR". Die Mannschaft des Deutschen Fechter-Bundes belegte den dritten Platz. Weltmeister Italien kam ohne seine beiden besten Fechterinnen, Vaccaroni und Cicconetti, nur auf den sechsten Platz.

Melzig trainiert Essen

Essen (sid) – Siegfried Melzig unterschrieb als neuer Trainer beim Zweitligaklub Rot-Weiß Essen einen Vertrag bis zum Ende der Saison. Nach Rolf Bock, Janos Bedl und dem zuletzt glücklosen Burghardt Schacht ist Melzig bereits der vierte Trainer der Essener in dieser Saison.

ZAHLEN

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 18. Spieltag: Hüttenberg – Schwabing 20:20, Günsburg – Dankersen 18:20, Lemgo – Essen 15:16, Reinickendorf – Göppingen 30:19, Großwallstadt – Hofweier 30:19, Nürnberg – Kiel 19:22, Bergkamen – Gummersbach 14:7

Die Tabelle:

Großwallstadt	18	14	1	3	378:314	29:7
Schwabing	19	12	3	4	401:367	27:11
Essen	18	12	2	4	327:267	26:10
Gummersbach	18	10	2	6	335:295	22:14
Reinickendorf	18	10	2	6	375:360	22:14
Göppingen	17	10	1	6	382:375	21:13
Kiel	18	9	2	7	349:342	20:16
Hofweier	18	8	1	9	377:373	17:19
Dankersen	18	8	1	9	334:330	17:19
Hüttenberg	18	6	3	9	387:408	15:21
Bergkamen	18	5	1	12	328:362	11:25
Lemgo	17	4	1	12	309:358	9:25
Nürnberg	18	4	0	14	318:380	8:28
Günzburg	19	3	2	14	334:453	8:30

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in La Quinta (Kalifornien), Endspiele, Herren-Einzel: Connors (USA) – Noah (Frankreich) 6:2, 6:7, 6:3. – Herren-Doppel: Walts/Mitton (USA/Südafrika) – Davis/Taygan (USA) 5:7, 6:3, 6:2.

US-Hallenmeisterschaften der Damen in East Hannover (New Jersey), 1. Runde: Durie (England) – Kim (USA) 6:2, 5:7, 6:0, Gadusek – Shaefer (beide USA) 6:0, 3:2, Shaefer zurückgezogen, Vade (England) – Calleja (Frankreich) 6:4, 6:2, Austin – Holladay (beide USA) 6:2, 6:1, Fairbank (Südafrika) – Reggi (Italien) 6:1, 6:0, Mesker (Niederlande) – Sukova (CSSR) 6:3, 6:4, Bonder – Acker (beide USA) 6:3, 7:5, Piatek (USA) – Ruzici (Rumänien) 6:4, 3:6, 6:2.

REITEN

2. Int. Hallenreitturnier in Neumünster, Großer Preis der Stadt Neumünster: 1. Rüping (Breitenburg) auf Silbersee 0 Fehler/39,8 Sekunden, 2. Wiltfang (Thedinghausen) auf Diamond 0/41,3, 3. Wöckener (Lohmar) auf Drummond 4,5/38,6, 4. Nagel-Tornau (Appendirn) auf Schwerin 8/42,1, alle im Stechen.

LEICHTATHLETIK

Hallenmeisterschaften von Rumänien in Bukarest, Männer, Hochsprung: 1. Matei 2,32 m (Landesrekord). – Dreisprung: 1. Bedrosian 16,65 m.

Frauen: Weitsprung: Cusmir 6,90, 2. Ghioroaie 6,62 m, 3. Ionescu 6,60. – Kugelstoßen: 1. Loghin 20,48 m (Landesrekord).

VOLLEYBALL

Pokal, Damen, Achtelfinale: Darmstadt – Münster 0:3, Stuttgart – Berlin 3:2.

GALOPP

Rennen in Dortmund: 5. R.: 1. Zethus (E. Apter), 2. Zerberus, 3. Matadi, Toto: 40/18, 22, 22, ZW: 236, DW: 1128; 6. R.: 1. Mirkash (J. Ochocki), 2. Romedio Real, 3. Nixnutz, Toto: 76:38, 98, 98, ZW: 2376, DW: 52 136; 7. R.: 1. Gletscherfied (F. Puchta) 2. Orange Manege, 3. Anstoller, Toto: 128/26, 26, 26, ZW: 1816, DW: 9812; 8. R.: 1. Caricavo (G. Bocskai), 2. Babylonia, 3. Timbuktu, Toto: 20/13, 19, 18, ZW: 120, DW: 708.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 0, 0, 1, 0, 2, 1, 0, 2, 0, 1, 1, – **Auswahlwette „6 aus 45":** 15, 28, 39, 40, 42, 44, Zusatzzahl: 14. – **Rennquintett:** Rennen A: 9, 14, 10; Rennen B: 27, 22, 23 (ohne Gewähr).

Der „sanfte Rebell": Stefan Waggershausen

Zwischen vielen Stühlen

Ein Ambiente sei's aus „Neon, Kälte, *emotionaler* Vergletscherung", was in seinen Liedern stecke; melancholisch sei er und voller Sehnsucht, und, sagt er selbst, „Seelenzustandsberichte" seien seine Songs. Er selbst, „Strubbelhaar, Second-Hand-Jackett, Jeans, T-Shirt, Turnschuhe", sei ein „Blockfreier der deutschen Szene" (Branchenblatt „Musikmarkt").

Kaum jemand, so scheint es, regt journalistische Poeten zu Stilblüten an wie der 35jährige Stefan Waggershausen, keine Wendung ist zu schade für den „sanften Rebellen" aus Friedrichshafen, der am liebsten John le Carré schmökert, Bob Dylan und Ludwig van Beethoven gleich gern hört wie Elvis Presley und Gustav Mahler und überhaupt nicht festzulegen ist, wenn es um seine musikalische Beschreibung geht.

Das ist, in seinem Fall, positiv zu sehen, denn er, der zwischen einem ganzen Batzen Stühlen hängt, fällt da niemals durch. Er hat, darf man dem Urteil der Zeitschrift „Petra" glauben, die gesunde Abneigung gegen

Bananas – ARD, 20.15 Uhr

Leute, die ihre Lieder nur mit dem Kopf machen, er sei vielmehr „der überzeugte Genießer mit der lasziv angehauchten Stimme", mit der er „aus dem Bauch heraus" schafft. Liebeslust und -leid, parbleu, gäbe Stefan Waggershausen beim Vokalisieren „in die seelische Reinigung".

Dabei war seine sanfte, eher „leise" Karriere so gar nicht, was man allenthalben darunter versteht. Denn ursprünglich wollte er in Berlin sein Psychologie-Studium abschließen, wie's sich gehört. Das Medizinpraktikum hatte er absolviert, genau wie als Kind Flöten- und Klavierunterricht, obwohl ihn damals Fußball und Leichtathletik weit mehr interessierten. Sozusagen als Ausgleichssport erkor er sich die Gitarre. Dann bosselte er sich seine ersten Lieder zusammen, beeinflußt noch von den Songschreibern der amerikanischen Szene der Endsechziger Jahre, voran Bob Dylan. Das erste, 1974 erschienene Album, so überfrachtet mit jugendlichem Zuviel-Auf-Einmal wie sein Titel „Traumtanzzeit", wurde ein Flop. Er zog sich zurück, konzentrierte sich wieder aufs Studium und erst 1980 hatte er mit seinem „Hallo Engel" seinen Durchbruch.

Inzwischen hat er seine Gemeinde sozusagen fest um sich versammelt; für die anderen Tagträumer unserer Tage die Berichte parat von den „glücklichen Verlierern, melancholischen Romantikern oder Typen, die erst erwachen, wenn das letzte Abendrot erloschen ist" („Berliner Morgenpost"). Und der Diplom-Psychologe versteht es, seine Asphaltcowboy-Geschichten in eine Sprache zu stecken, die die Brüder und Schwestern seiner Generation spontan anspricht – er drechselt nichts hin, verbiegt nichts. Man nimmt ihm ab, daß er während des Studiums in Kneipen Bier ausschenkte, den Leuten aufs ungeschliffene Maul sah, ohne seinen Hang zur Sentimentalität, den er offen eingesteht, dranzugeben.



„Blockfreier der deutschen Szene": S. Waggershausen FOTO: DPA

So macht man sich sein Image zurecht, ohne andere zu reizen; so verdient man sich Kritikerlob und den Preis der Deutschen Phono-Akademie (1981), die „Goldene Europa" des Saarländischen Rundfunks – das Fernsehen hat ihn richtig lieb, obwohl er immer wieder erklärt, daß er nicht dran dächte, sich den Einzelgänger aus den Poren zu schütteln, andererseits aber der „Chronist einer schweigenden Mehrheit" sei.

Nun, wie sowas zusammengehen soll, mag manchem schleierhaft bleiben; die Phono-Akademie jedenfalls verlieh ihm seinen Preis mit der Begründung, Stefan Waggershausen habe es geschafft, „Rock/Pop-Songs gleichwertig mit intelligenten Texten zu verknüpfen".

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Die Phantasie kam zu kurz

Daß **Ein Mann in Wut** (ARD) trotz Lino Ventura in der Hauptrolle nicht in die Kinos gekommen ist, hat seinen Grund: Er ist nicht sonderlich gut. Claude Pinoteau, der Regisseur, kann sich nicht entschließen, ob er (und damit der Zuschauer) die Welt durch die Augen dieses Mannes sieht, der seinen Sohn sucht, oder ob er sich in die Rolle des alleswissenden Erzählers begibt, der dem Zuschauer mehr zeigt, als der Filmheld wissen kann. Beide Elemente mischen sich auf störende Weise immer wieder, jeder Ansatz zu aufkommender Spannung wird so stets zerschlagen. Wie auch sonst die Phantasie zu kurz kommt: Viel zu früh setzen die Rückblenden ein, die überdies zur Aufhellung der Psychologie des Beteiligten nicht allzuviel beitragen.

Deutlich hat Pinoteau sich an der Schwarzen Serie orientiert. Rein optisch zeigt sich das daran, daß es selten hell wird, und mit Lino Ventura mit seinem zerfurchten Gesicht, das einer wahren Schicksalslandschaft gleicht, hätte er auch durchaus einen Schauspieler gehabt, der diesen Mann aus dem Alltag hätte glaubhaft machen können. Aber Pinoteau ließ ihn viel zu statuarisch spielen, und da auch über den gesuchten Sohn kaum etwas bekannt war, vertiefte das die Mängel der Geschichte noch. So blieb vorwiegend Desinteresse; einzig der Kameraführung von Jean Boffety ist Lob zu spenden. SVEN HANSEN

Traktätchen, hübsch veredelt

Natürlich wird das Dienstmädchen vom Lande, das seinen sozialistischen Verlobten brav an der Haustür zu verabschieden pflegt, von einem zu erotischen Leistungen angestachelten Bürgersohn gleich beim ersten Mal geschwängert. Natürlich requiriert die Polizei prompt den dafür empfangenen Sündenlohn und steckt es ins Gefängnis. Natürlich schickt man es von dort unmittelbar vor der Geburt auf die Straße hinaus, so daß es unter einem Haustor entbindet, zum Überfluß inmitten eines historischen Wiener Dienstmädel-Aufstandes.

Man sollte meinen, daß aus solchen Ansätzen der frauen- und klassenbewußten Österreicherin Käthe Kratz, auch bei (so heißt es) vier Jahre lang anhaltenden Vorarbeiten kein Kunstwerk, sondern höchstens ein tendenziöses *Traktätchen entstehen kann.* Doch Schauspielkunst – allen voran die der jungen Gerlinde Csekits als Gustel – und Fotografie vermögen die **Lebenslinien** (ZDF) auf verführerische Weise zu veredeln. Es ist, als habe man einen Rembrandt als Illustrator einer armseligen Wandzeitung verpflichtet.

Ob der Wahrheitsfindung auf eine so verschiedenartige Art und Weise – schwarz-weiß in der politischen Aussage und in satten Sepiatönen des Filmarchitekten und der Kameramänner – gedient werden kann, werden die beiden weiteren Folgen der großen Saga von den Leiden der Wiener Frau zu beweisen haben. Die 1918 arbeitslos gewordene Marianne, Gustels Tochter, steht uns heute abend ins Haus, und am Sonntag folgt ihre Enkelin Liesi, die 1938 bei einem SA-Mann Zuflucht sucht, aber nicht findet. HELLMUT JAESRICH

Liebenswerte Schnellgerichte

Es ist nicht wahr, daß dem TV-Autor Herbert Reinecker die Ideen ausgehen. Wahr ist hingegen, daß seine Produktion gelegentlich schon die Substanz überschreitet: **Funkeln im Auge** (ZDF). Da brutzelt er mit flinkem Feuerchen die Einfälle zu kurzen – durchaus liebenswerten – Schnellgerichten zusammen, und wenn einer zugreift, kommt auch schon gleich der nächste Mac auf den Pappteller.

Der Gott des Fernsehens indes hat ihm den Blick auf die Heidelinde Weis gelenkt, und siehe, aus den hurtigen Nullgeschichten wurden fröhliche Abenteuer, die dir und mir widerfahren, die nebenan und gegenüber vonstatten gehen, mit etwas Schelmerei, mit etwas Herz, mit einem fast unmerklichen kleinen Schuß Nachdenklichkeit. Das hat die Weis gemacht, ganz tief professionell, aber immer aus dem Bauch heraus, ob sie nun als Aussteigerin einen Hausbesitzer schockiert oder als liebende Ehefrau dem Mann ein Adoptivkind schmackhaft macht. Was kann man Schöneres über sie sagen! Doch, ja, dieses: Warum kommen Sie uns häppchenweise, gnädige Frau? Spielen Sie uns wieder mal ein richtiges Stück, bitte!

VALENTIN POLCUCH





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

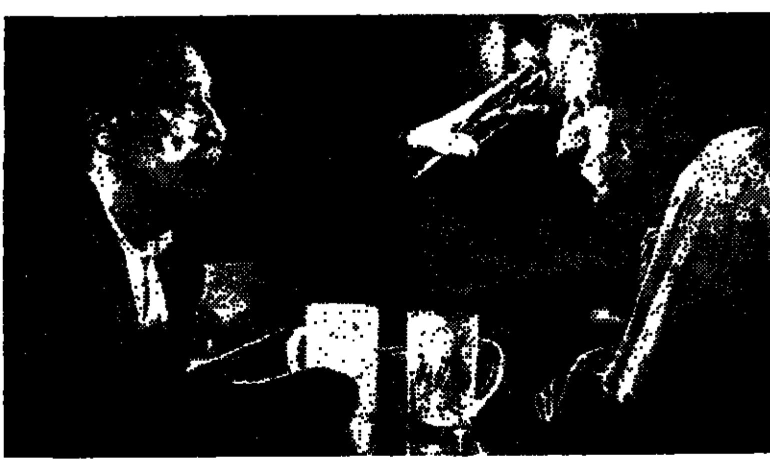
9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Natürlich die Autofahrer
Heinz Eckhardt
11.45 Umschau
12.10 10 700 Millionen Eigenbrötler
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Gefühls-Sachen
Machtwünsche
Film von Boris Penth
Jede hautnahe Lebensbeziehung kennt Machtkämpfe. Sie äußern sich in vielfältigen Auseinandersetzungen um Zuneigung, in Reibungen darüber, wer welche Entscheidung trifft, im Spiel um Stärke und Schwäche, in heftiger Konkurrenz um die besten Plätze in der Erfolgsspirale. Den Wunsch, einflußreich zu sein, Wichtiges schaffen zu wollen und damit auch *Macht zu erhalten, kennt jeder* Mensch.
16.55 Funkes Werkstatt (6)
Spaß am Dienstag
Unterhaltungsmagazin
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bananas
Musik und Nonsens
Mit Olivia Pascal, Hans Herbert, Herbert Fux und Gerd Leienbach
Als Gäste: Musical Youth, Wolf Mahn, Shakin' Stevens & Bonnie Tyler, DÖF, Marius Müller-Westernhagen, Cosa Rosa u. a.
21.00 Report
Baden-Baden
Das neue Tierschutzgesetz – noch mehr Tierversuche? / Asyl bei der Kirche – Schutz vor Abschiebung / *Nach den Bäumen nun die Babys?* – Weitere Folgen des sauren Regens.
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
Vermächtnis mit Folgen
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Die eigenen vier Wände
Was wir anrichten, wenn wir uns einrichten
0.05 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Peppino
Letzte Folge: Der Brand
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Waldheimat
8. Der Talerbüchsen-Toni
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Lebenslinien
Marianne – Ein Recht für alle
Zweites Stück der Filmtrilogie von Käthe Kratz
Anschließend: Ratschlag für Kinogänger
„Das Leben ist ein Roman" von Alain Resnais
21.15 WISO
VW Halle 54 – die modernste Fertigungsstraße der Welt / Hintergrund: Steuergelder für den Steigflug – Filmbericht über den Airbus und Interview mit Franz Josef Strauß / Lohnsteuerhilfe-Vereine – empfehlenswert?
Moderator: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 *Herz aus Glas*
Dt. Spielfilm, 1976 nach „Die Stunde des Todes" von Herbert Achternbusch
Regie: Werner Herzog
Herzogs Film war schon während der Dreharbeiten umstritten. Herzog hatte mitgeteilt, er werde seine Darsteller unter Hypnose spielen lassen. Was manchen Kritikern von vornherein als fragwürdiger Effekt erschien, das interpretierte Herzog so: „Das geschieht aus Gründen der Stilisierung, nicht aus Gründen der totalen Lenkbarkeit."
23.35 heute



Der Hellseher sieht nur Katastrophen. Szene mit S. Müller (l.) und V. Prechtl in Werner Herzogs „Herz aus Glas" (ZDF, 22.05 Uhr). FOTO: DEFD

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
„Adler", „Drache", „Bär" – und Kampucheas: Eine Reportage über die Situation des früheren Kambodscha fünf Jahre nach dem Einmarsch der Vietnamesen.
20.45 Rückblende
Vor 450 Jahren:
Die Wiedertäufer in Münster
21.00 Formel Eins
21.45 Alles Theater
Karnevalsbrauchtum am Beispiel Düsseldorf: Ein Blick hinter die Kulissen
22.15 Deutscher Alltag
„Theater muß Leben widerspiegeln"
Porträt zweier Theaterregisseure
23.00 Sonderkommando Drogenfahndung
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

19.15 Treff im Turm
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
Anschl.: Kurznachrichten
21.15 Der Prinzregent
22.05 Frauenforum
23.05 Nachrichten

HESSEN

19.00 Formel Eins
19.45 Praktische Tips
20.00 Car-napping
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Die lange Rede, die ich bin
Der Dichter Louis Aragon
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.30 Telekolleg I
Mathematik (34)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.15 S 3 – Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Sportmagazin
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Reiseführer
21.00 Antiquitäten in Serie
Gemeinschaftsprogramm
21.15 Stehlt mir mein Baby nicht
23.05 Avanti! Avanti! (19)

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Buck Rogers
19.20 Wollen Sie mit mir tanzen?
Franz. Spielfilm, 1959
20.45 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Das grüne Grundrecht
Umweltschutz in der bayerischen Verfassung
anschl.
Rundschau

Neuen Streit mit Jerusalem möchte Reagan vermeiden

Kontakte USA–PLO dienten dem Existenzrecht Israels

DW. New York

Die Vereinigten Staaten standen während der ersten beiden Jahre der Reagan-Administration in fast ständiger Verbindung mit der PLO. Nach einem Bericht der „New York Times" war es das Ziel, die PLO von der Notwendigkeit einer Anerkennung des Existenzrechts Israels zu überzeugen.

TH. KIELINGER, Washington

Für Nichteingeweihte klang die Meldung unerwartet. Wie sollten die USA ihr 1975 gegebenes Versprechen an Jerusalem gebrochen und sich in ernsthaftem Dialog mit Arafat begeben haben, etwa mit dem Ziel einer Anerkennung der PLO, noch ehe diese Organisation die Nahost-Resolutionen 242 und 338 und damit das Existenzrecht Israels anerkannt haben würde?

Die Aufregung hat sich inzwischen rasch gelegt – auch in Israel. Obgleich der israelische UNO-Botschafter Blum noch am Sonntag im US-Fernsehen einwarf, von dieser Nachricht über die Kontakte zwischen Washington und der PLO könnten die Israelis „ganz und gar nicht erbaut sein". Natürlich nicht; aber Israel weiß auch, daß hier lediglich eine Praxis aus früheren Administrationen fortgeführt wurde, die Fühlungnahme auf ganz untergeordneter Ebene, mit dem Ziel, die PLO endlich dahin zu bewegen, wohin die amerikanische Politik die PLO seit Jahren bringen will: Zu einer Anerkennung Israels, damit die Organisation ihrerseits eine anerkannte Rolle in einem künftigen Friedensprozeß spielen kann.

Die Kontakte zur PLO über John Edwin Mroz, der in New York ein internationales Friedensforschungszentrum leitet, brachen ergebnislos ab, als Israel im Juni 1982 in Libanon einmarschierte. Bis dahin hatte Mroz auf seinen vielen Reisen in den Nahen Osten an die fünfzig Gespräche entweder mit Arafat oder seinen Vertretern geführt. Die spätere Spaltung der PLO in einen Arafat-gefügigen und einen syrischorientierten radikalen Flügel entzog dem ganzen Unterfangen schließlich jede praktische Grundlage.

Aber auch sonst haben die Israelis keinen Grund, sich über politischen Druck seitens Amerikas in diesem Wahljahr Sorgen zu machen. Direkt nach dem Besuch von Ägyptens Präsident Mubarak und Jordaniens König Hussein vergangene Woche im Weißen Haus, versuchte Washington Jerusalem zu beruhigen. Denn Mubarak hatte den amerikanischen Präsidenten aufgefordert, direkt den Kontakt zu Arafat zu suchen und offiziell das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anzuerkennen. Reagan selber erinnerte an seinen Nahost-Plan vom 1. 9. 82 und ermahnte Israel, „für den Frieden Risiken auf sich zu nehmen".

Diese Botschaft gab man an Jerusalem weiter. Reagan, so wurde mitgeteilt, lehnt weiterhin jedes Gespräch mit der PLO ab, solange diese nicht das Existenzrecht Israels anerkennt. Und der Nahost-Plan vom September 1982, gegen den schon Menachem Begin Sturm lief, wird nicht forciert, wenn Israel weiterhin seine Einwände geltend macht. Jerusalem brauche nicht zu befürchten, daß Reagan für das Scheitern in Libanon anderswo in der Region Kompensation suche.

Den Nahen Osten möchte der Präsident als Thema für den Rest des Wahljahres 1984 in der Tat am liebsten vergessen machen. Es ist seine wundeste Stelle, und er möchte seine Verletzlichkeit nicht noch größer machen, indem er zum Rückzug aus Libanon sich noch neuen Streit mit Israel verschafft.

Union fordert: Stockholm muß konkret werden

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) darf nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht zu einem „gewaltigen Propagandaunternehmen entarten". Deshalb hat die Fraktion zwar den sowjetischen Vorschlag auf Abschluß eines Gewaltverzicht-Vertrages nicht abgelehnt, aber als Voraussetzung „konkrete Schritte der politischen und militärischen Vertrauensbildung" verlangt. Entsprechende Vorstellungen erläuterten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Volker Rühe und der außenpolitische Sprecher Hans Klein.

Beide Politiker beriefen sich auf das Mandat für die KVAE, das von der Madrider KSZE-Folgekonferenz verabschiedet worden war. Darin wird als Ziel der KVAE genannt, „neue, wirksame und konkrete Schritte zu unternehmen", um die Staaten zu verpflichten, sich jeglicher Gewalt zu enthalten. Die Union wolle die Symbolwirkung eines Gewaltverzichtsvertrages nicht verkennen, sagten Rühe und Klein. Sie fügten aber warnend hinzu, damit könnte ein falsches Sicherheitsgefühl erzeugt werden, falls ein solcher Vertrag nur als Ersatz für Spannungsabbau und Abrüstung betrachtet werde.

Als „konkrete Schritte", nannten die Unionspolitiker einen verstärkten Dialog mit dem Osten (regelmäßige Treffen der Außenminister), eine sukzessive Realisierung der KSZE-Absichtserklärungen (Austausch von Menschen und Meinungen), mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Beachtung der militärischen Cocom-Beschränkungen, verbesserte innerdeutsche Beziehungen sowie im militärischen Bereich die Pflicht zur gegenseitigen Manöverübersicht und zum Austausch von Beobachtern.

Gefechtskopf gibt Rätsel auf

Haben die Sowjets eine Interkontinentalwaffe mit chemischem Kampfstoff?

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die Sowjetunion hat bei einem Raketentest einen neuartigen Gefechtskopf benutzt, der bei Fachleuten Erstaunen hervorgerufen hat. Wie von informierter Seite in Brüssel zu erfahren war, ist diese Neuentwicklung des Gefechtskopfes (Wiedereintrittskörper) im Gegensatz zur bei Interkontinentalwaffen angestrebten höchsten Genauigkeit so konstruiert, daß er bei dem Eindringen in die Troposphäre (der untersten Schicht der Atmosphäre – der Wetterzone) zu segeln beginne. Der Gefechtskopf schaukele nach unten wie eine Postkarte, die man aus einiger Höhe flach auf den Boden fallen lasse.

Die Verwendung eines solchen Gefechtskopfes widerspricht jeder Logik, es sei denn, er soll anderen Zwecken dienen, als möglichst genau ein Ziel auf der Erdoberfläche zu erreichen. Mit Sicherheit könne noch nicht gesagt werden, welche Ziele die Sowjets mit ihm verfolgten, hieß es in Brüssel. Es habe sich jedoch der einzig mögliche Schluß aufgedrängt, daß Moskau nach einem Verfahren sucht, chemische Kampfmittel auf große Entfernungen über große Flächen zu verteilen. Mit dieser Methode könnten Menschen und Tiere in Bevölkerungszentren und ganzen Landstrichen vergiftet werden.

Ungehemmte Produktion

Man neige zu dieser Erklärung, obwohl der Gedanke daran unvorstellbar sei, hieß es weiter. Bei der Beurteilung des Vorgangs müsse jedoch daran erinnert werden, daß die Sowjetunion einer Mentalität folge, die sich von der des Westens unterscheide. Im übrigen setze die Sowjetunion stark auf chemische und toxische Kampfstoffe. Nach vorsichtigen Schätzungen in der NATO besitzt die Sowjetunion 450 000 Tonnen chemischer Kampfmunition. Sie produziere derartige Kampfmittel ungehemmt. Die Vereinigten Staaten verfügen heute über 42 000 Tonnen chemischer Munition, die aus den 50er Jahren stammt und als so veraltet gilt, daß sie im Ernstfall nicht mehr eingesetzt werden könne. Eine abschreckende Wirkung geht von ihr nach dem Urteil maßgeblicher NATO-Offiziere nicht mehr aus. Pläne der Reagan-Regierung, eine Fabrik für die Produktion chemischer Kampfstoffe zu eröffnen, sind vom Kongreß auf Eis gelegt worden.

Ende Januar hatte Washington im Hinblick auf den nicht ratifizierten SALT-2-Vertrag der Sowjetunion Vertragsverletzungen vorgeworfen. Hierzu sind inzwischen von informierter Seite Einzelheiten bekanntgeworden. Danach haben die USA ihre Beanstandungen in der sogenannten Konsultativ-Kommission zur Sprache gebracht. Die Sowjets hätten die amerikanischen Klagen, die sehr exakt begründet worden seien, brüsk zurückgewiesen. Eingeweihte sprachen von einer „arroganten" sowjetischen Haltung.

Als Beispiel für die sowjetischen Vertragsverletzungen wurde die Verschlüsselung von Telemetriedaten (Übertragung von elektronischen Meßwerten auf drahtgebundenem oder drahtlosem Weg) bei Raketentests angeführt. Die Verschlüsselung dieser Daten sind nach Artikel XV, Abs. 3 des SALT-2-Vertrages nicht erlaubt. Obwohl der Vertrag nicht ratifiziert worden ist, haben Washington und Moskau zugesichert, sie wollten sich an ihn halten, wenn er von der Gegenseite nicht verletzt werde.

Weil Moskau Telemetriedaten verschlüsselte, konnte Washington nicht im Detail beweisen, daß es sich bei den Probeflügen der neuen sowjetischen Rakete „SSX-25" um eine schwere Interkontinentalrakete gehandelt hat, deren sogenanntes Wurfgewicht – sprich Zerstörungskraft – die Bestimmung von SALT 2 verletzt. Dazu verlautet, Washington wisse mehr als es offiziell zugebe, befinde sich jedoch in einem Dilemma: Es könne nicht offenbaren, bis zu welchem Grade es in der Lage sei, mit Computern in das sowjetische Schlüsselverfahren einzubrechen.

Die sowjetische Entgegnung, es habe sich nicht um einen Probeflug einer neuen Rakete, sondern um eine modernisierte „SS-13" gehandelt, ist von der amerikanischen Seite zurückgewiesen worden. Nach Artikel IV, Abs. 9 des SALT-2-Vertrages dürfe das Wurfgewicht einer vor dem 1. Mai 1979 getesteten Rakete nicht verändert werden.

„Keine neue Rakete"

Washington bemängelt auch eine Verletzung von Artikel IV, Abs. 8 des Vertrages, der verhindern soll, daß die Sowjetunion die Interkontinentalrakete „SS-16" aufstellt. Die Vereinigten Staaten glauben Beweise dafür zu haben, daß die Sowjets Stellungen mit dieser Rakete bei Plesetsk, südlich von Archangelsk, gebaut haben. Bei der „SS-16" handelt es sich um eine durch Hinzufügung einer weiteren Raketenstufe in der Reichweite vergrößerte „SS-20", jenen Raketentyp, mit dem die Sowjetunion Westeuropa und Asien bedroht.

Auf die zurückhaltend formulierten amerikanischen Vorwürfe hat Moskau mit einem polemischen Memorandum reagiert, das es in Washington überreichen ließ. Die Summe dieser Vorgänge hat Eingeweihte in der NATO im Hinblick auf neue Rüstungskontrollverhandlungen mit Moskau pessimistisch gestimmt. Die Sowjetunion benutze das komplizierte Metier geschickt, um die Weltöffentlichkeit durch Verbreitung bewußter Unwahrheiten für sich einzunehmen. In der Sache sei sie bestrebt, ihre militärischen Vorteile zu vermehren.

Kohl drängt USA zu Initiative für Abrüstung

MANFRED SCHELL, Bonn

In der Außenpolitik sucht Bundeskanzler Helmut Kohl in den nächsten Monaten zwei Schwerpunkte zu setzen: Der Bundeskanzler will die USA zu einer neuen Initiative für die Wiederaufnahme der Genfer Rüstungskontrollverhandlungen im atomaren Mittelstreckenbereich bewegen. Außerdem dringt Kohl nach der Europawahl am 17. Juni auf einen neuen Anlauf zur politischen Integration Europas gemeinsam mit Frankreich.

Vor dem CDU-Bundesausschuß sagte Kohl gestern, dabei werde zunächst festzustellen sein, ob für alle EG-Länder die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft „irreversibel" sei. Es gehe nicht an, daß das eine oder andere Land in stürmischen Zeiten mit dem Austritt drohe. Außerdem müßten die Länder erklären, ob sie bereit seien, den durch die Römischen Verträge vorgezeichneten Weg voranzugehen.

In Washington wird Kohl am 5. März mit Präsident Reagan zusammentreffen. Sein Anliegen, auf eine Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen hinzuwirken, verpackte Kohl in die Formulierung, Bonn habe im Hinblick auf den NATO-Doppelbeschluß „Wort" gehalten. Gerade daraus erwachse auch eine besondere „moralische Verpflichtung", auch gegenüber Präsident Reagan darauf zu dringen, auf allen Ebenen zu „wirklich kontrollierter Abrüstung zu kommen".

dpa, Bonn

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Honecker hat den Brief von Bundeskanzler Kohl beantwortet, in dem der Kanzler Mitte Dezember 1983 nach der Entscheidung über die Nachrüstung in der Bundesrepublik alle Staats- und Parteichefs des Ostblocks zur Fortsetzung des Ost-West-Dialogs aufgerufen hatte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Kanzler und Israel

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der WELT vom 6. Februar 1984 haben Sie ein Gespräch mit dem früheren Botschafter Israels in Bonn und jetzigen Vorsitzenden der Israelisch-Deutschen Gesellschaft, Asher Ben Nathan, abgedruckt, das mit „Ben Nathan: Bitterer Nachgeschmack" überschrieben ist.

In diesem Gespräch gibt Herr Ben Nathan angebliche Äußerungen des Bundeskanzlers in Israel wieder, die der Bundeskanzler entweder nicht gemacht hat oder deren Sachaussage anders lautete, als sie von Herrn Ben Nathan dargestellt wird. Das läßt sich anhand der veröffentlichten Texte der tatsächlichen Äußerungen des Bundeskanzlers leicht feststellen.

Der Bundeskanzler „begrüßt" nicht, wie Herr Ben Nathan sagt, „die Beschlüsse der arabischen Gipfelkonferenz von Fes", sondern hat in einer Tischrede am 24. Januar 1984, im Zusammenhang mit seinem Appell, den Friedensprozeß wieder in Gang zu bringen, sich dafür ausgesprochen, „die in den Beschlüssen von Fes enthaltene Chance nicht gänzlich ungenutzt" zu lassen. Das ist etwas anderes als ein unqualifiziertes Lob dieser Beschlüsse und all dessen, was sie enthalten. Das Wort „Chance" bezieht sich auf den Grundsatz „Frieden zwischen allen Staaten der Region", der in Ziffer 7 der Beschlüsse von Fes zum Ausdruck kommt und eine indirekte Anerkennung Israels enthält.

Der Bundeskanzler hat auch nicht „fast gar nichts" zum Camp-David-Abkommen mit Ägypten gesagt, sondern es in seiner Tischrede in Jerusalem am 24. Januar als „eine große, großartige Errungenschaft" bezeichnet, daß der Friedensvertrag mit Ägypten schweren Belastungen standgehalten hat. Der Bundeskanzler hat auch, und zwar in seiner Pressekonferenz in Jerusalem, gesagt: „Wir wissen um den Friedenswillen Israels, der durch den Abschluß des Friedensvertrages mit Ägypten und dessen Erfüllung durch die Räumung des Sinai unter Beweis gestellt wurde" – während Herr Ben Nathan beanstandet, daß er kein Wort des Lobes verloren habe.

Schließlich hat der Bundeskanzler, entgegen dem, was Herr Ben Nathan äußert, die Erklärung von Venedig nicht erwähnt, sondern nur von den Prinzipien für eine Nahostlösung genannt: Recht auf Existenz Israels und aller anderer Staaten in der Region in sicheren und anerkannten Grenzen; Recht des palästinensischen Volks auf Selbstbestimmung und allseitiger Gewaltverzicht. In der Venedig-Erklärung wird übrigens nicht, wie Herr Ben Nathan sagt, ein palästinensischer Staat gefordert. Von ihm ist darin überhaupt nicht die Rede. Ich halte es für möglich, daß Asher Ben Nathan bei seinen Äußerungen nicht die Texte der tatsächlichen Äußerungen des Bundeskanzlers zur Hand hatte. Vielleicht lagen ihm nur ungenaue Pressemeldungen vor. Ich möchte das sogar annehmen, denn er war seit seiner Zeit als Botschafter des Staates Israel in Bonn ein Freund, der viel für die guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern getan hat und, als Vorsitzender der Israelisch-Deutschen Gesellschaft, heute noch tut. Gerade um dieser guten Beziehungen und um der Freundschaft willen darf das, was Herr Ben Nathan in der WELT vom 6. Februar über die angeblichen Äußerungen des Bundeskanzlers sagte, nicht so stehenbleiben.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Boenisch
Staatssekretär
Der Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
Bonn 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Mut, Geist und Fortune sind so notwendig für einen Regierenden, daß man, außer bei einem Glücksfall, kaum große Taten von demjenigen erwarten kann, dem eine dieser Gaben ganz fehlt."

Armand Jean du Plessis, Herzog von Richelieu, franz. Staatsmann (1585–1642)

Personalien

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Gustav Aufhammer**, emeritierter Ordinarius für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung in Weihenstephan und Altrektor der Technischen Universität München, wird am 22. Februar 85 Jahre alt. 1949 hatte Aufhammer den Lehrstuhl für Acker- und Pflanzenbau der TH München übernommen. Ihm ist aus diesen Jahren der konsequente Aufbau der internationalen Kontakte zu verdanken. Als Rektor und Prorektor förderte er zielstrebig den weiteren Ausbau der TH. Lange Jahre war er als Gutachter für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und im Wissenschaftsrat tätig und wirkte im Bundesortenamt mit. Professor Aufhammer erhielt unter vielen Auszeichnungen die Ehrendoktorwürde der Universität Bonn. Die Fakultät für Brauwesen, Lebensmitteltechnologie und Milchwissenschaft in Weihenstephan wird zu Ehren von Professor Aufhammer am 24. Februar zu einem Festcolloquium einladen.

STAATSGAST

Mit militärischen Ehren hat Bundespräsident **Karl Carstens** gestern General **Moussa Traore**, den Staatspräsidenten von Mali, in Bonn empfangen. Der Gast, begleitet von seiner Frau **Mariam** und von Außenminister **Alioune Blondin Beye**, kam zu einem mehrtägigen Arbeitsbesuch in die Bundesrepublik Deutschland. Präsident Traore ist am Montag auch mit Repräsentanten der deutschen Wirtschaft und mit den in Bonn akkreditierten afrikanischen Botschaftern zusammengetroffen. Am Abend nahm er in der Bad Godesberger Redoute an einem Essen teil, zu dem Entwicklungshilfeminister **Jürgen Warnke** eingeladen hatte. Seine weiteren Gesprächspartner sind heute Bundes-



Moussa Traore

kanzler **Helmut Kohl** und Verteidigungsminister **Manfred Wörner** sowie Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**. Berlins Regierender Bürgermeister **Eberhard Diepgen** empfängt den afrikanischen Gast am Abend im Berliner Schloß Charlottenburg. Traore besucht auch Stuttgart, wird von Ministerpräsident **Lothar Späth** empfangen und an einem Essen teilnehmen, zu dem der Vorstand von Daimler-Benz einlädt.

ERNENNUNG

Ein Luxemburger, **Marcel Linden**, steht jetzt dem Verein der Auslandspresse vor. Marcel Linden löste im Amt des Vorsitzenden den Inder **Ramesch Jaura** ab. Linden vertritt in Bonn drei französische Zeitungen, darunter „Le Nouveau Journal", Paris. Dem Verein der Auslandspresse gehören zur Zeit 350 Korrespondenten aus West und Ost an. Zu den Hauptaktivitäten gehören regelmäßige Treffen und Essen mit Bonner Politikern. Die Auslandspresse nimmt an den Pressekonferenzen der Bundes-Pressekonferenz teil, der die Inlandsjournalisten in Bonn angehören, und besitzt dort auch Fragerecht.

GESTORBEN

Professor Dr. **Helmut Bracken**, Nestor der Marburger Erziehungswissenschaftler, starb in Marburg im Alter von 84 Jahren. Der Wissenschaftler war von 1956 bis zu einer Emeritierung 1967 Ordinarius für Erziehungswissenschaften an der Uni Marburg. Bekannt wurde er vor allem durch seine Forschungsarbeiten und Publikationen über entwicklungsgestörte Kinder und Jugendliche. 1952 erschien sein Buch „Das Kind in gesunden und kranken Tagen". 1968 veröffentlichte er ein Grundlagenwerk über „Erziehung und Unterricht behinderter Kinder".

Pfundiger Kaffee

JB. – Die Lage am deutschen Kaffeemarkt ist unübersichtlich. Das Wirrwarr ist durch die Umstellung der Packungsinhalte von 500 auf 400 Gramm entstanden, die mit Ausnahme von Aldi und Eduscho alle namhaften Röster vorgenommen haben.

Glaubt man den Angaben über die Entwicklung der Marktanteile in den ersten Wochen nach der Spaltung des Marktes, so haben die Verbraucher ausgesprochen mißtrauisch auf das neue Kurzzeit-Röstverfahren reagiert. Gerade unter den beiden großen Filialisten Tchibo und Eduscho scheint es Verschiebungen der Marktgewichte gegeben zu haben. Eduscho ist es offenbar zugute gekommen, sich als Gralshüter der Pfund-Packung zu profilieren. Der Slogan „Augen auf beim Kaffeekauf" hat viele Verbraucher wohl in der Überzeugung gestärkt, sie seien nicht Zeuge eines technischen Fortschritts, sondern Opfer einer Packungsmogelei.

Ob sich Eduscho noch lange so „pfundig" in den Augen der Verbraucher darstellen kann, ist allerdings fraglich. Das Kurzzeit-Röstverfahren ist unbestritten insofern ein technischer Fortschritt, als es den Einsatz von ständig teurer werdendem Rohkaffee wesentlich reduziert. Da der harte Wettbewerb am deutschen Markt Preisanhebungen kaum zuläßt, bietet es neue Möglichkeiten, über Kosteneinsparungen die Erlöse zu verbessern. Daß Eduscho so lange wie möglich zögert, ist verständlich. Die Filialisten, die auf die frische ganze Bohne setzen, stellt das neue Verfahren vor größere Probleme als die Abpacker, die die kurzgeröstete Bohne gleich vermahlen.

Debakel

J. G. – Ein weiterer Baustein für die feste Abwehrmauer gegen die 35-Stunden-Woche. So kommentiert der Arbeitgeberverband Gesamtmetall das jüngste Umfrageergebnis, diesmal bei Leuten, die ihren Arbeitsplatz in der Metallindustrie verloren haben und deshalb zu einem Drittel auch aus ihrer Gewerkschaft ausgetreten sind. Ob noch Gewerkschaftsmitglied oder nicht: Weit mehr als die Hälfte dieser Arbeitslosen erwartet von der generellen und voll bezahlten Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden keine besseren Chanchen für einen neuen Arbeitsplatz, wohl aber von der Vorruhestandsregelung nach Arbeitgebermodell. Für Gesamtmetall ist dieses Umfrageresultat erneuter Anlaß, in geradezu beschwörenden Tönen die Tarifpartner aufzufordern, die gefährliche Selbsttäuschung über den Beschäftigungseffekt der tariflichen Arbeitszeitverkürzung endlich aufzugeben. Ob's noch fruchtet? Wenn nicht, dann wird ein überflüssiger und sicherlich erfolgloser Streik der IG Metall nicht nur Geld, sondern auch Einfluß kosten. Zu Recht befürchtet Gesamtmetall, daß eine so grob das wirtschaftlich Machbare mißachtende Gewerkschaft nach ihrem programmierten Debakel in Zukunft nicht mehr ernstgenommen würde.

ENERGIEPOLITIK / Streit um Preisvergleich zwischen Kohle- und Atomstrom

Steinkohlenbergbau wehrt sich gegen Gutachten des Battelle-Instituts

HEINZ HECK, Bonn

Die deutsche Steinkohle bangt um ihr wichtigstes Absatzpotential, die Stromerzeugung. Seit das Battelle-Institut einen – tendenziell sogar steigenden – Kostenvorteil der Kernenergie gegenüber der Kohle ermittelt hat, sucht der Kohlebergbau nach Gegenargumenten. Allein die billigere Importkohle kann im Kostenvergleich mit dem Nuklearstrom mithalten.

Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen (SPD) hält die von ihm selbst bestellte Studie („Aktualisierter Vergleich der Investitions- und Betriebskosten von Steinkohle- und Kernkraftwerken") seit November 1982 unter Verschluß. Sie soll erst zusammen mit den Ergebnissen einer Expertenanhörung, die am 30. Januar in Düsseldorf stattfand, veröffentlicht werden.

Der Grund für Jochimsens ausdauernde Zurückhaltung wird im Ergebnis der Studie gesehen: Anders noch als in einer im Januar 1979 veröffentlichten und auf Ausgangsdaten und Informationen der Jahre 1976 und 1977 basierenden Untersuchung kommen die Experten jetzt zu dem Ergebnis, daß sich der Kostenvorteil der Kernenergie gegenüber der Steinkohle im Zeitverlauf in allen Lastenbereichen zunehmend vergrößert.

Der Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus, bei der Anhörung im Januar mit von der Partie, kommentiert dieses für die Branche niederschmetternde Ergebnis vorsichtig bis reserviert: „Damit hat sich das Untersuchungsergebnis 1982 gegenüber 1977 in das Gegenteil verkehrt. Diese neuen Ergebnisse weichen aber auch von der in der Energiepraxis überwiegend vertretenen Auffassung ab, daß Kernenergie in der Grundlast und Steinkohle in der Mittellast ihren jeweils kostenoptimalen Einsatzbereich haben. Die neue Battelle-Studie bedarf deshalb einer sorgfältigen Prüfung. Die Studie stand jedoch erst kurze Zeit vor der Anhörung zur Verfügung."

Vor allem die letzte Bemerkung erscheint angesichts des erwähnten zeitlichen Vorlaufs ungewöhnlich und läßt die Schlußfolgerung zu, daß Jochimsen die Ergebnisse der Studie bis dahin auch von den betroffenen Experten abgeschirmt hat.

In einem 13-Seiten-Papier hat sich der Gesamtverband kritisch mit dem Battelle-Gutachten befaßt und die gewählten Prämissen und Untersuchungsmethoden als „problematisch" bezeichnet. „Allem Anschein nach sind die Prämissen bei der Kernenergie eher optimistisch und bei der Steinkohle dagegen ungünstig angesetzt worden. Die bisherige, wenn auch noch kurze Entwicklung nach Abschluß des Gutachtens verläuft wesentlich anders als angenommen; für die Steinkohle hat sie deutlich günstigere Ergebnisse erbracht", heißt es. Die in der Praxis überwiegend vertretene Auffassung, daß Steinkohlestrom in der Mittellast und Kernstrom in der Grundlast ihre kostenoptimalen Einsatzbereiche hätten, „dürfte durch diese Studie nicht widerlegt worden sein".

Allerdings haben in jüngster Zeit auch andere Untersuchungen, etwa die des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln, eine Kostendifferenz zugunsten der Kernenergie zumindest in der Grundlast ergeben. In der Battelle-Studie wird sie für 1982 jetzt auf 3,5 Pfennig je Kilowattstunde, für 1991 unter bestimmten Annahmen auf 7,1 Pfennig *beziffert. Diese Differenz fällt zwar in* der Mittellast, also bei 3000 bis 4000 Betriebsstunden im Jahr, deutlich geringer aus. Nach bisher herrschender Auffassung hatte jedoch die Steinkohle hier einen absoluten Kostenvorteil.

Allein die Importkohle kann unter Kostengesichtspunkten mit der Kernenergie in etwa Schritt halten. Sie lag 1983 mit rund 146 Mark je Tonne knapp 100 Mark unter dem Preis der deutschen Steinkohle. Bedenkt man, daß der Brennstoffeinsatz je Kilowattstunde rund 300 Gramm Kohle beträgt, so entspricht der Preisvorteil der Importkohle gegenüber deutscher Provenienz gut drei Pfennig, bezogen auf die Kilowattstunde. Damit ist der Kostenvorteil des Nuklearstroms in etwa kompensiert.

OSTKREDITE

BfG: Die Banken haben ihre Einstellung wieder geändert

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die westlichen Banken sind seit einigen Monaten wieder geneigter, dem Ostblock Kredite zu gewähren. Allerdings blieben, so Thomas Wegscheider und Hans-Joachim Knieps vom Vorstand der Bank für Gemeinwirtschaft, die osteuropäischen Länder bei ihrem Kurs, die Westimporte möglichst zu drosseln und mehr zu exportieren, um die Verschuldung zu drücken. Dadurch werde das Spektrum der Länder, in die die Lieferungen ausgedehnt werden können, noch schmaler.

In der Mentalität der Banken gegenüber dem Osten sei jetzt aber ein Wandel eingetreten. Bis zu den Ereignissen in Polen seien die westlichen Banken in den siebziger Jahren bereit gewesen, ihre Kreditlinien auszuweiten. Dies habe sich dann grundsätzlich geändert, wobei der Fall Rumänien, das mit seinen Verpflichtungen in Rückstand geriet, noch verschärfend wirkte. Auch Bukarest mußte um Umschuldung nachsuchen.

Seit sechs bis neun Monaten seien westliche Banken verstärkt bereit, dem Ostblock auch neue Kredite zu geben. Bei der „DDR" *gibt es sogar* „Anzeichen für einen Wettlauf", so Thomas Wegscheider. Jedenfalls spüre die BfG dies bei den Konditionen. Der Umstand, daß sich die Einschätzung des Ostens gewandelt hat, wird bei der BfG auch darauf zurückgeführt, daß sich die Verschuldungsdiskussion jetzt mehr und mehr auf Südamerika verlagert. Generell bliebe das Problem, ob jährliche Umschuldungen überhaupt sinnvoll sein können. Wegscheider plädiert für eine längerfristige Betrachtung, bei der auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten besser berücksichtigt werden könnten.

Die Schuldensituation der einzelnen RGW-Staaten wird von Hans-Joachim Knieps sehr unterschiedlich eingeschätzt. Die Sowjetunion, die bei westlichen Banken mit rund acht Milliarden Dollar in der Kreide steht, habe überhaupt keine Probleme, neue Kredite zu erhalten. Ganz anders sehe die Situation bei Polen aus, obwohl es im vergangenen Jahr die Verschuldung bei den westlichen Banken leicht auf 26 Milliarden Dollar reduzieren konnte. Hier werde es noch Jahre dauern. Dagegen habe sich Rumänien bereits gefangen.

Ungarn glänze in der öffentlichen Diskussion, weil hier die Freizügigkeit am größten ist. Dadurch würden gewisse Zahlungsschwierigkeiten verdeckt. Die CSSR steuere weiter einen zurückhaltenden Kurs. Die Westverschuldung sei mit drei Milliarden Dollar auch niedrig. Den Bulgaren, die mit 1,8 Milliarden Dollar verschuldet sind, werde ein gutes Finanzmanagement nachgesagt.

Bei der „DDR" würden die akuten Probleme häufig überschätzt, obwohl sie allein über das Krisenjahr 1982 hinweggekommen sei. Der Milliardenkredit des vergangenen Jahres habe für weitere Erleichterung gesorgt.

Tokio als Chance

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Der Wille soll bekanntlich Berge versetzen können. Mit diesem Motto gehen jetzt weite Kreise der Wirtschaft an die „Deutsche Leistungsschau Japan '84" heran, die vom 23. April bis 6. Mai auf dem internationalen Messegelände „Harumi" in Tokio stattfindet.

„Dies wird ein Erfolg", so gibt in diesen Tagen unisono jeder seine Einschätzung selbst ungefragt preis – vom Minister bis zum Verbandsangestellten. Kritik wird als Miesmacherei abgetan. Einige machen sich sicherlich Mut, daß nach den vorangegangenen Querelen und auch mancher Panne doch alles so wie geplant, möglichst sogar noch etwas besser ablaufen wird.

Überwiegend ist jedoch die Einsicht, *daß sich die deutsche* Wirtschaft, die sich mit einer solchen Veranstaltung zum ersten Mal in einem hochentwickelten Industrieland präsentiert, überhaupt keinen Mißerfolg leisten kann. Und daher die Anstrengungen. Manche haben zu spät erkannt, daß es hier um das Image deutscher Produkte geht.

Jedenfalls ist die Zuversicht gegenwärtig unübersehbar. Und selbst unter denjenigen, die einer solchen Ausstellung *zurückhaltend* gegenüberstehen, spekuliert niemand auf eine Enttäuschung. Manches wäre sicherlich leichter über die Bühne gegangen, wenn die Entscheidung, nach Tokio zu gehen, nicht während einer konjunkturellen Talfahrt hätte getroffen werden müssen. Jetzt sind mehr Firmen bereit durchzustarten.

Hoffentlich hält dieses nicht nur für die Zeit der Leistungsschau an. Der deutsche Fehlbetrag im Handel mit dem fernöstlichen Inselreich steigt ständig und das trotz der selbstauferlegten Zurückhaltung der Japaner bei einigen Produkten. Im vergangenen Jahr konnten die deutschen Firmen ihre Lieferungen nach Japan um 8,5 Prozent zwar weit überdurchschnittlich auf 5,6 Milliarden Mark ausdehnen. Die japanischen Exporte in die Bundesrepublik kletterten jedoch um 17,0 Prozent auf 14,8 Milliarden Mark.

Nun sollte gerade in der Bundesrepublik niemand einem sturen Bilateralismus das Wort reden. Wer fordert, daß die Bilanz mit jedem Land ausgeglichen sein muß, stranguliert den Welthandel. Aber die unterschiedliche Dynamik der beiden nach den USA größten Welthandelsnationen auf dem jeweiligen Markt des anderen sollte schon zu denken geben. Immerhin hat Japan wichtige deutsche Forderungen nach einem leichteren Marktzugang erfüllt, selbst wenn noch manche Wünsche offen sind.

Erfolgversprechend ist daher nur eine Strategie, die auf Expansion setzt, nicht eine, die Hemmnisse für japanische Lieferungen propagiert. Die Leistungsschau mag ein Etappenschritt sein, gefordert ist eine stärkere kontinuierliche Bearbeitung des japanischen Marktes. Leicht ist das nicht, die Schwierigkeiten, angefangen von den Sprachunterschieden über Mentalitätsprobleme bis hin zum schlichten Umstand, daß Japan nicht vor der Haustür liegt, sind sattsam bekannt.

Aber der zweitgrößte Einzelmarkt der westlichen Welt, der zudem noch zu den dynamischsten gehört, läßt sich nicht ausklammern. Dies war vielleicht möglich, als das Geschäft mit anderen Staaten noch auf vollen Touren lief, als weder die hohe Verschuldung vieler Staaten noch der wachsende Protektionismus den Handel in weiten Bereichen lähmte. Überdies zählen Erfolge bei Konkurrenten doppelt, sie polieren auch das eigene Ansehen auf.

Sicher wird die Frage nicht zu Unrecht gestellt, ob Japan mit seiner Verhaltensweise nicht die weltwirtschaftliche Ordnung, wie sie in der Bundesrepublik und auch in den internationalen Verträgen gesehen wird, auf den Kopf stellt. Die enge Verzahnung von Staat und Wirtschaft, die gemeinsame und abgestimmte *Entwicklung zukunftsträchtiger* Produkte läßt sich mit der Vorstellung kaum auf einen Nenner bringen, daß auf dem Weltmarkt Firmen und nicht Staaten im Wettstreit liegen.

Als Alibi reicht dieses aber nicht, auch wenn das Problem zu denen gehört, die auf der nächsten Welthandelsrunde angepackt werden müssen. Eine solche Strategie zielt auf einige Produkte. Die deutsche Wirtschaft hat noch mehr zu bieten. Die Chance, daß dieses jetzt auch in Tokio demonstriert wird, ist gegeben. Und wenn nicht alles täuscht, wird sie auch genutzt, zumindest von 300 Firmen.

AUF EIN WORT



„Dank des Pillenknicks müssen im Jahre 2000 - also in nur gut 15 Jahren - die aktiv Tätigen fast 30 Prozent mehr Rentner mitversorgen. Wer heute die 35-Stunden-Woche fordert, gefährdet daher nicht nur unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und ungezählte Arbeitsplätze, sondern auch unsere Altersversorgung."

Tyll Necker, Geschäftsführer und Gesellschafter der HAKO-Werke GmbH & Co., Bad Oldesloe.
FOTO: WOLF P. PRANGE

Erdgasrechnung wurde billiger

AP, Eschborn

Die Bundesrepublik hat im vergangenen Jahr für ihre leicht gestiegenen Erdgasimporte deutlich weniger bezahlen müssen als im Vorjahr. Wie das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft (BAW) in Eschborn mitteilte, stiegen die Netto-Erdgaseinfuhren aus Norwegen, den Niederlanden und der UdSSR 1983 im Vergleich zum Jahr davor leicht um 1,3 Prozent auf 36,8 Milliarden Kubikmeter an, während der Wert dieser Einfuhren um 3,9 Prozent zurückging. Nach Angaben des BAW mußten 1982 noch zwölf Milliarden Mark für die Erdgaseinfuhren bezahlt werden. 1983 habe sich dieser Betrag auf 11,55 Milliarden Mark verringert. Der durchschnittliche Nettoeinfuhrpreis gab laut BAW im Berichtszeitraum um 5,2 Prozent auf 313,59 Mark pro 1 000 Kubikmeter nach.

FIRMENZUSAMMENBRÜCHE

Die Insolvenzwelle kam im Jahr 1983 zum Stillstand

VWD, Wiesbaden

Die Zahl der Insolvenzen in der Bundesrepublik ist 1983 im Vergleich zum Vorjahr leicht um 1,5 Prozent auf 16 114 gestiegen. Trotz des nochmaligen Anstiegs ist die weitere Insolvenzentwicklung nach Auffassung des Statistischen Bundesamtes jedoch mit Zuversicht zu beurteilen, da sich im zweiten Halbjahr 1983 eine eindeutig sinkenden Tendenz abzeichnete: Nachdem die Zahl im ersten Halbjahr 1983 noch um zwölf Prozent zugenommen hatte, wurden in der zweiten Jahreshälfte acht Prozent weniger Insolvenzfälle gezählt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Für die leichte Zunahme der Gesamtzahl der Insolvenzen im Jahr 1983 war nicht die Entwicklung auf dem Unternehmenssektor ausschlaggebend, sondern die um knapp acht Prozent gestiegene Zahl der Insolvenzen von natürlichen Personen und von Nachlaßkonkursen (zusammen 4269 Fälle). Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen (11 845) lag dagegen um 0,6 Prozent niedriger als im Vorjahr. Dies ist vor allem auf die Erholung der Baubranche zurückzuführen, in der die Insolvenzen im Jahr 1983 um 9,5 Prozent (im Hoch- und Tiefbau sogar um 20 Prozent) auf 2467 Fälle abgenommen haben.

Im verarbeitenden Gewerbe wurden 2471 Fälle gezählt (plus 3,3 Prozent gegenüber 1982), im Handel 3112 Fälle (plus 0,1 Prozent) und im Dienstleistungsbereich 2967 Fälle (plus 4,0 Prozent). Von 15 999 Anträgen auf Eröffnung eines Konkursverfahrens wurden 3747 eröffnet, die übrigen 76 Prozent wurden von vornherein mangels Masse abgelehnt. Da eine Reihe bereits eröffneter Konkurse nachträglich mangels Masse eingestellt wird, dürfte schließlich nur bei etwas mehr als 15 Prozent aller Konkurse die Verteilung der Vermögen der zahlungsfähigen Schuldner an die Gläubiger erfolgen.

INSTITUT DER WIRTSCHAFT

Auch die Bundesländer jetzt auf Konsolidierungskurs

HEINZ HECK, Bonn

Wie der Bund gehen auch die Länder in ihrer Haushaltspolitik auf Konsolidierungskurs. Nach einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) über Entwicklung und Struktur der Länderfinanzen wollen sie ihre Neuverschuldung von 23,7 Milliarden Mark 1983 auf 11,8 Milliarden 1987 drosseln. Ausschlaggebend hierfür ist vor allem die auf jährlich 3,1 Prozent begrenzte Steigerungsrate der Ausgaben (halb so hoch wie in der Zeit von 1978 bis 1983). Die Personalausgaben sollen sogar unterdurchschnittlich – um 2,7 Prozent – zunehmen.

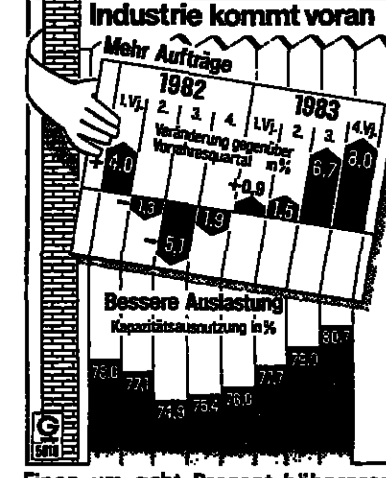
Die Zinsausgaben dagegen werden sich wegen der expansiven Verschuldung in der Vergangenheit kräftig erhöhen und den finanzpolitischen Handlungsspielraum stark einengen, vor allem in Hamburg und im Saarland (jahresdurchschnittliche Zunahme 12,5 und 12,3 Prozent). Baden-Württemberg verzeichnet mit 3,2 Prozent die niedrigste Zuwachsrate. Nach den IW-Berechnungen entfallen 1987 20,7 Milliarden Mark oder 8,9 Prozent der Länderausgaben auf den Zinsendienst.

Die Investitionsquote werde nur in Baden-Württemberg und Berlin steigen. Für die Länder insgesamt seien Investitionskürzungen zu verzeichnen, so daß die Investitionsquote bis 1987 um 1,4 Prozentpunkte auf 14,5 Prozent sinkt. Die Kürzung gerade hier erscheint unter konjunkturellen Gesichtspunkten zwar problematisch. Doch müßten die Länder den Rotstift – wie der Bund übrigens auch – häufig bei den nicht gesetzlich festgeschriebenen Ausgabenkategorien ansetzen. Doch im Unterschied zum Bund, der seine Investitionen von 33,3 Milliarden 1983 auf 35,2 Milliarden 1987 steigern wolle, gelinge es vielen Bundesländern nicht, ihre Investitionsetats auszuweiten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG berät Bedingungen für Spanien-Beitritt

Brüssel (Ha) – Große Mühe hatte der EG-Ministerrat gestern bei der Formulierung der Beitrittsbedingungen für Spanien im Agrarbereich. So verlangte Frankreich wirksame Vorkehrungen gegen eine Überschwemmung des EG-Marktes mit Obst und Gemüseerzeugnissen, unter anderem durch eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an staatlichen Aufkäufen in Spanien. EG-Vizepräsident Lorenzo Natali befürchtet dadurch enorm steigende Kosten. Die Franzosen beriefen am Nachmittag eine Außenministersitzung im engsten Kreise ein. Um den spanischen Beitritt ging es am Abend auch bei einem Gespräch mit Israels Premierminister Ytzak Shamir. Die EG versprach rechtzeitige Konsultationen vor Abschluß der Beitrittsverhandlungen.



Einen um acht Prozent höhereren Auftragseingang als ein Jahr zuvor konnte die Industrie im vierten Quartal 1983 verbuchen, ein Nach*frageschub, der ihr einen guten* Start insneue Jahr bescherte. Nach dem Tiefpunkt im dritten Vierteljahr 1982 ist die Kapazitätsauslastung wieder auf fast 81 Prozent gestiegen. QUELLE: GLOBUS

Bau-Bußgelder absetzbar

Berlin (VWD) – „Betroffen" reagierte das Bundeskartellamt, Berlin, auf die gestern veröffentlichte Entscheidung des Bundesfinanzhofs, Bußgelder als Betriebsausgaben zu werten. Im September 1983 hatte das Kartellamt mit 55 Millionen Mark das bisher höchste Bußgeld gegen deutsche Baufirmen wegen verbotener *Preisabsprachen verhängt.* „*Wir hät*ten wesentlich höher rangehen können, wenn wir uns nicht an die bis dato geltende Rechtsprechung gehalten hätten, wonach Geldstrafen steuerlich nicht absetzbar sind", hieß es im Amt. Man rechne jetzt damit, daß aufgrund der für sie neuen Situation vermutlich die meisten der Baufirmen ihren Einspruch gegen die Kartellstrafe beim Berliner Kammergericht zurückziehen werden.

Neuer Grundig-Chef

Hamburg (JB.) – Hermanus Koning, 59 Jahre alt und zur Zeit Chef des deutschen Philips-Konzerns in Hamburg, soll mit Wirkung zum 1. April dieses Jahres neuer Vorstands*vorsitzender der Grundig AG, Fürth*, werden. Dieser Beschluß gilt unter dem Vorbehalt, daß das Kartellamt der Übernahme der Mehrheit bei Grundig durch Philips zustimmt. Koning, seit 1980 bei der deutschen Philips, gilt als harter Sanierer und hat in den letzten Jahren mit Konsequenz bei den deutschen Philips-Unternehmen tiefgreifende Umstrukturierungsmaßnahmen durchgezogen. Wer sein Nachfolger in Hamburg wird, ist noch nicht bekannt.

Türkeikredit perfekt

London (VWD) – Der von internationalen Banken mit der Türkei ausgehandelte sechsjährige Kredit über 300 Millionen Dollar soll in der nächsten Woche syndiziert werden, teilt Manufactures Hanover Trust Co als Agent mit. Zuvor hatte die Türkei das Angebot akzeptiert, das Volumen des Kredits von 250 auf 300 Millionen Dollar aufzustocken. Nach Angaben von Manufactures Hanover haben die 20 beteiligten internationalen Banken bisher Beträge von insgesamt 327 Millionen Dollar gezeichnet. Der Zinssatz wurde auf 1½ Prozentpunkte über Libor festgelegt.

Für schnelle Entscheidung

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Deutsche Steuergewerkschaft hat an das Bundesverfassungsgericht appelliert, durch eine schnelle Entscheidung über die Investitionshilfeabgabe die Beschäftigten der Steuerverwaltung aus einer „unerträglichen Konfliktlage" zu befreien. Obwohl die Angehörigen der Finanzverwaltung durch die Entscheidung des Bundesfinanzhofs die „Verfassungswidrigkeit der Zwangsanleihe vor Augen" hätten, müßten sie deren Erhebung bei den Betroffenen notfalls mit Zwangsmitteln durchsetzen.

GROSSBRITANNIEN / Konsumausgaben steigen

Stagnation im Autohandel

WILHELM FURLER, London

Der Verbraucher-Boom in Großbritannien, auf den sich in erster Linie die Konjunkturhoffnungen der Regierung Thatcher stützen und der im vergangenen Jahr zu Rekordumsätzen im Einzelhandel führte, wird sich zunächst fortsetzen. Das geht jedenfalls aus der jüngsten, gemeinsam vom Industrieverband CBI und der Tageszeitung „Financial Times" durchgeführten Befragung des britischen Einzelhandels hervor.

So antworteten 78 Prozent der befragten Einzelhändler, sie erwarteten für diesen Monat einen höheren Umsatz als im Februar vergangenen Jahres. Damit haben sich Befürchtungen, die Konsumausgaben könnten sich nach dem hervorragenden Weihnachts- und Jahresend-Geschäft allmählich abschwächen, nicht bestätigt. Im Januar dieses Jahres waren die Einzelhandelsumsätze etwas unter den Erwartungen geblieben, dabei allerdings immer noch deutlich über dem Niveau von Januar 1983. Dieser geringer als erwartete Anstieg wird mit den extrem schlechten Wetterbedingungen vor allem im Norden des Landes erklärt. Immerhin 61 Prozent der befragten 712 Einzelhändler erklärten, sie würden in diesem Monat ihre Bestellungen an die Lieferanten gegenüber dem Vormonat erhöhen.

Besorgt ist in Großbritannien gegenwärtig eigentlich nur der Autohandel. Das Januar-Geschäft fiel nach dem Rekordjahr 1983 erheblich schlechter aus, als ohnehin befürchtet worden war. Für diesen Monat sagen die Autohändler in etwa die gleichen Verkaufszahlen voraus wie im Februar vergangenen Jahres. Erst für das späte Frühjahr und für den Sommer werden wieder steigende Neuwagenverkäufe erwartet.

Für die Regierung Thatcher ist die Nachricht, daß der Verbraucher-Boom vorerst nicht abzuflachen scheint, eine willkommene Unterstützung ihrer positiven Konjunktureinschätzung. Für dieses Jahr sagt sie ein Wachstum von mindestens drei Prozent voraus.

FRANKREICH / Devisenbeschränkungen für Auslandsreisen wirkten sich aus

Leistungsbilanz-Defizit abgebaut

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Noch stärker als die Handelsbilanz hat sich in Frankreich 1983 die Leistungsbilanz – jedenfalls prozentual – verbessert. Ihr Defizit verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 50 auf 29,1 Milliarden Franc (9,4 Milliarden Mark). Dies war nicht zuletzt dem auf 21,5 (12,1) Milliarden Franc gestiegenen Aktivsaldo im Fremdenverkehr zuzuschreiben. Während die Deviseneinnahmen daraus um 16 Prozent auf 50 Milliarden Franc zunahmen, schrumpften die Devisenausgaben um 17 Prozent auf 30 Milliarden Franc.

Die Regierung schreibt diesen Rückgang vor allem den im März 1983 verschärften Devisenbeschränkungen für Auslandsreisen zu. Die Franzosen sind aber wohl hauptsächlich deshalb zu Hause geblieben, weil ihnen wegen der gleichzeitig verordneten Steuererhöhungen die Mittel für kostspielige Reisen ins Ausland fehlten.

Dem widerspricht auch nicht die Tatsache, daß die Zahl der Grenzübertritte von Deviseninländern nur um ein Prozent zurückging. Um so mehr wurde am Auslandsurlaub selbst gespart, der von kürzerer Dauer war und weniger weit führte. Inzwischen sind die Devisenbeschränkungen wieder gelockert worden (Ausnahme: Kreditkarten).

Sehr stark zur Verbesserung der Leistungsbilanz hat auch der Industriegütersektor beigetragen. Hier erhöhte sich der Aktivsaldo von 29 auf 59 Milliarden Franc. Das lag insbesondere daran, daß das Defizit im Bereich der Investitionsgüter um fünf Milliarden Franc abgetragen wurde, während der Überschuß im Lebensmittelindustriebereich von 14,7 auf 21,6 Milliarden Franc zunahm.

Auch die französische Zahlungsbilanzsituation ist wesentlich besser geworden. Das Defizit bei den Direktinvestitionen ging von 9,8 auf 1,7 Milliarden Franc zurück. Offensichtlich haben die Sanierungsbemühungen der Regierung wieder mehr ausländische Investoren angelockt. Im langfristigen Kapitalverkehr stieg der Überschuß von 24,5 auf 44,9 Milliarden Franc.

Nachdem bis zur Abwertung im März 1983 bedeutende Devisenverluste durch die Verteidigung des Franc entstanden waren, konnten in den folgenden Monaten die Währungsreserven beträchtlich aufgestockt werden. Während sie 1982 um 33,1 Milliarden Franc zurückgingen, stiegen sie 1983 um 44,9 auf 430,03 Milliarden Franc. Darin steckt allerdings auch der Devisenumtausch für im Ausland aufgenommene Kredite.

Entsprechend erhöhten sich die französischen Auslandsschulden. Nach letzten amtlichen Schätzungen erreichten sie Mitte vergangenen Jahres 369 Milliarden Franc. Hinzugerechnet werden müssen die kurzfristigen Devisenverbindlichkeiten der Banken von 40 Milliarden Franc.

EG / Interventionen bei Obst und Gemüse

Pfirsiche wurden vernichtet

WILHELM HADLER, Brüssel

Rund 500 000 Tonnen Obst und Gemüse sind in der EG im Wirtschaftsjahr 1981/82 vernichtet worden. Das zeigt ein Bericht der Brüsseler Kommission an das Europaparlament. Die aus dem Markt genommenen und nicht zur Verarbeitung oder zur kostenlosen Verteilung geeigneten Mengen entsprechen nur 1,15 Prozent der Gemeinschaftserzeugung. Sie sind nach Meinung der EG-Behörde auch in Anbetracht der Gemeinschaftseinfuhren von rund fünf Millionen Tonnen sehr gering.

Die Kosten der zur Preisstützung vorgenommenen Interventionen sind zwar von Jahr zu Jahr sehr unterschiedlich, zeigen jedoch keine „ständig und unvernünftig ansteigende Tendenz". So mußten 1976 rund 166 Millionen Ecu (etwa 373 Millionen Mark), 1978 umgerechnet 53,3 Millionen Mark und 1983 rund 423 Millionen Mark aufgewendet werden.

Die höchsten Interventionen gab es 1981/82 bei Pfirsichen mit rund 350 000 Tonnen (15,22 Prozent der EG-Erzeugung). Der Grund lag darin, daß die Pfirsichernte in der Gemeinschaft 100 000 Tonnen mehr brachte als normal. Der größte Teil der aus dem Markt genommenen Mengen (80 Prozent) wurde vernichtet. Rücknahmen verzeichnete die Kommission auch bei Zitronen (70 000 Tonnen), Apfelsinen (73 000 Tonnen), Mandarinen (82 000 Tonnen), Birnen (121 000 Tonnen), Äpfel (54 000 Tonnen) Blumenkohl und Tomaten.

Die Schwierigkeiten beim Absatz der aus dem Markt genommenen Erzeugnisse sind vor allem darauf zurückzuführen, daß der genaue Zeitpunkt der Interventionen im allgemeinen nicht vorhersehbar ist und die meisten Erzeugnisse sehr verderblich sind. Der kostenlosen Verteilung von Obst und Gemüse seien oft Grenzen gesetzt. So sei der Bedarf der Begünstigten, die in der Nähe des Interventionsortes leben, schnell gesättigt. Selbst wenn die Gemeinschaft die Beförderungskosten übernehme, fänden sich in vielen Fällen keine geeigneten Transportmittel.

BÖRSE / London erhielt einen neuen Aktienindex

Jede Minute aktualisiert

WILHELM FURLER, London

In der letzten Woche wurde in London ein neuer Börsen-Index eingeführt, der erstmals die Kursentwicklung von 100 ausgesuchten führenden Börsenwerten an der Londoner Stock Exchange kontinuierlich, also von Minute zu Minute, widergibt. Der bislang überwiegend benutzte Financial-Times-Index wird dagegen stündlich berechnet. Allerdings ist der Start der besonderen Geschäfte, für die der neue FTSE-Index (Financial Times und Stock Exchange – in der City inzwischen „footsy" genannt) eigens geschaffen wurde, bis auf weiteres verschoben worden.

Bei diesen Geschäften handelt es sich einmal um den Terminhandel mit Aktienindex-Kontrakten, basierend auf dem neuen FTSE-Index, den die Londoner Finanztermin-Börse in der ehemaligen Londoner Börse gegenüber der Bank von England in diesen Tagen eigentlich einführen wollte. Zum zweiten beabsichtigte die Londoner Aktienbörse, mit der Einführung von „footsy" einen Optionshandel mit dem 100 Werte umfassenden Index anzubieten.

In beiden Fällen muß der Start wegen Schwierigkeiten mit den Steuerbehörden verschoben werden. Der Terminhandel mit dem neuen Aktienindex an der London International Financial Futures Exchange (Liffe) soll erst dann beginnen, wenn beim Schatzamt durchgesetzt wurde, daß die bei Wertpapiergeschäften übliche Stempelsteuer beim Terminhandel mit Aktien-Kontrakten entfällt.

Die Londoner Stock Exchange hofft, bis Anfang Mai ihre Differenzen mit der Treasury bereinigt zu haben. Dabei geht es darum, daß der Optionshandel als „kommerzielles Geschäft" anerkannt und nicht auf eine Stufe mit dem Wetten gestellt wird, was steuerliche Nachteile zur Folge hätte.

Doch unabhängig davon dürfte der neue FTSE-Index für den reinen Aktienhandel rasch an Bedeutung gewinnen. Ein 100 Werte umfassender und vor allem permanent aktualisierter Index ist für die Aktienspekulanten in jedem Fall von großem Nutzen. Der 30 Werte umfassende Fiancial-Times-Index wird seine Bedeutung aber behalten.

KANADA / Die schlimmste Rezession seit den 30er Jahren wurde 1983 überwunden

Erholung im Sog der US-Wirtschaft

BARBARA HALSIG, Ottawa

Der kanadische Finanzminister Marc Lalond wählte letzte Woche stolze Worte bei der Vorlage seines Haushalts: „Kanada schneidet besser ab als die meisten. Unsere Wirtschaft, die ständig und zuverlässig wächst – wird wahrscheinlich dieses Jahr unter den Ersten der Industrienationen sein." Die vorgelegten Daten zeigen, daß Kanada die schlimmste Krise seit der Rezession der 30er Jahre überwunden hat. Eine Ausnahme bildet lediglich der Arbeitsmarkt. In Kanada ist die Arbeitslosigkeit noch hartnäckiger als in den USA.

Wie nicht anders zu erwarten, folgten Krise und Erholung zeitversetzt denen des südlichen Nachbarn, der sich trotz gelegentlicher Bemühungen Ottawas um einen „dritten Weg" erneut als dominierender Wirtschaftspartner erwies (1983 nahm der US-Markt über 72 Prozent aller kanadischen Exporte ab). Das Bruttosozialprodukt, das im katastrophalen Jahr 1982 um 4,4 Prozent schrumpfte, wuchs 1983 um reale 2,9 Prozent. Dieses Jahr sollen es 4,9 Prozent sein, und in einer Projektion bis 1988 erwartet das Finanzministerium eine durchschnittliche jährliche Steigerung um 3,8 Prozent.

Die Inflationsrate soll dabei relativ stabil bleiben. Im Durchschnitt 1983 lag die Teuerungsrate nur noch bei 5,8 Prozent, gegenüber zweistelligen Zahlen in den Vorjahren. Für 1984 lautet die Schätzung auf fünf Prozent.

Beschränkungen der Gehaltserhöhungen für Bundesangestellte auf fünf bis sechs Prozent und die Zurückhaltung der Arbeitnehmer in der Privatindustrie trugen stark zu dieser Entwicklung bei. Als die Trudeau-Regierung die Beschränkungen vor zwei Jahren einführte, lag die Inflationsrate noch bei zwölf Prozent. Die Produktivität fiel 1982 um 1,2 Prozent. Letztes Jahr brachte ein Plus von 2,3 Prozent.

Beeinträchtigt wird diese Erfolgsbilanz durch das Budgetdefizit und die Arbeitslosigkeit. Kanada hat nach „Globe and Mail" in der industrialisierten Welt die proportional höchste Schuldendienst-Belastung. Das Defizit im laufenden Haushaltsjahr (31. März) wird auf 31,45 Milliarden kanadische Dollar (rund 68 Milliarden Mark) geschätzt, das sind 8,1 Prozent des Bruttosozialprodukts; für 1984/85 werden 29,7 Milliarden Dollar erwartet.

Die daraus resultierende gesamte Nettoverschuldung der kanadischen Bundesregierung dürfte im laufenden Haushaltsjahr 151 Milliarden Dollar (325 Milliarden Mark) erreichen. Das sind 38,8 Prozent des geschätzten Bruttosozialprodukts oder 6011 Dollar (12 924 Mark) pro Person. Die Kosten für Zinsen: dieses Jahr 18 Milliarden, nächstes Jahr 20,3 Milliarden.

Besteht beim Schuldenmachen Hoffnung auf einen nachlassenden Trend (1987/88 sollte das Defizit auf 4,7 Prozent des Bruttosozialprodukts gesunken sein), so gibt der Arbeitsmarkt zu großen Sorgen Anlaß: 11,2 Prozent oder rund 1,5 Millionen bei einer Bevölkerung von 24 Millionen suchten Anfang des Jahres vergeblich Arbeit. Die Prognose für 1984 bleibt bei einer zweistelligen Arbeitslosenquote. 1988 erwartet Lalonde einen Rückgang auf 7,7 Prozent. (dpa)

VERLAGSGRUPPE FRANCKH-KOSMOS

Impulse vom Lerncomputer

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Während sich im Bereich der Videospiele am Markt eine gewisse Ernüchterung ausbreitet, richtet sich die auf Konsumelektronik zielende Nachfrage offenbar zunehmend auf den Spielcomputer. Dies ist jedenfalls die Trendeinschätzung der Verlagsgruppe Franckh-Kosmos, Stuttgart, die mit ihrem im vergangenen Jahr auf den Markt gebrachten Lern-Computer beachtliche Absatzerfolge erzielt.

Nach Angaben von Mitgesellschafter Euchar Nehmann steuere das Unternehmen bereits eine Stückzahl von 10 000 an. Da die Planzahlen für diesen Lern-Computer (Preis: 219 DM), der experimentell in entsprechenden Lernschritten einen Einstieg in die Computer-Technologie ermöglicht, von der Nachfrage überholt worden seien, müsse nachproduziert werden. Die Sparte der Experimentierkästen (einschließlich des neuen Lern-Computers) repräsentiert etwa 20 bis 25 Prozent (mit ansteigender Tendenz) des Umsatzes der Firmengruppe, der in 1983 auf 36 (1982: 35) Mill. DM zugenommen hat.

Die Verlagsgruppe, deren Stammhaus die vor gut 160 Jahren gegründete Franck'sche Verlagshandlung W. Keller & Co. ist, zeichnet sich dadurch aus, daß es ihr gelang, Naturschutz und Technik unter einem Dach in ihrem Programm zu vereinen. Die Buchpalette umfaßt rund 750 Titel mit dem Schwergewicht auf Natur und Umwelt. Darüberhinaus reicht sie in die Gebiete Sport und Hobby, Märchen. Als großer „Renner" erweist sich die Hitchcock-Krimi-Serie, von der bereits 6,5 Mill. Exemplare verkauft wurden.

Den Bedarf breiter Bevölkerungsschichten nach leichtverständlicher naturwissenschaftlicher Information entdeckte der Verlag sehr früh. Er kam bereits im Jahre 1904 mit der Zeitschrift „Kosmos" auf den Markt, deren Auflage sich inzwischen bei 105 000 Exemplaren eingependelt hat. Forciert werden soll das Lizenzgeschäft. Der Auslandsanteil am Umsatz dürfte mit 10 bis 15 Prozent zu veranschlagen sein. Der Ertrag habe im vergangenen Jahr nach Nehmanns Worten gesteigert werden können.

BRAUN AG / An der Kostenschraube gedreht

Höheres Wachstumstempo

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Braun AG, Kronberg, hat sich für ihr Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) zwar „kein steiles, aber ein stetiges Wachstum" vorgenommen. Immerhin sei in den ersten vier Monaten der Umsatz um einen zweistelligen Prozentsatz gewachsen, so der Vorstandsvorsitzende Lorne A. Waxlax. Ob dieses Tempo durchzuhalten ist, vermag er noch nicht zu sagen.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet es auf jeden Fall eine deutliche Besserung. Zwar entstand der weltweite Umsatzrückgang der Elektrogeräte-Gruppe um knapp 2 Prozent auf 968 (984) Mill. DM ausschließlich durch den Verkauf des Foto- und HiFi-Geschäfts. Doch auch die bereinigten Zuwachsraten von knapp 6 Prozent im Inland und gut 3 Prozent im Ausland (75 Prozent Umsatzanteil) fielen nicht eben berauschend aus.

Dennoch ging es mit dem Ertrag weiter bergauf. Obwohl die Gilette-Tochter 16 (6) Mill. DM Wertberichtigungen auf ihre Beteiligungen zu verkraften hatte, die durch die Erhöhung der übrigen Beteiligungserträge auf 17 (10) Mill. DM nur teilweise aufzufangen waren, steigerte sie ihren Jahresüberschuß um 27 Prozent auf 18,7 (14,7) Mill. DM.

Daraus sollen die freien Aktionäre 15,20 DM auf ihre 50-DM-Vorzugsaktien von insgesamt 209 400 DM erhalten, die Mutter bekommt 6,50 DM auf 2,6 Mill. DM Vorzugsaktien und 6 DM auf 3,6 Mill. DM Stammaktien. Als Gründe der Ertragsverbesserung nennt das Unternehmen „Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung der Rentabilität, den Markterfolg kostenreduzierter neuer Produkte und die Anstrengungen zur Kostensenkung".

Wichtigste Produktgruppe mit nur etwas weniger als 50 Prozent Umsatzanteil bleiben die Rasierer. Hier rechnet sich Braun einen inländischen Marktanteil von mehr als 70 Prozent aus. „Wir würden 80 Prozent für sehr gesund und wünschenswert halten", merkt der scheidende Vorstandsvize Albrecht Schultz an. Immerhin kommt Braun auch in Japan, einem Markt, der mit 6 Millionen Stück fast das dreifche Volumen des deutschen erreicht, auf 10 Prozent Mengen- und 20 Prozent Wertanteil.

MATRA / Mehrheitsbeteiligung an Jaeger geplant

Kostspielige Diversifizierung

J. Sch./VWD, Paris

Die Umstrukturierung der Matra-Gruppe ist noch nicht abgeschlossen. Die vom Staat kontrollierte Gruppe will die Mehrheit an der Jaeger SA übernehmen, an der sie über das Gemeinschaftsunternehmen Plafinco gemeinsam mit VDO (50:50) beteiligt ist. Matra wird im Zuge einer Kapitalerhöhung um 135 Mill. Franc, an der sich VDO nicht beteiligen will, Jaeger-Mehrheitsaktionär, kündigte Präsident Jean-Luc Lagardère an. VDO wird andererseits ein Jaeger-Werk in Lothringen voll übernehmen, heißt es zu der mit VDO geplanten Regelung der Beteiligungsverhältnisse. Außerdem verhandelt Matra mit der japanischen Seiko, die sich mit 15 Prozent am Kapital des Uhrenbereichs beteiligen dürfte.

Die von der sozialistischen Regierung zu 51 Prozent nationalisierte Matra-Gruppe hat für ihre beschleunigte Diversifizierung einen hohen Tribut bezahlt. In den letzten drei Jahren verbuchte sie aus diesem Grunde rund 1,3 Mrd. F Verluste. Sie sind vor allem in den Sektoren Elektronik, Automobile und Telefon entstanden sowie bei Uhren.

Für das Geschäftsjahr 1983 weist Matra bei 10,3 Mrd. F Umsatz einen um die Hälfte auf 70 (154) Mill. F zurückgegangenen Reingewinn aus. Dank der im Rüstungsbereich von der Muttergesellschaft erzielten günstigen Ergebnisse verbesserte sich der konsolidierte Gewinn auf 30 (23) Mill. F. Für die Bereinigung der Diversifizierungskosten und für künftige Restrukturierungen wurden 520 Mill. F zurückgestellt. Die weitere Geschäftsentwicklung beurteilt Matra-Präsident Jean-Luc Lagardère zuversichtlich. In diesem Jahr soll der konsolidierte Reingewinn auf 100 Mill. F gebracht werden. Vor einem Jahr hatte Lagardère schon für 1983 einen Gewinn von 150 Mill. F in Aussicht gestellt. Die allein in der Forschung und Entwicklung von 1,2 Mrd. 1982 auf 1,6 Mrd. F 1983 erhöhten Investitionen sollen in diesem Jahr 1,9 Mrd. F erreichen. Die Gesamtinvestitionen beliefen sich 1983 auf 2,3 Mrd. F.

NIXDORF / Dividende steigt auf neun Mark – Noch ehrgeizige Expansionspläne

Computer-Aktie wird Börsenpapier

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Nach fünf Jahren des Zögerns bringt Heinz Nixdorf (58) seinen ersten Anlauf vom November 1978 zu Ende, löst er sein Versprechen vom Frühjahr 1981 ein: Die Nixdorf Computer AG, Paderborn, geht Anfang Juni an die Börse. Dann wird die Deutsche Bank 20 Prozent des Grundkapitals, das bis dahin von derzeit 200 auf 360 Mill. DM erhöht werden soll, in Form von Vorzugsaktien auf den Markt bringen.

Der Einführungskurs steht noch nicht fest. Die Vorzugsaktien werden mit einer kumulativen Garantiedividende von 8 Prozent ausgestattet sein. Zur Vorbereitung wird es eine Kapitalerhöhung zunächst um 60 Prozent auf 320 Mill. DM zu pari geben, an der sich auch die Deutsche Bank beteiligt, die noch ein Paket von 10 Prozent des Nixdorf-Grundkapitals hält. Nach der Erhöhung wird es einen Nominalwert von 32 Mill. DM haben.

Unmittelbar vor der Plazierung soll die Hausbank dann eine weitere Kapitalerhöhung von 40 Mill. DM voll übernehmen, so daß sie dann genau über jene 72 Mill. DM Nominalkapital verfügt, die plaziert werden sollen. Die zweite Erhöhung wird mit einem Agio ausgestattet sein, aus dem sich per „Mischkalkulation" der Kurswert für das gesamte Emissionsvolumen ergibt.

Eine unmittelbare Notwendigkeit zum Schritt an die Börse weist Firmengründer Heinz Nixdorf nach wie vor weit von sich. Immerhin habe man auch die Expansion von 22 Prozent im Jahresdurchschnitt seit 1968, als das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, ohne fremde Hilfe geschafft.

Doch das Paderborner Glanzstück hat weiterhin ehrgeizige Pläne. In den nächsten vier Jahren will es seinen Umsatz, der 1983 um 19 Prozent auf 2,7 Mrd. DM gewachsen ist, wieder verdoppeln und dabei 8000 neue Arbeitsplätze schaffen. „Das geht nicht mehr ohne Kapital von außen. Da müßten die Gewinne ja riesig sein, und Gewinnmaximierung ist nicht unser Geschäft", meint Nixdorf.

Am Ertrag scheint es indessen auch nicht zu mangeln. Nachdem der Umsatz 1983 weitaus schneller gestiegen ist als die Kosten, dürfte das Unternehmen sein DVFA-Ergebnis je Aktie 1983 noch einmal über die 25 DM des Vorjahres hinaus gesteigert haben. Darauf deutet auch die Anhebung der Dividende auf 9 (8) DM je 50-DM-Aktie hin, die Nixdorf jetzt in Frankfurt avisierte.

Auch die Investitionen des Jahres 1983 von fast 300 Mill. DM – etwa 11 Prozent vom Umsatz – deuten nicht eben auf eine Schwächephase hin. Sie dienten vor allem der Ausweitung der Produktionsanlagen und des Vertriebs- und Servicenetzes. Mit 250 Mill. DM flossen zudem 9 Prozent der Umsätze in Forschung und Entwicklung.

So kann denn auch Deutsche-Bank-Sprecher F. Wilhelm Christians – wie im November 1978, als Heinz Nixdorf in letzter Minute einen Rückzieher machte, an dessen rechter Seite – nach fünf Jahren geduldigen Wartens endlich doch noch sagen: „Dies ist auch für die Deutsche Bank ein stolzer Tag.".

EUROSHOP / Plus bei Kühlmöbeln und im Ladenbau

Hoher Renovierungsanteil

HARALD POSNY, Düsseldorf

Flächenüberkapazitäten hin, Investitionsbereitschaft her, der deutsche Einzelhandel kann sich nur im Wettbewerb behaupten, wenn er sich modern seinen Kunden präsentiert. Anläßlich der Euroshop '84 – Internationale Messe für Einrichten, Werben, Verkaufen – (18. bis 22. Februar) in Düsseldorf sind Landenbauer und Hersteller von Kühlmöbeln und Kälteanlagen in vorderster Linie zu finden, wenn es um Einzelhandelsaufträge geht. Die Branchen, die letztes Jahr bereits von den Investitionszulagen profitierten, wollen auch in diesem Jahr den konjunkturellen Aufschwung nutzen. Und die Zeichen dafür stehen schlecht.

Letztes Jahr steigerten die 26 deutschen in der Fachgruppe Kühlmöbel des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) zusammengeschlossenen Hersteller von Serien- und Spezialkühlmöbeln ihren Umsatz auf 400 (381) Mill. DM. Richard C. F. Bobzin und Raimund Jagberger vom Fachverband bezifferten den Umsatz der Gesamtbranche auf annähernd eine Mrd. DM. Der Verbandsumsatz lag preisbereinigt knapp vier Prozent über dem Vorjahr. Einer Ausfuhr von Kühlmöbeln im Wert von über 120 (107) Mill. DM dürften Importe von etwa 150 (125) Mill. DM gegenübergestanden haben. Die Exporte gingen überwiegend in dieselben Länder, aus denen auch die Importe kommen: Italien, Frankreich und Skandinavien.

Die Bundesrepublik, früher eine Domäne von US-Herstellern, ist heute eher auf dem US-Markt vertreten. Auf dem deutschen Markt dürften Linde und Tochtergesellschaft Celsior gemeinsam etwa 45 Prozent Marktanteil besitzen, Brown, Boveri & Cie. etwa 17 Prozent.

Die Branche, die etwa 80 Prozent des Umsatzes mit Modernisierungsmaßnahmen macht, nutzt den Trend zu Frische-Abteilungen in Warenhäusern, Supermärkten und neuerdings von Discountern. Die Erneuerung von Kühlanlagen ist nicht nur eine Frage des Alters der Anlagen, sondern im wesentlichen auch wettbewerbsbedingt. Europaweit dürften 55 Profzent der Produktion sogenannte „steckerfertige" Kühlmöbel von der Stange sein, 45 Prozent dagegen – im Umsatz wesentlich bedeutender – sind anbaufähige Anlagen in Standardgrößen, deren separate Kühlaggregate meist mit Wärme- Rückgewinnungsanlagen versehen sind.

Die Ladenbauer, von denen 55 im Deutschen Landenbau-Verband zusammengeschlossen sind, hatten 1983 einen Umsatz von etwa 600 Mill. DM. Die Branche, die weit mehr Hersteller zählt, mit starker Vertretung von Schreinerhandwerks-Betrieben, wird nach Ansicht von Wilhelm Isenburg 1983 950 Mill. DM umgesetzt haben, nach drei ausgesprochen schlechten Jahren erstmals wieder ein zufriedenstellendes Wachstum von nominal 17, preisbereinigt und ohne die Auswirkungen des Investitionshilfegesetzes von sechs bis sieben Prozent. Schon jetzt wagt Isenburg die Prognose, 1984 die Milliarde im Umsatz zu überschreiten.

Der Renovierungsanteil am Umsatz liegt bei den Ladenbauern bei 60 *Prozent, wobei der Modernisierungs*zyklus branchenunterschiedlich bei etwa sechs Jahren liegt, im Textil-Einzelhandel jedoch darunter. Die Unternehmen Bröcker Ladenbau GmbH & Co. KG, Haan/Rheinland und Nax Ladenbau, Frankfurt, gehören mit weiteren 15 größeren Unternehmen zu den besten in Europa. Den Nutzen von Umbauten im Laden spiegeln die Bilanzen der Unternehmen wider: plus 29 Prozent Umsatz im ersten Jahr danach und 41 Prozent in den ersten zwei Jahren danach.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Großauftrag für Polysius

Düsseldorf (J. G.) – Für 480 Mill. DM erhielt die Krupp Polysius AG, Beckum, aus Saudi-Arabien den Auftrag zur Erweiterung des Yamana-Zementwerkes in Riad auf 8700 (5600) Tagestonnen. Konsortialpartner ist die Bilfinger + Berger Bau-AG, Wiesbaden. Zusammen mit einem im Osten des Landes in Bau befindlichen großen Zementwerk habe Polysius in Saudi-Arabien nun fast 1 Mrd. DM Auftragsbestand in der Abwicklung.

Bleyle wächst

Stuttgart (nl) – Die Bleyle-Gruppe, Stuttgart, hat in 1983 dem Umsatz um 6 Prozent auf 243 Mill. DM gesteigert, wozu insbesondere das US-Geschäft beitrug. Für das laufende Jahr wird eine Umsatzsteigerung von 6 bis 10 Prozent erwartet.

Vergleich angenommen

Hamburg (VWD) – Die Gläubiger im Vergleichsverfahren der Handelsgesellschaft E. Kampffmeyer haben dem Vorschlag des Vergleichsverwalters zugestimmt. Insgesamt können sie mit einer Quote von 53 Prozent rechnen. Die Summe der Forderungen wird auf 196 Mill. DM geschätzt.

ÖVA im Trend

Düsseldorf (Py.) – Eine Steigerung der Beitragseinnahmen um 10 Prozent auf 263 Mill. DM erzielten die ÖVA-Versicherungen, Mannheim, die Versicherungsgruppe der badischen Sparkassen, in 1983. Vom Prämienaufkommen entfielen 188 (168) Mill. DM auf die Lebensversicherung. Das eingelöste Neugeschäft der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt (ÖVA) erhöhte sich um 11,5 Prozent auf 1,07 Mrd. DM, der Bestand erreichte knapp 7,5 Mrd. DM (plus 9,2 Prozent) Versicherungssumme. Der Schaden- und Unfallversicherer, die ÖVA Allgemeine Versicherungs-AG, steigerte die Brutto-Beitragseinnahmen um 6,4 (5,7) Prozent auf 75 Mill. DM.

Matheus Müller wird AG

Eltville (VWD) – Die Sektfirma Matheus Müller, Eltville, wird Aktiengesellschaft. Über die Umwandlung soll eine zum 21. März einberufene a. o. HV beschließen. Die qualifizierte Mehrheit bei Matheus Mueller – die Rede ist von 93,5 Prozent – ist kürzlich von der deutschen Tochter des kanadisch-amerikanischen Getränke-Konzerns Seagram übernommen worden, der bereits die deutschen Sektkellereien Godefroy H. von Mumm & Co. GmbH, Eltville, und Burgeff & Co. GmbH, Hochheim, besitzt.

Neuer Nattermann-Chef

Düsseldorf (J. G.) – Dr. Martin Mohs (49), Vorstandsmitglied der Hamburger Beiersdorf AG, wird ab Anfang 1985 Vorsitzender der Geschäftsführung bei dem Kölner Pharma-Familienunternehmen A. Nattermann & Cie. GmbH. Er löst dann Heinz Wernicke (62) ab, der in der Führungskrise des Unternehmens als langjähriger Finanzchef in die Bresche sprang, „deutliche Konsolidierungserfolge" erzielt habe und ab 1985 in den Nattermann-Aufsichtsrat wechseln werde.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Neuenahr-Ahrweiler: Leiendecker & Cie. GmbH & Co. KG, Remagen; **Beckum:** Woestpeter GmbH, Oelde; Brigitte Maria Günnewig, Inh. d. Fa. „Baufachmarkt"; **Elmshorn:** Nachl. d. Käthe Poll; **Fürth:** Nachl. d. Anna Marie Fischer; **Gummersbach:** Fertigbau Aggertal GmbH u. Co. KG, Wiehl; **Hildesheim:** Dental-Labor Leßner GmbH, Sarstedt; **Mainz:** Malo-Sanitär-Handels-Ges. mbH, Gau-Algesheim; **Mönchengladbach:** „public tennis" Flamm GmbH; **Rinteln:** Dipl.-Ing. Heinrich Hiddessen, Bauunternehmer, Inh. d. Fa. Heinrich Hiddessen Bauunternehmung, Rinteln-Krankenhagen; **Trier:** Helga Meinelt, Kauffrau, Inh. d. Fa. Helga Meinelt, modischer Bekleidungshandel.

Vergleich beantragt: Hannover: Trend-Moden Handels GmbH; **Wolfratshausen:** d & m Design & Marketing Werbeges. mbH.

NORD/LB

Umschuldungen nahmen zu

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Überaus differenziert verlief 1983 das Agrarkreditgeschäft der Norddeutschen Landesbank, Hannover. Einem regelrechten Nachfrageboom nach Krediten im ersten Halbjahr folgte in der zweiten Jahreshälfte ein deutlich sichtbares Absacken der Investitionsbereitschaft der Landwirte. Johannes Runge, im Nord/LB-Vorstand zuständig für diesen Bereich, sieht die Gründe in dem wieder angestiegenen Zinsniveau und ungünstigeren Gewinnerwartungen.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich Runge mit den Ergebnissen 1983 zufrieden. Das Hofkreditgeschäft erreichte ein Auszahlungsvolumen von 160 (136) Mill. DM. Hinzu kommen 26,4 (45,7) Mill. DM Siedlungskredite an Vertriebene und Spätaussiedler, öffentliche Mittel, die für die DSL Bank in Bonn verwaltet werden.

Verstärkt hat sich die Tendenz, die ausgezahlten Kredite für Umschuldungszwecke zu verwenden. Gut ein Drittel der Darlehen waren dafür bestimmt, gegenüber 18 Prozent im Jahre 1981. Gestiegen ist die Zahl der abgelehnten Anträge und zwar auf 113 (87) mit einem Volumen von 26 (22) Mill. DM. Das Antragsvolumen lag 1983 bei 182 (187) Mill. DM. Das Zusagevolumen nahm um 7,3 Prozent auf 147,5 (137,4) Mill. DM zu. Aus den 57 (36) Zwangsversteigerungen sind der Nord/LB keine Verluste erwachsen. Die Aussichten für 1984 beurteilt Runge zurückhaltend. Für die Landwirtschaft zeichne sich eine ungünstige Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung ab.

GOTHAER LEBEN

Nach zwei Jahren wieder gewachsen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Nach zwei Schrumpfungsjahren hat die Gothaer Lebensversicherung a. G., Göttingen, 1983 ihr eingelöstes Neugeschäft um 6,5 Prozent auf 2,1 Mrd. DM Versicherungssumme gesteigert. Auch im Ertrag sei ein „gutes Ergebnis" erzielt worden, sagt der Vorstand in seinem ersten Rückblick. Den Neugeschäft-Anteil der kapitalbildenden Lebensversicherungen nennt er mit reichlich 76 Prozent und damit um 10 Prozentpunkte über dem Branchendurchschnitt. Auch die um 9,4 Prozent auf 593 Mill. DM gestiegenen Beitragseinnahmen seien im Vergleich zur Branche überdurchschnittlich gewachsen.

Die Kapitalanlagen stiegen um 10,8 Prozent auf knapp 4,3 Mrd. DM und die Erträge daraus um 12,8 Prozent auf 352 Mill. DM. Somit könne man der Rückstellung für Beitragsrückerstattung einen erneut höheren Betrag (zuletzt 198 Mill. DM) zuführen. Die laufenden Überschußausschüttungen sollen 1984 um 9 bis 10 Prozent steigen. Außerdem wurde ab Anfang 1984 die Direktgutschrift eingeführt.

Die Tochtergesellschaft Gothaer Allgemeine Versicherung AG, Göttingen, steigerte 1983 ihre Beitragseinnahmen leicht beschleunigt um 4,6 (3,3) Prozent auf 214 Mill. DM. Dominierende Sparte blieb hier die Kraftfahrtversicherung mit 125 (121) Mill. DM Prämienvolumen. In der Unfallversicherung wuchsen die Prämieneinnahmen um 7,7 Prozent auf 28 Mill. DM, in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung erhöhten sie sich um 7,3 auf 42,3 Mill. DM.

GINSENG / Rote Wurzel soll Markt beleben

Japaner die besten Kunden

INGE ADHAM, Frankfurt

Was vor Jahrtausenden schon den chinesischen Kaisern recht war, soll jetzt für die deutschen Verbraucher (nicht ganz) billig werden: die Erhaltung oder das Regenerieren der Gesundheit mit rotem Ginseng nämlich. Mit der Roter Ginseng Vertriebs GmbH, Kelkheim, und ihren beiden geschäftsführenden Gesellschaftern, Albert Wolter und Hyung-Kun Chung, soll neue Musik in das Geschäft mit der „Wunderwurzel" aus Korea gebracht werden.

Hintergrund: Der durchaus interessante, rund 80 Mill. DM große Ginseng-Markt in der Bundesrepublik stagniert seit einiger Zeit. Denn er ist ins Gerede gekommen. Dafür sorgten vor allem die Tonika unter den etwa 20 ginsenghaltigen Produkten mit hohem Alkoholgehalt und sehr geringem Ginseng-Anteil von rund drei bis fünf Prozent. Diese Angebotsformen sind übrigens auch in die Schußlinie des Bundesgesundheitsamtes geraten.

Mit dem „Besten vom Besten" wollen die stark exportabhängigen Koreaner nun verhindern, daß der deutsche Markt zur Bedeutungslosigkeit schrumpft. Roter Ginseng, so erläuterte der eigens aus Seoul angereiste Vize-Direktor des staatlichen Monopolamtes, das Anbau und Verarbeitung dieser Ginseng-Varietät kontrolliert, stammt im Gegensatz zum weißen Ginseng nur aus dem besten Anbaugebiet Koreas, dem Bergland von Po Cheon. Die Wurzeln brauchen 6 (weißer 4 bis 5) Jahre bis zur optimalen Wirkstoffanreicherung, danach muß der Boden 10 Jahre ruhen. Bisher waren neben heimischen Konsumenten vor allem Japaner Abnehmer der „ersten Qualität", die jetzt hier als reiner Extrakt auf den Markt kommen soll. Auf rund 40 Mill. DM werden die jährlichen Lieferungen von rotem Ginseng nach Japan veranschlagt. Für die Bundesrepublik strebt Wolter für das erste Jahr rund 5 Mill. DM Umsatz (zu Apotheken-Abgabepreisen) an, nach erfolgreichem Start soll der Vertrieb auf das europäische Ausland ausgeweitet werden.

In der koreanischen Außenhandelsbilanz schlägt sich der Ginseng-Export im Jahr mit rund 80 Mill. US-Dollar nieder, davon entfällt rund ein Viertel auf den roten Ginseng, dessen Anbaugebiet eng begrenzt ist. Die gesamte Ausfuhr Koreas erreichte im vergangenen Jahr gut 24 Mrd. Dollar; das Handelsvolumen mit der Bundesrepublik liegt bei 1,5 Mrd. Dollar (1982).

In einem Pressegespräch anläßlich der Vorstellung des „Roten Ginseng" betonte ein Botschaftssprecher, daß man mit kontinuierlichem Wachstum rechne. Dazu soll auch eine angekündigte Erleichterung für Importe nach Korea beitragen sowie Erleichterungen für direkte ausländische Investitionen in Korea, das seinen Wirtschaftspartnern viel zu bieten habe. Von 1967 bis 1982 flossen aus der Bundesrepublik 584 Mill. Dollar in Form von Handelskrediten und Privatinvestitionen sowie 233 Mill. Dollar öffentliche Anleihen nach Korea, das im vergangenen Jahr mit 8,5 Prozent Wachstum (bei 2,5 Prozent Inflationsrate) glänzte.

GENERAL MOTORS

Abbau von 80 000 Arbeitsplätzen?

rtr, Detroit

Der US-Automobilkonzern General Motors Corp. (GM) will in den kommenden Jahren möglicherweise bis zu 80 000 Arbeitsplätze abbauen. Daneben könnten bei GM in Zukunft Gewinnbeteiligungen an die Stelle der jährlichen Lohnerhöhungen treten. Diese Pläne gehen aus einem unternehmensinternen Papier hervor, das die Gewerkschaft der Automobilarbeiter UAW der Presse übermittelt hat.

Ein GM-Sprecher erklärte dazu, es handele sich um eine interne Studie. Das Unternehmen habe nicht vor, diese öffentlich zu diskutieren. Wie aus dem GM-Papier hervorgeht, sollen die Arbeitsplätze durch Einführung neuer Technologien und eine neue Arbeitszeitordnung eingespart werden. Das Unternehmen beschäftigt gegenwärtig etwa 360 000 Arbeitskräfte, 1978 waren es noch mehr als 500 000. Eine Gewinnbeteiligung gibt es bei GM bereits seit dem Auto-Rezessionsjahr 1982. Sie soll nun weiter ausgebaut werden. GM erzielte 1983 einen Gewinn von 3,7 Mrd. Dollar. Unternehmensvertreter haben in der Vergangenheit jedoch wiederholt betont, der Konzern müsse die Kosten weiter senken, um konkurrenzfähig zu bleiben.

General Motors hat in letzter Zeit etwa 80 000 Arbeitskräfte, die während der Rezession entlassen worden waren, wieder eingestellt. Bis zum Frühjahr sollen nach Unternehmensangaben weitere 10 000 Menschen wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgerufen werden.

KOLBENSCHMIDT / Mehrheit bei Metallgesellschaft

Börseneinführung im April

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Kurszettel der Börsen in Stuttgart und Frankfurt sollen Anfang April durch eine neue Aktie verlängert werden. Bis dahin will die Verwaltung der Karl Schmidt GmbH, Neckarsulm, die Umwandlung in eine AG und die Börseneinführung über die Bühne gebracht haben.

Mit diesem Schritt verbindet die bisher hundertprozentige Tochter der Frankfurter Metallgesellschaft AG eine kräftige Kapitalaufstockung. Aktien für 30 Mill. DM sollen über ein Bankenkonsortium breit gestreut werden, die Metallgesellschaft behält 50 Mill. DM (entsprechend dem jetzigen Stammkapital) und bleibt mit 60 Prozent am dann 80 Mill. DM ausmachenden Grundkapital der Kolbenschmidt AG beteiligt. Spekulationen über den Ausgabekurs der neue Aktie wehrt Finanzchef Peter Lohse als noch verfrüht ab; doch scheint ein kräftiges Agio schon einkalkuliert.

Die Kolbenschmidt-Gruppe zählt mit 950 Mill. DM Jahresumsatz weltweit zu den größten Zulieferanten der Automobilindustrie. Die Palette der Werke (7 deutsche, 1 französisches, 2 amerikanische, 1 brasilianisches und 2 südafrikanische Werke) macht deutlich, daß man den Kunden stets gefolgt ist. Mexiko wurde nach VWs dortigem Mißerfolg inzwischen aufgegeben.

Größter Bereich ist das Geschäft mit Kolben und Zylindern (rund 400 Mill. DM Umsatz), auf Gleitelemente und Lenkräder entfallen rund 150 Mill. DM, Aluminiumspezialguß bringt ebenfalls rund 150 Mill. DM und das internationale Ersatzteilgeschäft, technisches Anlagengeschäft und Lizenzvergaben rund 250 Mill. DM. Weltweit werden etwa 8000 Mitarbeiter beschäftigt, davon gut 5500 in Deutschland.

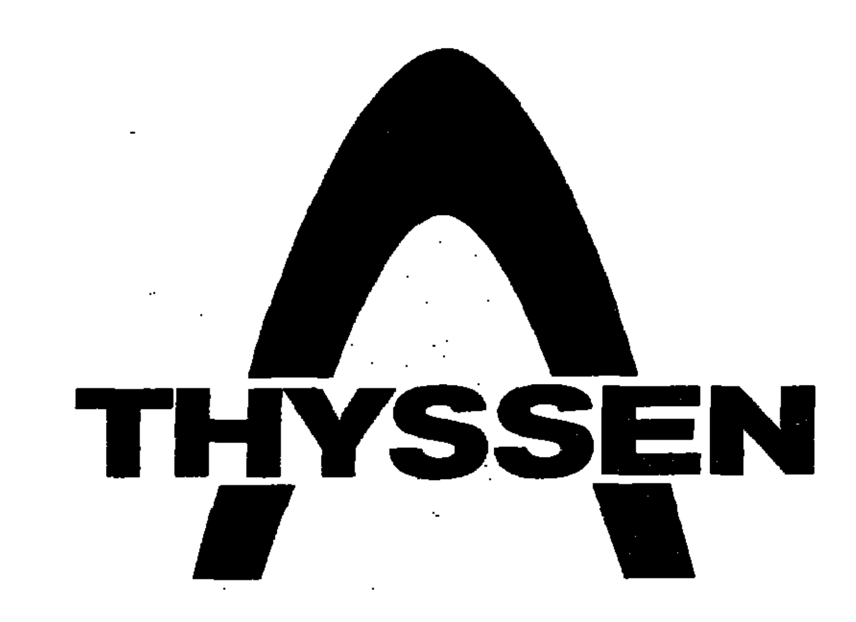
Die GmbH weist für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) gut 626 Mill. DM Umsatz aus und damit einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr (654 Mill. DM). Die gleichwohl erzielte Ergebnisverbesserung auf 14 (12) Mill. DM (von denen 12 Mill. DM an die Metallgesellschaft abgeführt wurden) wertet die Geschäftsführung als Folge der in den vergangenen Jahren konsequent durchgeführten Strukturmaßnahmen, die jetzt unter anderem Früchte in Form gestiegener Beteiligungserträge (4,5 nach 2,5 Mill. DM) tragen.

Nach „einer harten Anpassungspolitik in den letzten Jahren" fühlt sich Kolbenschmidt gut gerüstet für den mittlerweile begonnenen Aufschwung. Für die ersten vier Monate des neuen Geschäftsjahres macht das Umsatzplus 15 Prozent aus, für das Jahr wird mit einer Wachstumsrate von 7 bis 8 Prozent gerechnet; die Ertragsentwicklung sei positiv.

Investiert werden sollen in diesem Jahr wiederum rund 50 Mill. DM; für Forschung und Entwicklung werden je nach Bereich bis zu 8 Prozent vom Umsatz aufgewendet: Produktinnovation, Flexibilität und Zusammenarbeit mit den Kunden schon in der Entwicklungsphase wird groß geschrieben, denn nur so, betont Otto W. Asbeck, Vorsitzender der Geschäftsführung, „bleiben wir für unsere Kunden ein interessanter Entwicklungs- und Geschäftspartner."

THYSSEN lädt ein





THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT vorm. August Thyssen-Hütte

Freitag, 30. März 1984 · 10.00 Uhr · Mercatorhalle · König-Heinrich-Platz · Duisburg

TAGESORDNUNG

1. **Vorlage des Jahresabschlusses der Thyssen Aktiengesellschaft vorm. August Thyssen-Hütte und des Konzernabschlusses zum 30. September 1983 sowie des Geschäftsberichts und des Konzern-Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1982/83 mit dem Bericht des Aufsichtsrats**

2. **Beschlußfassung über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat**

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung für das Geschäftsjahr 1982/83 zu erteilen.

3. **Wahl des Abschlußprüfers**

   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Treuverkehr Dr. Rätsch & Co. GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Düsseldorf, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1983/84 zu wählen.

4. **Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat**

   Herr Toni Schmücker, der dem Aufsichtsrat als Vertreter der Anteilseigner gemäß § 4 Abs. 1a und § 9 des Montanmitbestimmungsgesetzes angehört, hat auf den Zeitpunkt der Beendigung unserer diesjährigen Hauptversammlung sein Mandat niedergelegt. An seine Stelle soll Herr Dr. rer. pol. Carl H. Hahn, Vorsitzender des Vorstandes der Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, als Vertreter der Anteilseigner in unseren Aufsichtsrat gewählt werden.

   Der Aufsichtsrat schlägt vor, antragsgemäß zu beschließen.

   Mit der Ausgliederung des Stahlbereiches in die Thyssen Stahl AG sind am 12. April 1983 die Herren Karl-Heinz Hönig, Walter Schaefer, Karl-Heinz Weihs und Heinrich Willing, die dem Aufsichtsrat als Vertreter der Arbeitnehmer gemäß § 4 Abs. 1 b und § 9 des Montanmitbestimmungsgesetzes angehörten, aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

   Aufgrund des Vorschlages des Konzernbetriebsrates hat das Amtsgericht Duisburg mit Wirkung vom 6. Mai 1983 zu Mitgliedern des Aufsichtsrates die Herren Robert Baumann, Duisburg, Sicherheitsmeister; Kurt Kistner, Baunatal, Dreher; Herbert Mösle, Oberhausen, Elektriker und Karl-Heinz Weihs, Duisburg, Walzendreher, als Vertreter der Konzernbelegschaft gemäß § 104 AktG in Verbindung mit § 1 Abs. 4 Montanmitbestimmungsgesetz bestellt. Das zuständige Gremium gemäß § 6, § 1 Abs. 4 Montanmitbestimmungsgesetz schlägt der Hauptversammlung vor, die registerrichterlich bestellten Herren als Vertreter der Arbeitnehmer gemäß § 4 Abs. 1 b, §.9, § 1 Abs. 4 Montanmitbestimmungsgesetz in den Aufsichtsrat zu wählen.

   Herr Karl-Heinz Friedrichs, der dem Aufsichtsrat als Vertreter der Arbeitnehmer gemäß § 4 Abs. 1 b und § 9 des Montanmitbestimmungsgesetzes angehört, hat auf den Zeitpunkt der Beendigung unserer diesjährigen Hauptversammlung sein Mandat niedergelegt. Von dem zuständigen Gremium gemäß § 6, § 1 Abs. 4 Montanmitbestimmungsgesetz wird der Hauptversammlung Herr Dipl.-Volksw. Günter Stolz, Bad Homburg, Referent bei der IG Metall, als Vertreter der Arbeitnehmer gemäß § 4 Abs. 1 b, § 9, § 1 Abs. 4 Montanmitbestimmungsgesetz zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen.

   Bei der Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer ist die Hauptversammlung an die entsprechenden Vorschläge gebunden.

   Gemäß § 7 Ziff. 5 der Satzung unserer Gesellschaft erfolgen die Ersatzwahlen für den Rest der Wahlzeit der ausgeschiedenen Mitglieder, d. h. bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 1984/85 beschließt.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind nach § 13 der Satzung unserer Gesellschaft diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bei der Gesellschaftskasse, bei einem deutschen Notar, bei einer zur Entgegennahme der Aktien befugten deutschen Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachstehend genannten Banken bis zum 23. März 1984 einschließlich hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

Deutsche Bank AG; Deutsche Bank Berlin AG; Dresdner Bank AG; Bank für Handel und Industrie AG; Bank für Gemeinwirtschaft AG; Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG; Bayerische Landesbank Girozentrale; Bayerische Vereinsbank AG; Berliner Commerzbank AG; Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Commerzbank AG; Hessische Landesbank – Girozentrale –; Bankhaus Marcard & Co.; Merck, Finck & Co.; Norddeutsche Landesbank Girozentrale; Sal. Oppenheim jr. & Cie.; Simonbank AG; J. H. Stein; Trinkaus & Burkhardt; M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.; Westdeutsche Landesbank Girozentrale; Westfalenbank AG; Commerz-Credit-Bank AG Europartner; Deutsche Bank Saar AG; Deutsche Länderbank AG; L'Européenne de Banque; Schweizerische Bankgesellschaft; Schweizerische Kreditanstalt; Schweizerischer Bankverein

Eine ordnungsgemäße Hinterlegung liegt auch dann vor, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt bleiben. Werden die Aktien bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank hinterlegt, bitten wir, die von diesen auszustellende Bescheinigung spätestens am 26. März 1984 bei der Gesellschaft einzureichen.

Duisburg, im Februar 1984

Der Vorstand

THYSSEN INDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT

Dienstag, 27. März 1984 · 10.00 Uhr · Saalbau Essen · Huyssenallee 53/57 · Essen

TAGESORDNUNG

1. **Vorlage des Jahresabschlusses zum 30. September 1983, des Geschäftsberichts über das Geschäftsjahr 1982/83, des konsolidierten Abschlusses des Thyssen Industrie-Kreises zum 30. September 1983, des Berichts über den konsolidierten Abschluß des Thyssen Industrie-Kreises und des Berichts des Aufsichtsrats**

2. **Beschlußfassung über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat**

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung für das Geschäftsjahr 1982/83 zu erteilen.

3. **Beschlußfassung über die Vergütung des Aufsichtsrats**

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982/83 gemäß § 15 der Satzung auf insgesamt DM 298.353,– festzusetzen, wobei die Aufteilung im einzelnen dem Aufsichtsrat überlassen bleibt.

4. **Wahl des Abschlußprüfers**

   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Karoli-Wirtschaftsprüfung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Essen und Berlin, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1983/84 zu wählen.

Zur Stellung von Anträgen und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bei der Gesellschaftskasse, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachstehend bezeichneten Banken bis zum 20. März 1984 hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

Deutsche Bank AG; Deutsche Bank Berlin AG; Bank für Handel und Industrie AG; Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG; Berliner Commerzbank AG; Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Commerzbank AG; Dresdner Bank AG; Merck, Finck & Co.; Sal. Oppenheim jr. & Cie.; Trinkaus & Burkhardt; M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.; Westdeutsche Landesbank Girozentrale; Westfalenbank AG; Commerz-Credit-Bank AG Europartner; Deutsche Bank Saar AG; Deutsche Länderbank AG

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem Kreditinstitut verwahrt und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.

Im Falle der Hinterlegung der Aktien bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank ist die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung spätestens am 21. März 1984 bei unserer Gesellschaft einzureichen.

Essen, im Februar 1984

Der Vorstand

Festverzinsliche nachgebend

Am Rentenmarkt fehlten die Käufer, so daß das vorliegende Angebot die Kurse leicht drücken konnte, zumal auch der etwas höhere Dollarkurs verstimmte. Öffentliche Anleihen und Bundesobligationen wurden bis um 0,35 Prozentpunkte zurückgenommen. Auch DM-Auslandsanleihen verloren bis 0,35 Punkte. Der Pfandbriefmarkt verkehrte eher abwartend, wobei die Notierungen ebenfalls abbröckelten.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	20. 2.	17. 2.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	100G	100
F 7½ Bakola Pf 104	100,3G	100,3G
9 dgl. Pf 106	103G	103G
10 dgl. Pf 108	107,45G	107,45G
7 dgl. KS 132	95G	95G
8 dgl. KS 155	99T	99T
9 dgl. KS 169	102,4G	102,4G

Bundesbahn

		20. 2.	17. 2.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,15G	100,15G
8 Bdbahn 72	9/84	100,9	100,9
8¼ dgl. 76	9/84	101	101
6 dgl. 78 III	11/84	99,9G	99,9bG

Wandelanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	17. 2	16. 2
März	333,50	332,00
Mai	332,00	331,50
Juli	326,75	326,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)	17. 2.	16. 2.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	244,30	244,30
Amber Durum	231,85	232,55

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	127,70	128,40
Mai	131,30	132,00

Kakao New York ($/t)	17. 2.	16. 2.
Terminkontr. März	2455	2465
Mai	2376	2405
Juli	2355	2380
Umsatz	6932	7884

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	6,59	6,77
Mai	6,86	7,15
Juli	7,23	7,51
Sept	7,50	7,78
Okt.	7,64	7,95
Umsatz	12 053	10 325

Zucker London (£/t)		
März	117,00-117,50	120,50
Mai	123,50-123,75	126,50-127,00
Umsatz	1661	1128

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	20. 2.	17. 2.
schw. Sarawak spez.	405,00	410,00
weißer Sarawak	677,50	682,50
weißer Muntok	885,00	890,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	17. 2.	16. 2.
März	146,80	147,00
Mai	141,90	142,74
Juli	136,50	137,20

Öle, Fette, Tierprodukte

Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	46,50	47,65
Apr.	45,00	44,60
Juni	51,45	51,00

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	82,40	81,15
März	82,60	81,60
Mai	84,20	83,45

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	201,00	198,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1210,00	1220,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	301,50	295,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	20. 2.	17. 2.
Febr.	13 915	13 921
März	13 907	13 903

Kautschuk London (p/kg)	20. 2.	17. 2.
Nr. 1 RSS loco	82,25-84,50	83,00-86,00
März	81,50-84,00	82,50-84,50
April	82,00-84,00	83,30-84,00
April/Juni	83,00-83,10	83,60-83,70
Tendenz: ruhig		

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

NE-Metalle

Messingnotierungen

	20. 2.	17. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	377-391	377-390
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	429-432	428
MS 63	425-430	423-429

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	20. 2. 270,75	17. 2. 268,25
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	111,15	109,85

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

	20. 2.	17. 2.
Zink (£/t) Kasse	675,00-676,00	670,00-672,00
3 Monate	669,00-669,50	665,50-666,00
Zinn (£/t) Kasse	8620-8630	8610-8615
3 Monate	8765-8766	8750-8751
Quecksilber ($/Fl.)	295,00-305,00	295,00-305,00
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	76,00-80,00	75,00-80,00

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4200 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Autowoche stärker unter Druck

Stahl- und Rohstoffaktien waren dagegen lebhafter gesucht

DW. – Zwei gegenläufige Trends bestimmten am Montag die Tendenz an den deutschen Aktienmärkten. Ohne ersichtlichen Grund gerieten die in der vergangenen Woche wieder bevorzugten Autoaktien unter Angebotsdruck, so daß BMW um 6 DM auf 425 DM und noch stärker Daimler-Benz um 10 DM auf 572 DM, sowie Mercedes-Holding vorübergehend um 8 DM auf 501 DM nachgaben. Andererseits reagierten positiv Preussag auf die Kaufempfehlung eines Börseninformationsdienstes und Stahlwerte auf Hinweise, daß hier Käufe aus Großbritannien vorlagen. Im übrigen waren die Notierungen zwar nicht ganz einheitlich, bei im großen und ganzen kleinen Umsätzen aber überwiegend doch nicht ganz gehalten.

Bei den Stahlpapieren lagen Klöckner mit einem Anstieg um zeitweise 4,50 DM auf 69 DM vorn. Thyssen gewannen vorübergehend 3 DM und Hoesch 3 DM. Die Preussag-Aktie wurde um 2 DM auf 277 DM heraufgesetzt. Die Farbennachfolger wurden bis um gut 1 DM zurückgenommen, zeitweise am stärksten Hoechst um 1,70 DM auf 181 DM. Bei den Elektrowerten konnten sich nur Siemens gut behaupten. Uneinheitlich, mit allerdings nur kleinen Änderungen nach beiden Seiten, tendierten die Stromversorgungspapiere.

Düsseldorf: Bilfinger erhöhten sich um 3 DM auf 195 DM, Dyckerhoff St. befestigten sich um 12 DM auf 267 DM und Keramag konnten sich um 5 DM auf 187 DM verbessern. Kromschröder verminderten sich um 5 DM auf 175 DM, Thüringer Gas gaben um 5 DM auf 420 DM nach.

Frankfurt: Von Nebenwerten blieben freundlich bei Plusankündigung Kochs Adler Nähmaschinen 395 DM plus 25 DM, Seitz Enzinger 210 DM plus 14 DM und Braun Vorzüge 385 DM plus 25 DM. Ansonsten wurden zum ersten Mal gehandelt Münchener Rückversicherung Bezugsrechte (vier zu eins zu 100) mit 140 DM, ausgegeben werden zu 50 Prozent eingezahlte 100-DM-Namensaktien.

Hamburg: HEW lagen bei 102 DM und NWK Vz. bei 185,50 DM je plus 0,50 DM gut behauptet. Holsten Brauerei wurden mit 280 DM plus 3 DM bezahlt. Phoenix Gummi fielen auf 149,50 DM minus 1,50 DM. Vereins- und Westbank wechselten unverändert zu 318 DM den Besitzer.

München: Agrob St. erhöhten sich um 5 DM auf 329 DM, Deckel AG befestigten sich um 3 DM auf 121 DM und Hutschenreuther stiegen um 2 DM auf 263 DM. Etienne Aigner sanken um 1 DM auf 299 DM, Dywidag gaben um 1 DM auf 200 DM nach und Leonische Draht verminderten sich um 1 DM auf 341.

Berlin: Concordia Chemie wurden um 20 DM höher taxiert. Bergmann büßten 5 DM und Schering 4 DM ein. Herlitz Vorzüge lagen um 1,50 DM, Berliner Kindl um 1,20 DM, Herlitz Stämme und Orenstein um je 1 DM leichter.

Nachbörse: freundlicher

WELT-Aktienindex vom 20. 2.: 153,5 (153,8); WELT-Umsatzindex vom 20. 2.: 3842 (3511)

Brüssel

	20. 2.	17. 2.
Arbed	1398	1404
Brux. Lambert	2480	2385
Cockerill Ougrée	207	205
Ebes	2350	2355
Gevaert	3055	3020
Kredietbank	4750	4790
Petrofina	4900	4880
Soc. Gén. d. Belg.	1720	1720
Sofina	5440	5300
Solvay	3680	3750
UCB	4720	4740
Index	–	141,89

Singapur

	20. 2.	17. 2.
Cycle + Car.	5,88	5,80
Cold Storage	4,44	4,46
Dev. Bk. of Sing.	9,85	9,85
Fraser + Neave	4,30	4,35
Kl. Kepong	3,08	3,00
Mal. Banking	9,80	10,00
Nat. Iron	5,80	5,90
OCBC	11,00	11,20
Sime Darby	2,57	2,62
Singapur Land	5,90	4,10
Un. Overs. Bank	5,55	5,60

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 20. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1570,00	1903,80
10 US-Dollar (Indian)**)	1193,00	1404,91
5 US-Dollar (Liberty)	495,00	655,50
1 £Sovereign alt	240,00	296,40
1 £Sovereign Elizabeth II.	234,00	289,56
20 belgische Franken	183,00	238,26
10 Rubel Tscherwonez	253,00	315,78
2 südafrikanische Rand	235,00	289,56
Krüger Rand, neu	1051,00	1238,04
Maple Leaf	1051,00	1238,04
Platin Noble Man	1075,00	1265,00
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	261,00	324,90
20 schweiz. Franken „Vreneli"	200,00	251,94
20 franz. Franken „Napoléon"	196,00	247,38
100 österr. Kronen (Neuprägung)	969,00	1168,50
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	103,00	134,52
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	459,00	563,16
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20. 2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞–10	5½–5¾	3 –3¼
3 Monate	9⅞–10⅛	5¼–5⅝	3⅛–3⅜
6 Monate	10⅛–10⅜	5⅝–6⅛	3⅜–3⅝
12 Monate	10⅜–10⅞	6⅛–6⅜	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Devisen

Die robuste US-Konjunktur löste in den Wochenendkommentaren wieder einmal die Befürchtung steigender Zinssätze aus und verhalf dem US-Dollar am 20. 2. zu einer Konsolidierungspause. Die Bereitschaft zu Neuengagements war angesichts des Fehlens des New Yorker Marktes, der wegen eines Feiertags geschlossen bleibt, sehr gering. Der Kurs bewegte sich zwischen 2,6850 und 2,6920 mit einer amtlichen Notiz von 2,6895. Die Bundesbank blieb dem Markt fern. Das englische Pfund stieg um 1 PFG. Auf 3,887, eine Verschärfung des Golfkrieges zwischen Irak und Iran könnte den Kurs jederzeit weiter positiv beeinflussen. US-Dollar in: Amsterdam 3,0335; Brüssel 55,065; Paris 8,2915; Mailand 1663,50; Wien 18,9710; Zürich 2,2041; Ir. Pfund/DM 3,077; Pfund/Dollar 1,4453; Pfund/DM 3,887.

Ostmarkkurs am 20. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Der Anstieg der Dollar-Zinssätze um ¼ Prozentpunkt führte am 20. Februar zu höheren Terminabschlägen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,94/0,84	2,83/2,73	5,82/5,42
Pfund/Dollar	0,08/0,10	0,28/0,31	0,62/0,66
Pfund/DM	1,70/0,30	3,90/2,50	7,00/5,60
FF/DM	28/12	84/68	155/138

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 20. 2.: Tagesgeld 5,5 Prozent; Monatsgeld 5,4–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,9 Prozent.

Privatdiskontsätze am 20. 2.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 20. 2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) [illegible] Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,20, Rendite 7,70.

Grashalme für Pumas

eka – Wer schließt sich nicht der Meinung an: Auch Tieren soll das nämliche Recht auf Leben und Unversehrtheit garantiert sein, wie es der Mensch für sich beansprucht. Wer aber zieht daraus die Konsequenzen? Bis heute nur eine betrüblich kleine Elite: die Tier-Enthusiasten.

Ohne Verzug sind diese Tierschutz-Vollzugsbegeisterten zur ausschließlichen Körner- und Pflanzennahrung übergegangen. Folgerichtig veranlaßten sie ihre eigenen Heim- und Haustiere, sich ebenfalls an unfleischliche Kost, gewissermaßen Tierfriedens-Nahrung, zu gewöhnen. Tiefe Sorge bereiten den Schutzfreunden aber noch die Großraubtiere, die allesamt der Gattung „Fleischfresser" zuzurechnen sind. Seit jüngster Zeit dürfen nun auch bei diesen Tierarten die Schutzfreunde auf Umwandlung der Freßgewohnheiten hoffen.

Mit Unterstützung von Bund und Ländern wurde die „Studiengesellschaft für Tierfriedensforschung e. V.", abgekürzt TFFG, ins Leben gerufen. Namhafte Zoologen versprachen Mitarbeit. In eigens umfriedeten Gebieten konnte damit begonnen werden, beutevertilgende Raubtiere zur friedlich-pflanzlichen Nahrungsaufnahme umzuerziehen.

Den Löwen, Pumas usw. galt es vor Augen zu stellen, daß ein Tier weder ein Tier noch einen Menschen angreift, versehrt, geschweige verzehrt. Die TFFG-Freunde erkannten schnell, daß dieses Ziel nur durch beispielgebendes Vorleben erreicht werden könne. Sie schreckten nicht davor zurück, als Raubtiere verkleidet, sich unter Raubtiere zu mischen. Sie zeigten diesen, wie man Nuß und Grashalm kaut. Gaben Ratschläge zur leichteren Unterdrückung der Beutegier.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß nicht alle der am Experiment beteiligten Tierfriedensforschungs-Helfer aus den abgeschirmten Gemarkungen zurückkehrten. Deshalb ist die TFFG gezwungen, sich an Tierfriedensforschungs-Sympathisanten zu wenden, die bereit sind, das Jahrhundertwerk fortzusetzen. Es werden viele gebraucht. Für einen Einsatz als Helfer ist lediglich die Erklärung erforderlich, jedwedes Tier, Ratte wie Kreuzspinne, mehr zu lieben als sich selbst, und dies, sollte das Schicksal es wollen, mit Leib und Leben zu bezeugen.

„Flüchtlingsgespräche": Ein notwendiges Treffen von Schriftstellern in Berlin

Aufrichtigkeit, die aufrichtet

Daß Nachspiele gleichzeitig auch Vorspiele sein können, dafür stand ein Treffen deutscher Schriftsteller in Berlin, das man als dritte Berliner Begegnung zur Friedensförderung bezeichnen könnte: allerdings unter anderen Vorzeichen. Das andere Vorzeichen hieß „Nichtausgrenzung" von Personen und damit unliebsamen Meinungen, weil sich die Initiatoren dieser Konferenz – der Landesverband Berlin des VS, die Neue Gesellschaft für Literatur, das Literarische Colloquium sowie der Senator für Kulturelle Angelegenheiten – nicht mit Leuten einigen mußten, die Mitglieder der SED und Funktionäre des Kulturapparates der „DDR" sind. Vielmehr ging es diesmal schlicht um deren Opfer.

Insofern war der Titel der zweitägigen Veranstaltung durchaus exakt: „Flüchtlingsgespräche". Denn genau darum ging es: um ein solidarisches Gespräch mit vertriebenen Schriftstellern *aus der „DDR"*, die im übrigen – wie der Vorsitzende des Berliner VS, Hans Christoph Buch, treffend feststellte – nicht nur für sich stünden, sondern auch für unzählige andere Flüchtlinge und nicht zuletzt für jene, die auf der Flucht von Deutschland nach Deutschland erschossen worden seien.

Was die vorhergehenden Treffen von Berlin, Köln und Den Haag auszeichnete, waren nicht nur scheinbar gewichtige Protokollbände, von denen einer den Titel „Es geht, es geht" trug, sondern das zunehmende Gefühl: So geht es *nicht*. War doch selbst den friedenswilligsten Autoren von westlicher Seite aufgefallen, daß diese Treffen unter Führung des Regieteams *Engelmann/Hermlin* immer mehr zu bombastischen Resolutionsmaschinerien wurden, die haarscharf an den wirklichen Problemen des Ost/West-Konfliktes vorbeilogen und damit zu Foren verkamen, in denen ungeniert mit der großen Friedensfrage die kleine Freiheits- und Menschenrechtsfrage niedergemacht wurde.

Zu diesen Veranstaltungen war das jetzige Berliner Treffen das notwendige, nämlich korrigierende Nachspiel. Es war aber zugleich auch Vorspiel, denn es blieb nicht aus, daß im Verlauf der Gespräche die politischen Auseinandersetzungen im VS eine große Rolle spielten. Nicht im Sinne von wehklagendem Registrieren und Wiederholen des Bekannten, sondern im Überlegen, wie man – zweifelsohne als gestärkte Fraktion – den Kampf gegen die an Engelmann orientierte Delegiertenmehrheit auf dem kommenden Kongreß des Verbandes in Saarbrücken offensiv aufnehmen könne.

Erich Loest, der aus der „DDR" vertriebene Schriftsteller – beladen *mit einer siebenjährigen Zuchthauserfahrung* –, erklärte sich jetzt in Berlin bereit, für eine Mitgliedschaft im Vorstand des VS zu kandidieren. In diesem Sinne also waren die Berliner „Flüchtlingsgespräche" das Vorspiel zum Saarbrücker VS-Kongreß. Dazu gab es aber endlich einmal einen ungehinderten und ungehemmten Meinungsaustausch zwischen Schriftstellern aus Deutschland Ost und Deutschland West.

Da saßen etwa neben Yaak Karsunke, Peter Schneider und Guntram Vesper Autoren wie Wolf Biermann und Siegfried Heinrichs, Wolf Deinert und Hans Joachim Schädlich, Heinz Brand, Siegmar Faust und Jürgen Fuchs. Die Aufzählung ist nicht vollständig, doch sie macht deutlich, daß bei diesem Gespräch Lebenswege und persönliche Erfahrungen die Hauptrolle spielten und nicht das Ausgrenzungsetikett Rechts, das Entreebillett Links. Das wirkte auf die Diskussion ungemein belebend, erbrachte eine Fülle von Standpunkten.

Es wurde gestritten in Berlin, aber es herrschte kein Unfriede. Es gab eine Fülle von vergleichbaren Erfahrungen, der eine Fülle ungleicher Konsequenzen entsprach. Vergleichbar für alle Vertriebenen: der Schmerz über den Verlust der Heimat, unvergleichlich die einzelnen Versuche, hierzulande einen Standort zu finden – geistig und geographisch –, der eine neue Heimat sein könnte.

Hans Joachim Schädlich drückte in einem klaren *Referat* aus, wie schmerzhaft es für ihn gewesen sei, zu der Einsicht zu kommen, daß er in dieser parlamentarischen Bundesrepublik Deutschland nun endlich zu Hause sei und daß damit auch ein politisches Bekenntnis zu den unvollkommenen, aber gerechteren Strukturen dieses Systems verbunden sei. Er jedenfalls sei bereit, die Feindschaftserklärung der anderen Seite anzunehmen und sie als die feindliche zu erkennen – gegen die man kämpfen müsse. So sachbezogen wie möglich, aber konsequent.

Es gab Widersprüche zu dieser Ansicht, aber auch Zustimmung und die Haltung des bewußten Dazwischenseins. Jürgen Fuchs quälte die Frage, inwieweit es notwendig und auch durchführbar sei, sich nicht wieder zu verstricken in Strukturen politischer Macht und damit in Strukturen der Lüge, sondern die Position des Unabhängigen zu bewahren und zu verteidigen. Wolf Biermann redete der radikalen Ich-Sicht der Dinge das Wort und stellte sie in einen Gegensatz zur oberflächlichen Sicht des Ewig-Engagierten, auf deren Methode er sich, wie er zugab, eingelassen hatte, um bald zu erkennen, wie gefährlich das für seine Poesie, seinen Anspruch war, der gesellschaftlichen Wahrheit in Deutschland näherzukommen.

Einig war man sich in der Charakterisierung der offiziellen Chargen der anderen Seite – heißen sie nun Kant oder Neutsch, Wogatzki oder Kamnitzer. Yaak Karsunke nannte Kant ganz unpolemisch einen „staatlich approbierten Lügner" und ging davon aus, daß man genau dies wissen müsse, wenn man sich mit den Offiziellen aus der „DDR" einlasse. Auch Grass stimmte dem zu, verteidigte dennoch vehement die Notwendigkeit, diese Herren nicht aus dem Gespräch zu entlassen, nicht weil er Illusionen über sie habe, sondern weil man sie immer wieder zwingen müsse, Farbe zu bekennen. Hans Joachim Schädlich plädierte für das Gegenteil, weil man das ohnehin Bekannte, blutig Bekannte, allmählich als das Erkannte begreifen müsse. Widersprüche also, aber produktive.

Wie sehr das alles mit dem ureigenen Medium des Schriftstellers, der Sprache, zu tun hat, formulierte Helga M. Novak, die das dauernde Mißverständnis westlicher Interpreten deutsch-deutscher Vorgänge so erklärte: Wenn sie von Heimatverlust spräche, dann meine sie die Wälder um Berlin, den märkischen Sand, den sie schmerzlich vermisse – nicht und nie jedoch das politische System „DDR". In diesem Sinne sei zum Beispiel ein Gedicht von Sarah Kirsch über den Torf auch Widerstand - Widerstand gegen den Sprachverfall.

Damit war ein wichtiges Stichwort genannt, das auf den tieferen Grund dieser Konferenz verwies: Sprachverfall hat bisher die deutsch-deutsche Literaturszenerie beherrscht, ihr Ausdruck: die gängige diplomatische Phrase, die nichts mehr ent-, sondern alles verdeckte. In der Folge blieben nicht nur die Wörter auf der Strecke, sondern eben auch die politische Moral, die historische Wahrheit. Damit endlich Schluß gemacht zu haben ist das große Verdienst der Berliner Tagung. Es waren nicht nur Flüchtlingsgespräche gewesen, sondern auch Gespräche der Solidarität mit Erniedrigten, Verfolgten und Beleidigten. Aufrichtige Gespräche und aufrichtende.

ULRICH SCHACHT



Gestörter Dorffrieden im Lotterbett: Gundi Ellert als Innocentia und Franz Boehm als finanzkräftiger Apotheker, aus der Münchener Inszenierung FOTO: RABANUS

München: Der „Hahnenkampf" unter Ruth Drexel

Lautensacks Landluder

Düster hebt das Stück an. In einem Kitschboudoir, halb Bauernstube, halb Dorfpuff, beschwört die Dorfmätresse Innocentia vor dem Spiegel die Geister ihrer Versuchung. *Unheilvoll flackern die roten Lichter* aus dunklem Bühnengrund. Doch jäh erwacht sie, wird wieder ganz Land-Luder und plappert schamlos über ihre Liebhaber. Im Münchener Residenztheater inszenierte Ruth Drexel „Hahnenkampf" von Heinrich Lautensack (1881–1919), dem Dichter aus dem Dunstkreis von Wedekind, der langsam wiederentdeckt wird.

Lautensack hält sich nicht lange mit den psychologischen Finessen seiner kleinstädtisch-ländlichen Wirklichkeit auf. Mit wuchtigen Linien beschreibt er, wie einer den Versuch macht, die dörfliche Sünden-GmbH, der die „Ehrbaren" am Ort angehören, auffliegen zu lassen. Ein nach Hauzenberg in Niederbayern strafversetzter Polizist will die Honoratioren anzeigen, die bei der Dorfhure ein- und ausgehen. Doch am Ende liegt der Gendarm mit durchschossener Stirn tot am Boden.

Nur auf das heftige Dichterwort gestützt, inszeniert Ruth Drexel völlig unsentimental diese Bauern-Tragödie. Der Verzicht auf große Bühnenumbauten (Heinz Hauser) ermöglicht es der Regisseurin, sich auf das präzise Ineinandergreifen der kleinen prallen Szenen zu konzentrieren. Und da handfest vom Blatt gespielt wird, blüht Leben auf. Ruth Drexel scheut sich auch nicht, *mal zur Harfe zu greifen*. Man sieht und hört, wie die Männer um diese Lulu vom Lande lüstern balzen. Man erlebt, wie der Kleinkrieg um *die Dirne heftig anschwillt*, wie er im Wirtshaus, wo sich die Fieranten am Bier gütlich tun, offenbar wird und immer größere Kreise zieht, ja selbst das Fest der Sedanfeier stört, bei dem vaterländischer Patriotismus auf bayerische Frömmigkeit prallt.

Da hat sich ein eindrucksvolles Männerquintett versammelt, bestehend aus einem versoffenen Braumeister (Toni Feichtner), dem gehahnreiten Gendarmeriekommandanten (Herbert Rhom), dem greisen Feuerwehrhauptmann (Ludwig Wühr), den mitten in der Lust der Schlag ereilt, dem armen Lehrer (Christian Janda), der verborgen hinter den Kulissen bleibt, und dem *Apotheker (Franz Boehm), der das* Fräulein vorzugsweise zu finanzieren hat. Man hat sich längst trefflich arrangiert. Man hat sich gemeinsam dieses „Weiberwerkzeug" geleistet. Alles scheint in Ordnung, bis der neue Gendarm Josef Meir (Tobias Bloéb) eifersüchtig diesen Dorffrieden stört.

Es ist ein kraftvolles, kraftmeierndes Stück, das anklagt und zugleich genießt, was es anklagt. Geschickt führt es vor, wie sich der Teufelskreis immer enger um die Personen schließt. Nach dieser Aufführung bleibt keinerlei Möglichkeit mehr, diesen „Hahnenkampf" *mit nur halbherzigem* Respekt in Richtung Volkstheater zu verweisen. Es will den Widerspruch zwischen Recht und Gesetz (auf die der Gendarm pocht) und dem durch lange Gewohnheit fest verankerten Brauch (wie im Fall des Apothekers) sichtbar machen. Dabei wird Innocentia, diese lockende, bäuerliche Venus, fast zu einer Emanzipierten. Sie setzt sich über Sitte und Gesetz hinweg. Sie verspottet den störrischen Gendarmen, indem sie hinausschreit, daß „es keine Sünd' sein kann, wenn's der Körper braucht".

Es ist aufregend zu erleben, wie Gundi Ellert diese Figur gestaltet. Sie stellt *drei Frauen in drei Akten vor*. Zuerst die lethargische, die sich mit der Situation zufrieden arrangiert hat, dann die zart liebende und schließlich *die sinnliche. Und zugleich die* Heuchelei bis zum Schluß. Sacht fallen Schneeflocken, und die alte Wabn (Eva Vaitl) greint zum Schluß vorm Marterl: „Wanderer, die ihr die Tafel seht, betet für Josef Meir ein Gebet." Denn der heimtückische Mord wurde geschickt als Selbstmord aus verschmähter Liebe getarnt. Am Ende jedoch dürftiger Beifall, in den sich auch ein paar Buhs für die handfest ausgepinselte Regie mischten.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Mißliebige CSSR-Dichter dürfen publizieren

rst. **Brünn**

Zum ersten Mal nach 15 Jahren wurden in der Tschechoslowakei einige Dichter, die wegen ihrer Aktivitäten im verbotenen Schriftstellerverband mit Publikationsverbot belegt waren, wieder gedruckt. In der Anthologie „Spiegel der Liebe", die in Brünn im Verlag „Blok" erschienen ist, finden sich u. a. Gedichte von Jan Skácel, Oldřich Mikulášek, František Nechvátal, Jindřich Hilčr. Erst vor kurzem erschienen die Verse Jan Skácels, der als einer der führenden Dichter des Landes gilt, in der Bundesrepublik in einer Übersetzung von Reiner Kunze.

Huldigung an Max Beckmann

DW. **Berlin**

Zu einer „Huldigung an Max Beckmann" hat die Galerie Poll in Berlin zeitgenössische Künstler eingeladen. 30 Bildhauer und Maler von Hermann Albert bis L. M. Wintersberger haben sich an der Ausstellung beteiligt. Manche haben Motive Beckmanns aufgenommen und auf ihre Weise variiert (z. B. Beckmanns „Selbstbildnis" bei Erro, Maina-M. Munsky oder Peter Sorge), andere versuchen darzustellen, wie Beckmann Gegenwärtiges in Bilder fassen würde. Die Ausstellung ist bis zum 28. März zu sehen. Anschließend geht sie nach Düren (3. - 29. 4.), Athen (Mai/Juni), New York, Chicago und St. Louis. Der Katalog kostet 20 Mark.

Meisterklassen für Musik im Sommer in Lausanne

DW. **Lausanne**

Eine neue Musik-Akademie mit sommerlichen Meisterklassen hat sich jetzt in Lausanne konstituiert, unter dem Ehrenvorsitz des schweizerischen Alt-Bundesrates Georges-André Chevallaz. Für die diesjährigen Kurse, die in den Räumlichkeiten der Hotelfachschule stattfinden, wurden als Lehrer gewonnen András Adorján (Flöte), Pierre Amoyal (Violine), Hugues Cuenod (Gesang), Kim Kashkashian (Bratsche), Jean-Bernard Pommier (Klavier) und Leonard Rose (Cello).

Liechtenstein-Preis zur Förderung junger Lyriker

DW. **Vaduz**

Der PEN-Club Liechtenstein setzt zum dritten Mal für junge Schriftsteller im Alter von 17 bis 25 Jahren Preise in Höhe von insgesamt 9000 Franken aus. Der Literatur-Wettbewerb wird für die Sparte Lyrik ausgeschrieben. Daran können sich auch Autoren aus der Bundesrepublik beteiligen. Informationen erhält man über Ulfa von den Steinen, c/o Verlag O. Gracklauer, Rheinstr. 29, 8000 München 40.

„Concerto": Magazin für alte Musik

DW. **Köln**

Ein neues Musikmagazin, das sich ausschließlich der alten Musik widmet, hat kürzlich seine erste Nummer vorgelegt. Es heißt „Concerto", erscheint zweimonatlich und kostet acht Mark (Gitarre + Laute Verlagsges., Postfach 410 408, 5000 Köln 41). Die hervorragend gedruckte und illustrierte Zeitschrift versteht sich als lebendiges Forum für Laien wie Musiker und Musikwissenschaftler. Zentralthemen des ersten Heftes sind die Instrumentensammlung des Germanischen Nationalmuseums Nürnberg, Monteverdis Oper „Orpheus" und das Kölner Ensemble „*Musica antiqua*".



Polaroid-Aufnahmen mit ästhetischem Anspruch

Schneller Schaukasten

Hat die Sofortbildfotografie eine künstlerische Qualität, die mit anderen *fotografischen* Techniken nicht zu erreichen ist? Die Frage stellte sich bei den verschiedenen Ausstellungen von Polaroid-Fotos, und sie *stellt sich erneut angesichts* des Bandes „Selections 1" (Verlag Photographie, Schaffhausen, 96 S., 62 Mark), der eine Auswahl aus der Amsterdamer Polaroid-Sammlung zeigt. Es sind Bilder, die alle Sujets künstlerischer Fotografie umfassen. Das reicht vom schwarzweißen Porträt bis zur farbigen Collage, vom Stilleben bis zum Pin-up. Nur Landschaften kommen so gut wie nicht vor, und die Architekturaufnahmen begnügen sich mit den Mustern der Linien und vernachlässigen das Volumen. Das liegt daran, daß das Polaroid-Foto kaum Tiefe hat, es wirkt wie ein Schaukasten, in dem die Personen oder Gegenstände kunstvoll arrangiert und eingesperrt sind.

Zwar gibt es in dem Buch auch Sofortbilder, die anschließend bemalt oder so manipuliert wurden, daß die Farbschichten verlaufen und das eigentliche Bild bis zur Abstraktion verfremden. Aber dabei handelt es sich um Verfahren, die auch in der konventionellen Fotografie möglich und üblich sind. Den Eindruck des Besonderen erweckte ursprünglich das quadratische 3-Inches-Format, das in etwa dem Mittelformat 6 x 6 cm entspricht. Inzwischen gibt es auch *Polaroids bis 50 x 60*. Ein Unterschied zur bisherigen Großbildfotografie wird dabei gleichfalls nicht deutlich.

Einzig die schnelle Verfügbarkeit des fertigen Bildes bleibt die Besonderheit des Systems. Dadurch lassen sich Aufnahmen gestalten, die mit dem Bild im Bild spielen, die ein Stück der verlorenen Realität durch ein Sofortfoto ersetzen. Nur, das ist nicht viel mehr als ein Gag, der sich schnell verbraucht.

So mag die Unterscheidung zwischen Polaroids und den anderen Fotos zwar dem Produzenten sinnvoll scheinen, aber ein Anspruch, als eigene ästhetische Kategorie anerkannt zu werden, ergibt sich daraus nicht. Das konventionelle Kriterium „gute Fotos: schlechte Fotos" reicht völlig aus. Und daß man mit der Sofortbildtechnik auch gute Fotos machen kann, belegt die Auswahl in dem Buch überzeugend.

PETER DITTMAR



Technischer und künstlerischer Markstein: Sofortbild von Jacques Péré, aus der Amsterdamer Sammlung FOTO: VERLAG PHOTOGRAPHIE

Die Eröffnungsfilme im „Forum" der Berlinale

Juliette bewahrt Haltung

Gleich drei Dutzend neue deutsche Filme zeigt allein das 14. Internationale Forum des Jungen Films der Berlinale. Gemessen an den Auswahlkriterien von Ulrich Gregors Mannschaft ist das eine gewaltige Zahl. Der Programmteil, der eigens für diese nationale Produktionsschwemme geschaffen wurde, nennt sich „Perspektiven". Von schönen Aussichten kann dennoch nicht die Rede sein. Einer dieser neuen deutschen Filme, gedreht von Vlado Kristl, droht den „Tod dem Zuschauer" an, ehrlicherweise schon im Titel. Diesen Streifen setzte man, wahlweise für lebensmüde Cineasten, an den Anfang und an das Ende des Film-Marathons.

Am Anfang hätte man freilich auf ihn verzichten können. Da sorgte Ulrike Ottinger mit ihrem Spektakel „Dorian Gray im Spiegel der Boulevard-Presse" gründlich für die Erfüllung des frommen Wunsches von Kollege Kristl. Das Publikum suchte den Ausgang, wenn auch begreiflicherweise nicht den letalen.

Ulrike Ottinger greift gern auf feinsinnige Autoren zurück. Bei ihrem vorletzten Film, „Freak Orlando", mußte Virginia Woolf herhalten, nun Oscar Wilde. Das schmückt vielleicht. Aber es beleidigt leider durch Geist- und Witzlosigkeit die Vorbilder. Bei Ulrike Ottinger reicht es nur zu einem interessanten Besetzungszettel. Sie versammelt lauter verwegene originelle Frauen auf ihrer Leinwand. Die schöne Delphine Seyrig *spielt* Frau Dr. Mabuse, Chefin eines internationalen Pressekonzerns, die den Einfall hat, sich das Faszinationsobjekt der Sensationsgier des Lesers selbst zu schaffen in Gestalt des androgynen Luxusgeschöpfes *Dorian Gray, dar*gestellt von Top-Modell Veruschka von Lehndorff.

„Wir lassen ihn all das erleben, was unsere Leser nicht wagen zu träumen", verkündet Frau Dr. Mabuse. Dorian Gray erlebt dann allerdings, was sich der schnell gelangweilte Kinozuschauer wirklich nicht hätte träumen lassen: eine miserable Oper, miserabel von Peer Raben komponiert, einen albernen Presseball und das Raritätenkabinett nächtlicher Amüsierbetriebe. Die angestrebte Satire auf Medienmachenschaften wird aufwendig versungen und vertan.

Das große Kinoereignis ließ aber glücklicherweise auch im Forum nicht lange auf sich warten. Zwanzig Jahre aus dem Leben einer Frau schildert die Französin Aline Issermann in ihrem Film „Le destin de Juliette". Juliettes Schicksal ist ein Trivialroman, mitten aus dem einfachen Dorfleben gegriffen. Juliettes Vater – ein Hufschmied – macht bankrott. Um der Familie ein Dach über dem Kopf zu sichern, heiratet Juliette den Eisenbahner Marcel. Die Ehe geht schief in ärmlichsten Verhältnissen. Scheidung darf nicht sein. Marcel wird zum Säufer, stirbt. Juliette jedoch hat sich nicht unterkriegen lassen. Sie hat sich ihre menschliche Würde und Widerstandskraft bewahrt.

Aline Issermann erzählt diese schlichte Geschichte in einer strengen, lapidaren und wunderschönen Bildersprache. Die Form korrespondiert zur Lebenshaltung Juliettes. Das Lebens- und Kunstprinzip dieses erstaunlichen Debütwerkes heißt: Haltung bewahren.

Ebenso bemerkenswert gelang dem Amerikaner Howard Brookner sein Dokumentarfilm „Burroughs" über das skandalöse Leben des Verfassers von „The Naked Lunch", William S. Burroughs, der sich für dieses private und literarische Portrait mit Selbstpreisgabe (seiner Drogensucht und Homosexualität) und Selbstironie zur Verfügung stellte. Keine geschriebene Biographie könnte wahrhaftiger und spannender Auskunft und Aufschluß über ein Leben jenseits der Normen geben.

BERND PLAGEMANN

KULTURNOTIZEN

„Psychologie in der Mediaevistik" heißt ein von der Stiftung Volkswagenwerk getragenes Symposion, das vom 5. bis 8. März in Steinheim/Murr stattfindet.

Jürg Burth, Züricher Choreograph, übernimmt von September an die Ballettdirektion am Berliner Theater des Westens.

„Die Dogen der Mode" heißt eine Ausstellung von Entwürfen der größten internationalen Modeschöpfer, die am 26. Februar im venezianischen Palazzo Grassi eröffnet wird.

Der Kunstpreis der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen, mit 10 000 Mark dotiert, wird zum sechsten Mal ausgeschrieben.

Buch oder Fotokopie? - Verleger zum Urheberrecht

Die glorreichen Sieben

Wenn Schulbücher und wissenschaftliche Werke weiterhin in so großem Ausmaß nur noch seitenweise kopiert statt gekauft werden, dann könnte der Tag kommen, an dem es nichts mehr zu kopieren gibt – weil niemand mehr solche Bücher zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen verlegen kann. Dieses düstere Zukunftsgemälde entwerfen die Verleger in einer Denkschrift des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels zu der geplanten Änderung des Urheberrechts durch den Bundestag.

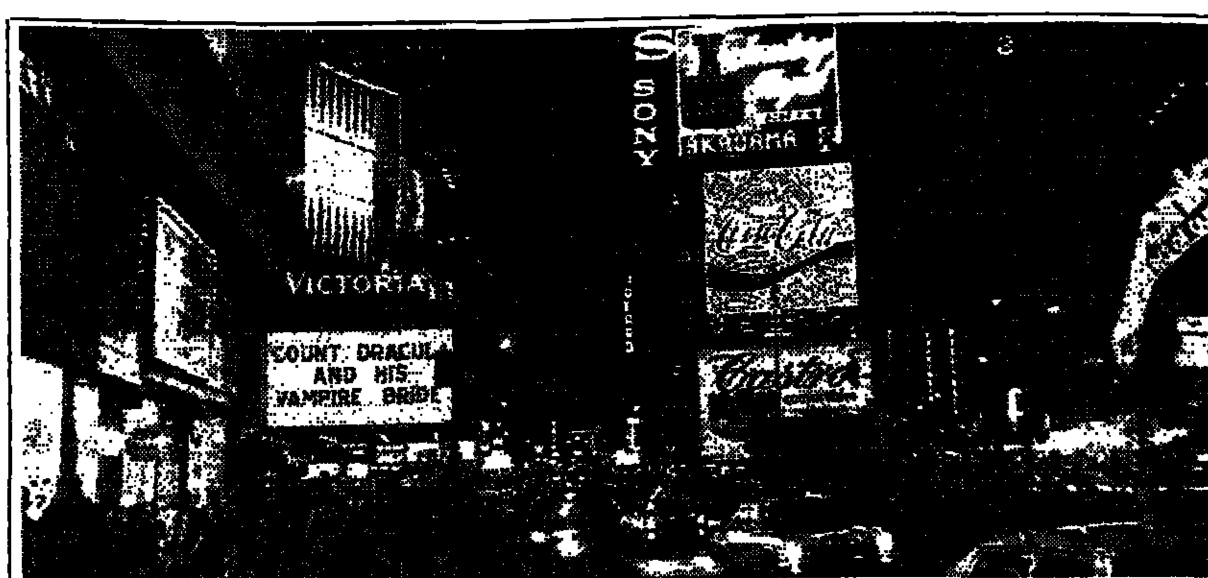
Zwar wird die Bundesregierung für ihren Entwurf ausdrücklich gelobt. Die Einführung der allgemeinen Vergütungspflicht zugunsten der Autoren und der Verlage entspreche den Vorstellungen der Verleger. Aber verschiedene Detailvorschriften im Entwurf machten deutlich, daß die politische Dimension des Kopierproblems noch nicht voll erkannt worden sei. Die Kopiergeräteindustrie selber rechnet nach Angaben des Börsenvereins für den Zeitraum zwischen 1980 und 1985 mit einer Verdoppelung der Fotokopien von jährlich 20 auf 40 Milliarden Seiten. Friedrich Georgi vom Paul Parey Verlag teilte zur Verdeutlichung mit, schon jetzt müsse er wesentlich mehr Manuskripte aus Gründen mangelnder Wirtschaftlichkeit ablehnen, als er annehmen könne.

Kritisiert werden vor allem zwei Punkte aus der Vorlage der Bundesregierung. Im Bereich der Schulbücher wird die Zahl der genehmigungsfreien Kopien von bisher sieben auf „Klassenstärke" erweitert. Wie gefährlich diese Ausweitung nach Ansicht der Verlage ist, zeigt das Votum des Bundesrats, der prompt eine Ausweitung dieser Regelung auch auf den Bereich der Hochschulen fordert. Dies würde bedeuten, daß für alle Teilnehmer eines Seminars Hunderte von Kopien urheberrechtlich geschützter Werke ohne Genehmigung hergestellt werden dürften. Die Bundesregierung hat diesen Änderungsvorschlag der Bundesländer allerdings bereits zurückgewiesen.

Mit starken Vorbehalten verfolgen die Verleger auch den Plan des Gesetzgebers, *die Vergütung für Kopien* einheitlich (vier Pfennig pro Seite im Normalfall, zwei Pfennig im Schulbereich) festzusetzen. Dies sei mit den höchst unterschiedlichen Kosten in den verschiedenen Bereichen nicht zu vereinbaren. Die Kopiergebühr (die durch die Verwertungsgesellschaften bei den Betreibern von Kopiergeräten eingezogen werden soll) wird nach den Vorstellungen der Verleger zu 50 bis 70 Prozent den Autoren direkt zugute kommen.

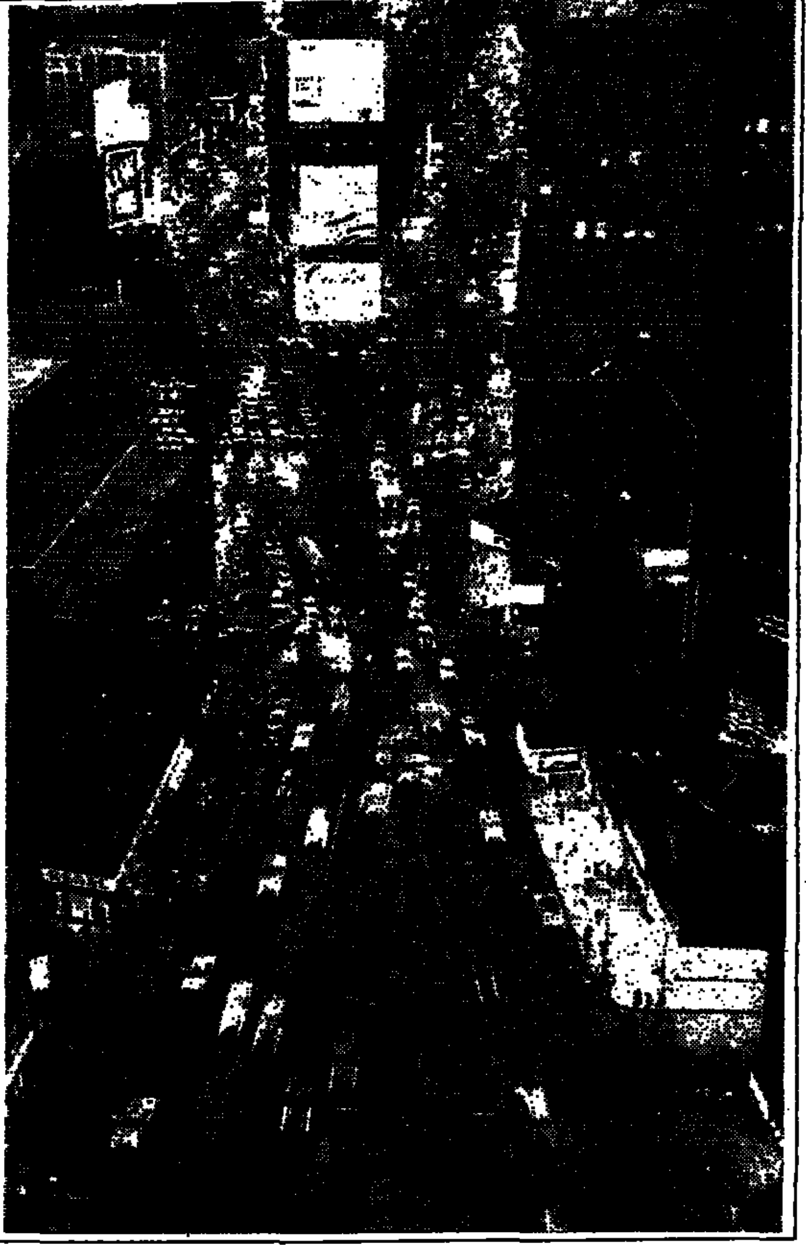
Ein Sonderproblem stellt der Musikbereich dar. Hier sind auf Grund der bequemen und billigen Kopiermethoden die Stückzahlen der verkauften Notentexte in den letzten zehn Jahren um bis zu 80 Prozent zurückgegangen.

JOACHIM NEANDER



Auf 850 Seiten wird in einem Sanierungsplan erläutert, wie man aus einem weltbekannten Zentrum New Yorks eine verlassene Betonwüste zu machen gedenkt.

Am Times Square gehen die Lichter aus



HANS J. STÜCK, New York

New Yorks verwahrloster Times Square, einst nicht nur verkehrsreichste, sondern auch schickste Straßenkreuzung der Welt, soll mit einem Kostenaufwand von umgerechnet 4,5 Milliarden Mark saniert werden. Kritiker glauben allerdings, daß nach den vorliegenden Plänen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Das Kind – um im Bild zu bleiben – ist die pulsierende Atmosphäre eines nie zur Ruhe kommenden Platzes, das Zentrum der Großstadt mit Myriaden von Neonlichtern über ständigem Gedränge, das auch nach Mitternacht nur langsam abflaut. Das Menschengewühl war vor 50 Jahren nicht anders, wohl aber das Ambiente. Aus dem eleganten Vergnügungszentrum mit vornehmen Theatern und Erstaufführungskinos ist längst der „Strip" geworden. Zentrum der leichten Mädchen, Rauschgiftdealer und Pornokinos.

Nach den jetzt vorgelegten Plänen sollen die meisten Kneipen und Imbißstuben am heruntergekommenen Schnittpunkt Broadway/Seventh Avenue durch vier 56 Stockwerke hohe Wolkenkratzer ersetzt werden. Drei Pornokinos sollen abgerissen, neun weitere in „anständige" Lichtspieltheater zurückverwandelt und einige längst verfallene Theater nach Instandsetzung wieder eröffnet werden.

Am einschneidendsten jedoch und für traditionsbewußte New Yorker fast ein Sakrileg wäre der gleichfalls vorgesehene Abriß des Times Square Towers mit der stolzen Adresse Times Square Nummer eins. Dort hatte einst vor einem Umbau die jetzt in einer Nebenstraße residierende New York Times ihren Sitz, und jedes Jahr in der Silvesternacht versammeln sich dort Hunderttausende, um unter Riesenleuchttafeln und einem gigantischen Apfel auf der Turmspitze, das neue Jahr zu begrüßen. Wenn sich der rote Apfel, Symbol der Stadt (The Big Apple), senkt, ist das neue Jahr angebrochen.

Die Architekten, die ihrem Sanierungsplan 850 Seiten Erläuterungen beigaben, wollen den Turm abreißen, um eine größere Freifläche inmitten des neuen Wolkenkratzerkomplexes zu schaffen. Damit würde aus der hektischen Straßenkreuzung eine Art Rockefeller Center werden, ein großes Wolkenkratzerzentrum weiter nördlich, das nachts in Tiefschlaf verfällt.

Nicht nur Kritiker mit ihrer Vorliebe für Nostalgisches stellen laut und vornehmlich die Frage, ob der in vielen Jahren ausgearbeitete Plan nicht doch mehr zerstört als saniert.

Der Times Square, wo abends alles durcheinanderwirbelt – bepelzte Damen am Arm befrackter Herren, leicht geschürzte Mädchen und Ausgeflippte jeder Provenienz – wäre dann nicht mehr der alte, denn Bürotürme locken nur tagsüber Menschenmassen an. Berühmt, jetzt vielleicht auch berüchtigt, ist der Times Square aber nur wegen seiner Tage und Nächte.

Auch ein vornehmes Hotel, das am Times Square gebaut werden soll, und die Umwandlung der alten U-Bahn Station in einen modernen Bahnhof würden zwar Halb- und Unterwelt vertreiben, so die Kritiker, der bis zur Sterilität sanierten Gegend aber auch ihre Atmosphäre nicht wieder geben.

Vor allem aber können sich die New Yorker nicht vorstellen, daß Bürgermeister Ed Koch den Abriß des Times Tower zuläßt, der ihnen mindestens ebensoviel bedeutet, wie den Londonern die Nelson-Säule auf dem Trafalgar Square. Schließlich sahen beide Bauwerke am Ende beider Weltkriege die gleiche, im Film immer wieder gezeigte Szene: eine nach Hunderttausenden, wenn nicht gar Millionen zählende Menschenmenge, die den Sieg und das Ende des Krieges feierte. Schon deshalb meinen viele New Yorker, daß sich die Architekten etwas Besseres einfallen lassen sollten.

(SAD)

Immer noch ist „El Niño" schuld

Pazifikstrom sorgt für „verkehrten Winter" in der Welt

WERNER KAHL, Bonn

Seit „Ellen", die stürmischste Windsbraut dieses Winters über uns hinwegfegte und ihr Leben auf dem osteuropäischen „Zyklonen-Friedhof" aushauchte, hängt der deutsche Wettersegen wieder grade. So salopp charakterisieren Meteorologen den Wechsel von milden Wetterkatastrophen zum Schönwetterhoch „Xantippus", das vom Ural bis zur Nordsee strahlt.

Geophysiker und Geologen gehen Erkenntnissen nach, die auf Zusammenhänge zwischen rätselhaften klimatologischen Schwankungen und extremen ozeanisch-atmosphärischen Störungen hinweisen. Das Phänomen, das die Wissenschaftler untersuchten, wird „El Niño", spanisch „das Kind" genannt (die WELT berichtete). Peruanische Fischer, die diesen Namen prägten, erinnern damit an das Christkind, weil in unregelmäßigen Abständen in der Vorweihnachtszeit an der pazifischen Küste Perus und Ecuadors eine warme Strömung auftritt. In der Jahresmitte von der Sonneneinstrahlung aufgeheiztes Meerwasser fließt plötzlich von Neuguinea bis in die Höhe Mexikos zurück. Dabei spielen die äquatorialen Passatwinde, etwa der Wechsel von West nach Ost, eine Rolle. Ein wissenschaftlich jedoch weitgehend unerforschter Vorgang.

Zur Jahreswende 1982/83 schlug das Phänomen alle Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte. Die Fischschwärme verschwanden aus dem Umfeld des zurückflutenden Stromes, mit ihnen setzten sich die See-Vögel ab. Die Wassertemperatur betrug plötzlich 25 bis 28 Grad – fünf bis acht Grad höher als normal. Zu den ökonomischen Folgen kam die meteorologische Auswirkung, denn der diesmal ungewöhnlich breite Warmwassergürtel wirkte wie eine Dampfheizung in kühler Atmosphäre.

In Teilen Südamerikas setzten schier unerschöpfliche Wolkenbrüche ein, während in Nordost-Brasilien eine Trockenheit ausbrach. In Wüsten, in denen kaum Niederschläge registriert werden, fielen plötzlich 1000 bis 4000 Liter Regenwasser pro Quadrameter. Diesseits des Atlantiks gab es dagegen zwischen Nil und der westafrikanischen Küste, vor allem in der Sahel-Zone, eine unvorstellbare Dürre. Und über Deutschland raste seit dem kalendermäßigen Winteranfang ein Tiefdruckwirbel nach dem anderen Richtung Osteuropa.

Die Überschwemmungen und Dürren sieht Professor Manfred Geb vom Institut für Meteorologie der Freien Universität Berlin im Zusammenhang mit höheren Temperaturen der Meeresoberfläche, die wiederum die Druck-, Temperatur- und Strömungsverhältnisse in der Atmosphäre verändern. Daraus können gravierende Wetterveränderungen resultieren. Der Strahlstrom über dem Atlantik war stärker als normal und erreichte in der Höhe von 11 000 Metern Geschwindigkeiten bis zu 190 Kilometern in der Stunde.

Seit dem 18. Dezember vergangenen Jahres herrschte nun in Deutschland vorwiegend eine Wetterlage, die Fachleute als typisch für das „Irland-Tief" bezeichnen: atlantisch geprägtes Wetter. In der warmen Jahreszeit würden die Leute dies als „irischen Sommer" – regnerisch, kühl und fortwährende Westwinde – beklagen. Die Folgen für den deutschen Winter zeigt ein Temperatur-Zwischenergebnis: Der Winter war bisher zwischen Berlin (plus zwei Grad über Durchschnitt) und Bonn (plus fünf Grad über Durchschnitt) zu mild.

In der Schweiz, die bereits vor Weihnachten die erste extreme Wärmeperiode erlebte, war 1983 eines der wärmsten Jahre seit Beginn der Zürcher meteorologischen Messungen vor 120 Jahren. Auf dem Säntis wurde sogar ein neuer Wärmerekord verzeichnet: 1983 war es dort noch um ein Zehntelgrad wärmer als 1920.

Die USA wurden derweil von der dritten Kältewelle heimgesucht, die bis in die sonnigen Südstaaten rollte. Und auch in Grönland bibbern die Eskimos im kältesten Winter seit Menschengedenken.

WETTER: Zeitweise Schnee und Regen

Wetterlage: Während im Osten zunächst noch kalte Festlandsluft wetterbestimmend ist, führt der Ausläufer eines Tiefs über den Britischen Inseln von Westen her Meeresluft heran.

Deutscher Wetterdienst 20. Februar 1984, sechs.

Vorhersage für Dienstag:

Gesamtes Bundesgebiet: Im Osten zunächst noch heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Im Westen im Tagesverlauf Bewölkungsverdichtung und nachfolgend Schneefall, der im Flachland teilweise in Regen übergeht und dabei stellenweise zu Glatteisbildung führt. Im Laufe der Nacht auch im Osten zeitweise Schneefall. Tagestemperaturen um den Gefrierpunkt, im Westen um 3 Grad.

Weitere Aussichten:

Abklingende Niederschläge, Temperaturen wenig verändert.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	-1°	Kairo	17°
Bonn	-1°	Kopenh.	-2°
Dresden	0°	Las Palmas	19°
Essen	1°	London	2°
Frankfurt	-1°	Madrid	7°
Hamburg	-3°	Mailand	3°
List/Sylt	-3°	Mallorca	15°
München	-1°	Moskau	-4°
Stuttgart	0°	Nizza	5°
Algier	13°	Oslo	-6°
Amsterdam	-1°	Paris	4°
Athen	13°	Prag	-1°
Barcelona	10°	Rom	4°
Brüssel	0°	Stockholm	-3°
Budapest	0°	Tel Aviv	18°
Bukarest	1°	Tunis	11°
Helsinki	-8°	Wien	0°
Istanbul	4°	Zürich	-3°

* **Sonnenaufgang am Mittwoch:** 7.24 Uhr, Untergang: 17.48 Uhr, **Mondaufgang:** – Uhr, Untergang: 9.57 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Raststätten hoffen auf Reisebusse

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die größte deutsche Autobahn-Raststätte ist mit 650 Sitzplätzen die von Breisgau auf der Strecke Karlsruhe-Basel, die kleinste ist mit 16 Stühlen die von Garbenteich-Ost nördlich von Frankfurt. Die Fachabteilung Autobahnraststätten des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) hat eine Zielgruppe entdeckt, der mit solcher Information besonders gedient ist: die deutschen Bus-Unternehmen. Immer mehr Deutsche verreisen mit dem Bus, und der Stau entsteht nicht nur vor Zollschranken und Reparaturstellen, sondern auch schon vor Bockwurst und Kartoffelsalat.

Broschüre soll bessere Auslastung bringen

Solche Mißlichkeiten soll nun eine Broschüre vermeiden helfen, die von der CDU-Bundestagsabgeordneten (und Raststätten-Pächterin) Ingeborg Hoffmann, Vorsitzende der Fachabteilung, in Bonn vorgestellt wurde. Bei einer Geschäftslage in den 169 deutschen Raststätten, an 42 „Kiosken mit WC" und 118 „Erfrischungsdiensten" längst der Autobahn, die labilen Substanzerhalt verspricht, möchte man sich jetzt verstärkt der Reisendengruppen annehmen, die wachsende Tendenz versprechen. Denn allgemein ist die Zahl derjenigen Reisenden, die regelmäßig an einer Autobahnraststätte anhalten, von 87,6 Prozent im Jahre 1980 auf 61,7 Prozent im Jahre 1983 zurückgegangen. Die Broschüre ist für Busunternehmer gedacht, erlaubt schnellsten Überblick über vorhandene Tische und Stühle unter Dach, auf freier oder bedeckter Terrasse, nennt die Minutenzahl, innerhalb derer eine Gruppe bestimmter Größe mit Menus abgefertigt sein kann, und nennt auch die Zahl der vorhandenen Bus-Parkplätze.

Keine Rede ist bei alledem mehr von der noch kürzlich aktuellen Idee, Autobahnraststätten aus Rationalisierungsgründen nachts zu schließen. Ingeborg Hoffmann dazu: „Wir haben eine Umfrage unter den Mitgliedern des Fachverbandes gestartet, und da war keiner mehr, der das noch vor hatte." Ende 1982 war erwogen worden, einen Teil der Häuser nachts zu schließen.

Selbstverpflegern durch Billigangebote begegnen

Bei ständiger Personalknappheit hat die Gastronomie an der Bundesautobahn im abgelaufenen Jahr ein Ergebnis von 516 Millionen Mark Umsatz erreichte; die Steigerung gegenüber dem Vorjahr betrug mehr als zwei Prozent. Möglich wurde das nur mit Billigangeboten. Nicht umsonst gibt eine Spalte der neuen Broschüre, in der diejenigen Raststätten genannt sind, die „Gruppen-Menus" zum Spezialtarif verabreichen.

In ihrem letzten Rechenschaftsbericht hat Ingeborg Hoffmann auch auf eine Erscheinung hingewiesen, die sich an deutschen Autobahnen angesichts der wirtschaftlichen Gesamtlage weiter ausbreitet, und der man mit den richtigen Maßnahmen entgegentreten müsse: „Der Verpflegung aus dem Kofferraum." Folgen die Raststättenpächter ihrer Vorsitzenden, dann gibt es demnächst gastronomische Einfachangebote schon im Parkplatzbereich, denn: „Das ist eine Herausforderung an uns, das Ganze vielleicht durch Stände oder dergleichen abzufangen."

Werbekampagne soll in Frankreich für trockene Zeiten sorgen

Mit einem Pro-Kopf-Konsum von 13,7 Litern Alkohol belegen Franzosen den Spitzenplatz

CONSTANCE KNITTER, Paris

„Ein Glas genügt, drei sind zuviel des Guten ... sonst kracht's." Unter diesem Motto hat das französische Gesundheitsministerium eine landesweite Aufklärungskampagne gegen Alkoholmißbrauch gestartet. Mit dem saloppen Leitmotiv appelliert Gesundheitsminister Edmond Hervé erstmals nicht an Alkoholiker, sondern an das Verantwortungsgefühl jedes einzelnen Franzosen. „Wir wollen nicht wie die Ayatollahs die totale Abstinenz verordnen, sondern über die Risiken des Alkohols und seine Auswirkungen auf unsere Gesundheit informieren", betonte der Minister.

Der Aufruf zur Mäßigung beim Alkoholkonsum kommt nicht von ungefähr. Obwohl der Rotweinverbrauch, das „klassische Getränk" der Franzosen, in den vergangenen 20 Jahren zurückgegangen ist, sind unsere Nachbarn jenseits des Rheins immer noch Weltmeister im Trinken. Mit 13,7 Litern reinen Alkoholkonsums pro Jahr und Einwohner führen die Franzosen die „Hit-Liste" der Alkoholverbraucher in der Welt an. Es folgen ihnen die Spanier mit 13 Litern, die Deutschen mit 12,5 Litern und die Holländer mit 8,8 Litern. Die Engländer liegen mit 6,8 Litern, die Schweden mit 5,4 und die Norweger mit 4,2 Litern auf den nächsten Plätzen.

Immerhin haben die Franzosen seit 1952 ihren jährlichen Alkoholgenuß pro Leber um vier Liter reduziert. Doch sie wenden sich beim Zuprosten mehr und mehr dem Bier und harten Getränken zu. „Der Alkohol ist Frankreichs gefährlichste Droge", erkärte Minister Hervé auf einer Pressekonferenz. „40 000 Todesfälle pro Jahr stehen in direktem oder indirektem Zusammenhang mit Alkohol." Zu den Leberzirrhosen und Alkohol-Delirien kommen immer mehr Verkehrsunfälle und Streitereien mit tödlichem Ausgang, bei denen Alkohol im Spiel ist.

Wein, Champagner oder Whisky zu trinken, gehört in allen Gesellschaftsschichten zum guten Ton. Bei einer Umfrage unter Jugendlichen und Erwachsenen erklärten zwei Drittel der Befragten kürzlich, es sei schwierig, ein Glas auszuschlagen, wenn man eingeladen oder mit Freunden zusammen sei. „Alkohol trägt zur guten Stimmung bei. Schließlich gehört es sich, seinen Gästen etwas zum Trinken anzubieten", glaubt man allgemein. Die meisten der Befragten sind sich jedoch in einem Punkte einig: Sie schätzen, daß die Hälfte der Franzosen zuviel trinkt. Doch die Trinker sind immer die anderen. Nur zwei Prozent der Interviewten gaben zu, daß ihr eigener Akoholkonsum das Mittelmaß übersteigt.

Gegen solche liebgewordenen Gewohnheiten will man nun mit einer Aufklärungskampagne, deren Kosten für 1984 auf umgerechnet 3,6 Millionen Mark veranschlagt wurden, zu Felde ziehen. Acht verschiedene Fernseh-Spots werden auf allen drei Kanälen jeweils vor den Nachrichten ausgestrahlt. Verschiedene Szenen – eine feuchtfröhliche Party, ein mondäner Empfang, junge Motorradfahrer im Bistro oder ein deftiges Trinkgelage unter Freunden – sollen dem Fernsehzuschauer vor Augen führen, wie man nicht trinken soll. Auch im Kino sollen die Anti-Alkohol-Spots laufen. Außerdem rufen Plakate und Broschüren, illustriert von dem bekannten Pariser Zeichner Cabu, die Gallier auf, sich bei ihren Trinkgewohnheiten zu mäßigen. Die Broschüren werden in Schulen und Fabriken verteilt. Gleichzeitig gibt eine zweite Werbekampagne für den Genuß von nichtalkoholischen oder nur leicht alkoholischen Getränken Flankenschutz.

Nach dem vor nicht langer Zeit verabschiedeten Verkehrsgesetz, wonach der zulässige Alkoholgehalt im Blut bei Autofahrern von 1,2 auf 0,8 Promille gesenkt wurde, denkt die französische Regierung aber auch schon an eine andere Gesetzesvorlage: Danach soll die Werbung für alkoholische Getränke schärfer kontrolliert, wenn nicht gar untersagt werden. (SAD)

Michela Mioni – von der Sklavin des Heroins zum begehrten Filmstar

KLAUS RÜHLE, Rom

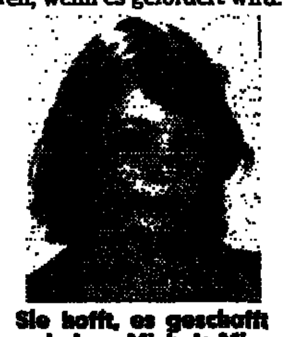
Sie ist 28 Jahre alt und war bis vor anderthalb Jahren Sklavin des Heroins. Heute gilt sie als hochtalentierte Filmschauspielerin, der die Zukunft gehört. Wie hat sie das geschafft?

Michela Mioni, Hauptdarstellerin des Films „Amore tossico" („Giftige Liebe"), auf dem Festival von San Sebastian als beste Nachwuchsschauspielerin ausgezeichnet, erklärt das so: „Ich merkte plötzlich, wie idiotisch es ist, sich von einem weißen Pulver ruinieren zu lassen. Wenn die anderen meiner Gruppe vor die Hunde gehen wollten, ich wollte es nicht."

Wie kam sie davon los? Wer half ihr dabei? „Die Hilfe von öffentlicher Seite beschränkte sich bei uns auf die Verschreibung von Metadon, einer Ersatzdroge, mit der man bloß vom Regen in die Traufe kommt", erzählt Michela Mioni, die in Ostia wohnt, wo es nach ihrer Kenntnis mindestens 600 Drogenabhängige gibt. Nur wenige finden den Weg zurück. Mioni: „Die öffentliche Hilfe bringt da nicht viel. Man schaffte es nur mit eiserner Willenskraft und dazu verhilft einem ein Ziel, eine Verpflichtung vor sich selbst." Bei ihr war es die Filmrolle.

Ostia, die römische Satellitenstadt am Meeresstrand, unter Mussolini als Schlafstadt konzipiert, ist in den vergangenen zehn Jahren immer mehr zur Rauschgiftzentrale Roms geworden. Heute gibt es unter den 250 000 Einwohnern kaum eine Familie, die nicht direkt oder indirekt von der Rauschgiftsucht betroffen ist. Michelas Familie ist an sich kerngesund. Ihr Vater, Sergio, ist ein international bekannter und vielbeschäftigter Stuntman. Er und seine Mannschaft werden immer dann gerufen, wenn besonders gefährliche Filmszenen gedreht werden müssen. Und zur Mannschaft gehört neben einem der beiden Söhne auch Tochter Michela. Michela war also ein Stuntgirl. Sie riskierte ihre Knochen und ihr Leben in vielen Filmen, beispielsweise in „Tempest" und „Jäger des verlorenen Schatzes".

Wie hat sie als Heroinsüchtige ihren gefährlichen Beruf ausüben können? „Zum Glück habe ich eine eiserne Gesundheit und die Fähigkeit, mich ganz auf die Arbeit zu konzentrieren, wenn es gefordert wird."



Sie hofft, es geschafft zu haben: Michela Mioni. FOTO: AP

In der Schule kam Michela nicht sehr gut voran. Sie stieg vor dem Abitur aus, lernte Fremdsprachen und arbeitete eine Zeitlang als Sekretärin in einem Büro, bis ihr Vater sie in seine Stuntgruppe nahm. Etwa zur gleichen Zeit geriet sie aber auch in eine Gruppe von Heroinsüchtigen. Während der folgenden sechs Jahre ihrer Drogenabhängigkeit lernte sie ausgiebig das Inferno eines Lebens ohne Sinn kennen – bis sie sich endlich selber das Stoppzeichen dazu gab und die Mauer der Isolierung durchbrach. Dazu gehörte viel Mut. Noch mehr als zu der Arbeit als Stuntgirl. Mit ein paar Gleichgesinnten gab sie eine hektographierte Zeitschrift heraus, die den symbolischen Titel „Die Mauer" trug. „Wir sparten uns das Geld dafür zusammen, anstatt es für Heroin auszugeben und verteilten unser Blatt an alle süchtigen Jungen und Mädchen in Rom und Ostia."

Michela kann schreiben und beschreiben. Sie malt gern und ist Mitglied in der Freiwilligen Feuerwehr. Vor allem aber hat sie sich als Filmschauspielerin bewährt und das, so hofft sie, bewahrt sie vor einem Rückfall.

„Giftige Liebe" ist die wahre Geschichte eines vom Heroin abhängigen Liebenspaares, das mit Freunden Opfer der Rauschgiftindustrie wurde und keinen Ausweg findet. Alle Rollen werden von jungen Menschen gespielt, die praktisch ihre eigene Geschichte erzählen. „Keine Romanze wie Christiane F.," versicherte Regisseur Claudio Calligari, „sondern unbeschönigte Realität."

Der Erfolg des Films, der auch in Berlin gezeigt wird, könnte für Michela Mioni über das Ende ihrer Drogenabhängigkeit hinaus der Beginn einer künstlerischen Karriere bedeuten. Die Schauspielerin hat wesentlichen Anteil am Drehbuch des Films. Kein Wunder, daß Marco Ferreri ihr eine Rolle in dem Film „Die Zukunft ist weiblich" anvertrauen will, der zur Zeit mit Hanna Schygulla und Ornella Muti gedreht wird.

Michela hat offensichtlich den Entzug überwunden. Fragt man sie, wie man sich nach so langer Drogenabhängigkeit fühlt, bekommt man zur Antwort: „Man steht vor einem Nichts, vor einer scheinbar unübersteigbaren Mauer, man ist wie ausgebrannt. Nur wenn man sich eine Aufgabe stellt, ein Ziel setzt, kommt man darüber hinweg."

Regierung legte Studie zum Thema Vergewaltigung vor

rtr, Bonn

Eine Studie des Bundesfamilienministeriums zum Thema „Vergewaltigung als soziales Problem" kommt zu dem Ergebnis, daß in den meisten Fällen nicht ein Mann eine fremde Frau in einer einsamen Gegend überfalle, sondern Täter und Opfer sich bereits vor der Tat kannten. Zu dem von einer Projektgruppe des Frauenzentrums Mainz erarbeiteten und von ihrem Ministerium geförderten Bericht erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Irmgard Karwatzki, es müsse endlich das Vorurteil abgebaut werden, vergewaltigte Frauen würden die Tat durch ihr eigenes Verhalten provozieren.

Die Untersuchung ergab weiter, daß der häufigste Tatort die Wohnung des Täters oder des Opfers ist. Die meisten Vergewaltigungen seien geplant und viele der „Beziehungstaten" entwickelten sich aus normalen zwischenmenschlichen Beziehungen, wobei allerdings der Widerstand der Frau gegen den Mann deutlich erkennbar sei.

Irmgard Karwatzki erklärte, gerade vergewaltigte Frauen brauchten Hilfe und Verständnis, damit sie sich nach einer solchen Gewalterfahrung nicht alleingelassen und unverstanden fühlten. „Überholte Vorstellungen, der Mann könne über die Frau verfügen, müssen endgültig verschwinden", sagte sie. Dabei könnten Notrufeinrichtungen eine wertvolle Hilfe sein.

Beruhigung

SAD, Paris

Die Lage auf Frankreichs Straßen beruhigte sich gestern langsam wieder. Nach dem Chaos und den Krawallen vom Wochenende, ausgelöst durch streikende Lkw-Fahrer, floß der Verkehr, abgesehe von einem Dutzend „heißer Punkte" vor allem in den Alpen, gestern wieder normal.

Bergwachtmänner verschüttet

dpa, Scharnitz

Ein Lawinenunglück im Karwendelgebirge am 2000 Meter hohen Gleirsch hat am Sonntag in Österreich drei bayerischen Bergwachtmännern aus Benediktbeuren (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) das Leben gekostet.

Neue Rückrufaktion

AFP, Göteborg

„Volvo" hat die Besitzer von 48 000 Wagen der Typen „760" und „760 Turbo" aufgefordert, ihre Wagen in einer Werkstatt überprüfen zu lassen. „760"er-Modelle des Baujahres 1983 weisen einen Fehler im Bremssystem auf. Beim „Turbo" wurden Unregelmäßigkeiten im Katalysator des Abgassystems festgestellt.

Letztes Opfer geborgen

dpa, Gelsenkirchen

108 Stunden nach dem schweren Unglück auf der Gelsenkirchener Zeche „Consolidation" ist gestern der letzte der fünf toten Bergleute geborgen worden. Es ist der 38jährige Türke Ekrem Cam aus Gelsenkirchen, der seit 13 Jahren auf der Zeche beschäftigt war.

Kokainring ausgehoben

dpa, Amsterdam

Ein Internationaler Kokainring, der hauptsächlich zwischen Amsterdam und Südamerika operierte, ist in den letzten Tagen in Holland ausgehoben worden. Bisher wurden inner- und außerhalb der Niederlande 26 Personen verhaftet.

ZU GUTER LETZT

„Die Wirtschaftskrise hat die Speisezettel verändert." Überschrift aus dem „Handelsblatt".